

## 3 Die einzelnen Zuwanderungsgruppen

---

### 3.1 Überblick

Das folgende Kapitel befasst sich differenzierter mit den verschiedenen Formen der Zuwanderung nach Deutschland. Die einzelnen Migrationsformen unterscheiden sich rechtlich hinsichtlich der Einreise (z. B. Visumfreiheit bzw. -pflicht) und des Aufenthaltsstatus der betreffenden Personen. Im Einzelnen werden folgende Formen der Zuwanderung betrachtet:

Erwerbsmigration	Kapitel 3.2
Bildungsmigration	Kapitel 3.3
Humanitäre Migration	Kapitel 3.4
Migration aus familiären Gründen	Kapitel 3.5
Migration aus weiteren aufenthaltsrechtlichen Gründen	Kapitel 3.6
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	Kapitel 3.7
Zuwanderung von deutschen Staatsangehörigen	Kapitel 3.8

Bei einem Vergleich der Gesamtmigration aus der Wanderungsstatistik (vgl. Kapitel 1) mit der kumulierten Zahl der verschiedenen Zuwanderungsgruppen auf Basis von unterschiedlichen statistischen Datenquellen ergeben sich Differenzen. Die Ursachen dafür liegen vor allem in unterschiedlichen Erhebungsgrundlagen, (z. B. fall- oder personenbezogene Erfassung), aber auch in Erfassungsunterschieden der einzelnen Statistiken.<sup>23</sup>

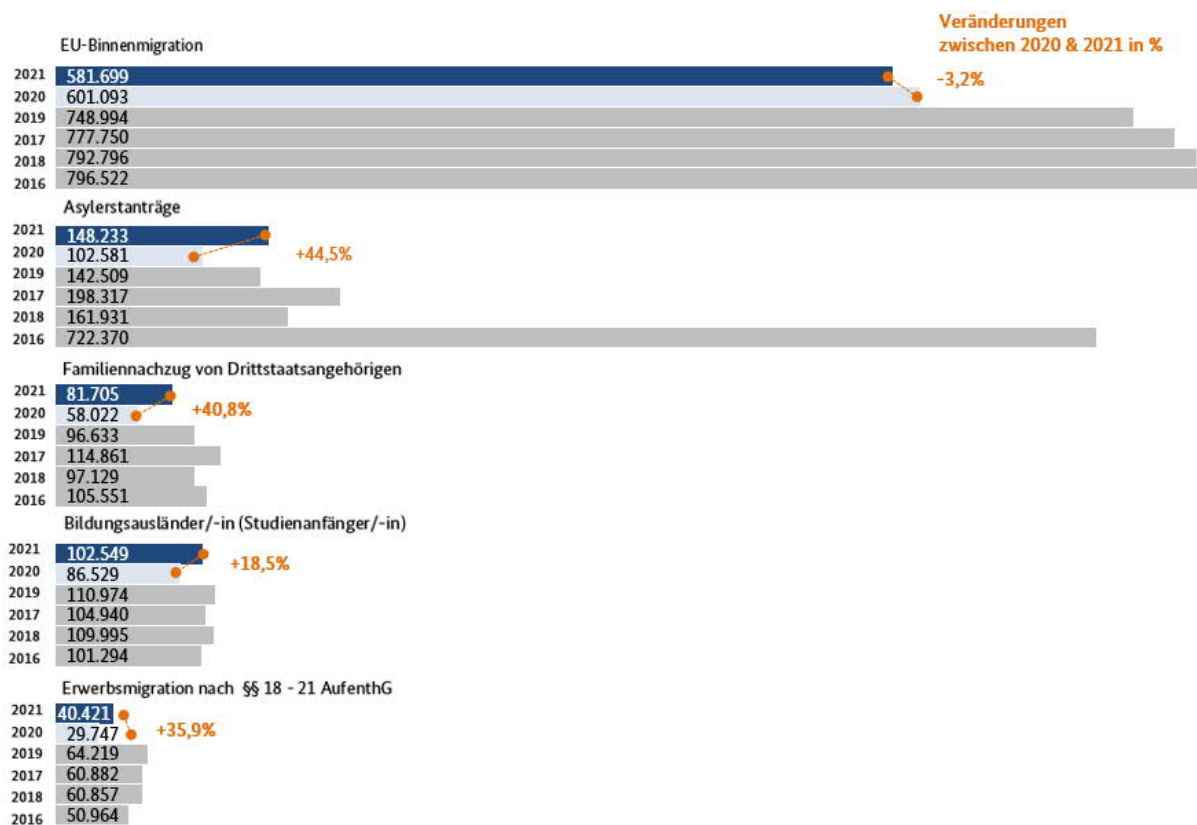
In 2020 wurde die internationale Mobilität durch die COVID-19-Pandemie stark eingeschränkt. Die Zahlen von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten gingen ab März 2020 und dementsprechend für das Gesamtjahr deutlich zurück, besonders deutlich beim Familiennachzug und der Erwerbsmigration. Im zweiten Pandemiejahr 2021 stieg die Nettozuwanderung nach Deutschland wieder an und näherte sich dem Niveau vor dem Ausbruch der Pandemie an (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 1).

Nach wie vor ist die Migration vor allem durch Zuwanderung aus bzw. Abwanderung in andere europäische Staaten gekennzeichnet. 2021 machten EU-Staatsangehörige (ohne das Vereinigte Königreich) 57,8 % der Zuwanderung nach Deutschland aus. Die EU-Binnenmigration nahm jedoch, dem Trend der Vorjahre folgend, in absoluten Zahlen erneut etwas ab (-3,2 % gegenüber 2020). Das BAMF nahm 148.233 Asylersanträge entgegen (+44,5 % gegenüber 2020). Im Rahmen des Familiennachzugs wurden im Jahr 2021 81.705 Aufenthaltstitel erteilt (2020: 58.022, +40,8 %). 102.549 ausländische Studierende (Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer) haben im Jahr 2021 ein Studium an einer deutschen Hochschule aufgenommen (2020: 86.529, +18,5 %). 40.421 Personen aus Drittstaaten haben im Jahr 2021 einen Aufenthaltstitel für eine Erwerbstätigkeit erhalten (2020: 29.747, +35,9 %) (vgl. Abbildung 3-1).

---

<sup>23</sup> Vgl. dazu Lederer 2004: 102ff.

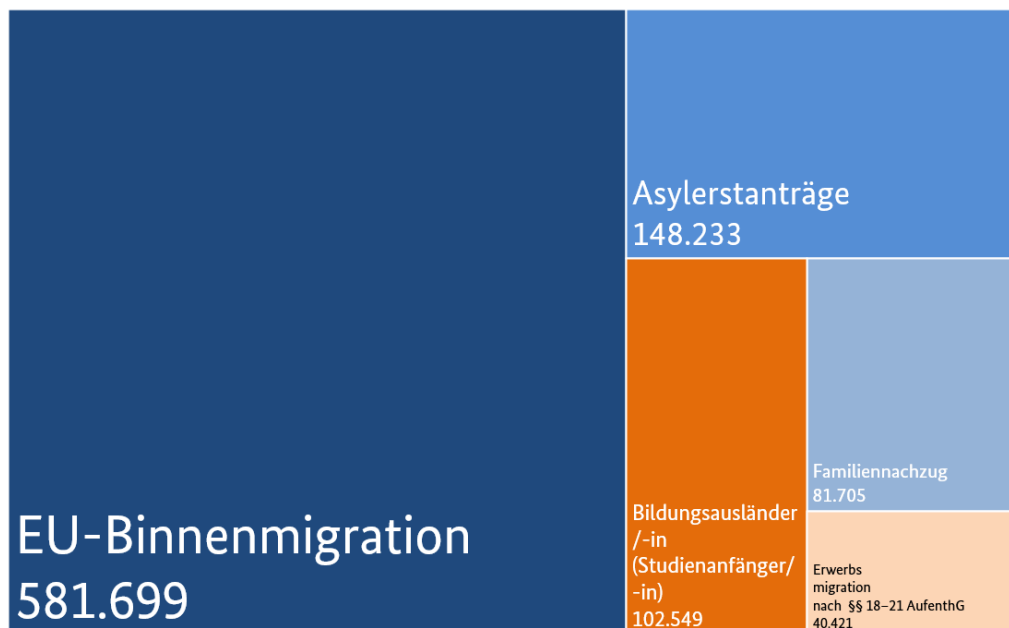
Abbildung 3-1: Überblick über die wichtigsten Migrationsgruppen nach Deutschland seit 2016



Anmerkung: Eine Addition der Zuwanderungsgruppen zu einer Gesamtsumme ist aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien (z. B. Fall- vs. Personenstatistik) und Doppelzählungen (z. B. EU-Binnenmigration und saisonale Arbeitskräfte aus EU-Staaten) nicht möglich. Die Zahlen zur EU-Binnenmigration (Zuwanderung von anderen EU-Staatsangehörigen nach Deutschland) enthalten bis einschließlich 2020 das Vereinigte Königreich, 2021 nicht mehr.

Quellen: Statistisches Bundesamt, BAMF, Ausländerzentralregister

Abbildung 3-2: Die wichtigsten Migrationsgruppen im Jahr 2021



Anmerkung: Eine Addition der Zuwanderungsgruppen zu einer Gesamtsumme ist aufgrund unterschiedlicher Erhebungskriterien (z. B. Fall- vs. Personenstatistik) und Doppelzählungen (z. B. EU-Binnenmigration und saisonale Arbeitskräfte aus EU-Staaten) nicht möglich.

Quellen: Statistisches Bundesamt, BAMF, Ausländerzentralregister

### 3.2 Erwerbsmigration

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen – also Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen – sind in den §§ 18 bis 21 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und in der Beschäftigungsverordnung (BeschV) geregelt. Beim Arbeitsmarktzugang gelten unterschiedliche Regelungen für Drittstaatsangehörige einerseits sowie für EU-Staatsangehörige und Angehörige der übrigen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)<sup>24</sup> und der Schweiz andererseits. Letztere und die sie begleitenden oder nachziehenden Familienangehörigen sind freizügigkeitsberechtigt und benötigen damit für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit keinen Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (vgl. Kapitel 2). Hingegen ist ein solcher Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige für die Zuwanderung und Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes grundsätzlich notwendig (§ 4 Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 4a AufenthG, bis Ende Februar 2020: § 4 Abs. 1 AufenthG).

In diesem Abschnitt wird ausschließlich die Erwerbsmigration aus Drittstaaten betrachtet. Die Datengrundlage bildet hauptsächlich das AZR.<sup>25</sup> Dessen ungeachtet resultiert auch aus der Zuwanderung von EU-Staatsangehörigen<sup>26</sup> sowie aus dem Familiennachzug (sowohl aus EU- als auch aus Drittstaaten) ein großes Potenzial für den deutschen Arbeitsmarkt, das hier nicht abgebildet wird.<sup>27</sup> Das gleiche gilt auch für Drittstaatsangehörige, die beispielsweise einen Aufenthaltstitel aus familiären oder humanitären Gründen innehaben oder für die Durchführung von Bildungsmaßnahmen die eine Nebenbeschäftigung zulassen, wie z. B. beim Studium, in Deutschland aufhalten. Diese Personengruppen können ebenfalls eine Beschäftigung in Deutschland ausüben. Die folgenden Zahlen zur Erwerbsmigration bilden daher nicht das gesamte Erwerbspersonenpotenzial ab.

#### Allgemeine Regelungen und Verfahren zur Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen

Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels zur Beschäftigung ist in der Regel ein konkretes Arbeitsplatzangebot. Die jeweiligen Aufenthaltstitel sind zeitlich befristet und werden grundsätzlich für Fachkräfte gemäß § 18 Abs. 4 AufenthG für 4 Jahre erteilt, soweit der Arbeitsvertrag keine kürzere Laufzeit vorsieht. Für die Einreise ist in der Regel ein nationales Visum erforderlich; sofern der Aufenthalt 90 Tage nicht überschreitet, kann für kürzere Beschäftigungen auch ein Schengen-Visum erteilt werden.

Generell gilt, dass sich die Zulassung von ausländischen Beschäftigten an den Erfordernissen des Wirtschaftsstandortes Deutschland unter Berücksichtigung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt orientiert (§ 18 Abs. 1 S. 1 AufenthG). Dies wird in § 18 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG unter anderem dadurch konkretisiert, dass Drittstaatsangehörigen ein Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Beschäftigung in der Regel nur erteilt

---

<sup>24</sup> Island, Liechtenstein und Norwegen.

<sup>25</sup> Der Migrationsbericht betrachtet das Wanderungsgeschehen in Deutschland in 2021, weshalb sich die in diesem Kapitel ausgewiesenen Zuwanderungszahlen auf diesen Zeitraum beziehen. Hierfür wurden die Daten des Ausländerzentralregisters zum Abfragezeitpunkt 31. März 2022 ausgewertet. Daher sind auch Drittstaatsangehörige enthalten, die noch im Jahr 2021 eingereist sind, aber erst im 1. Quartal des Jahres 2022 einen Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit erhalten haben. In der BAMF-Publikation „Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration: Erteilung von Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige – Jahresbericht 2021“ (vgl. Graf 2022a) steht dagegen der Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels im Vordergrund, weswegen die Fälle mit Aufenthaltstitelerteilung erst in 2022 dort nicht aufgeführt und die Daten somit nicht vergleichbar sind.

<sup>26</sup> Detaillierte Angaben zur Zu- und Abwanderung sowie zum Aufenthalt von EU-Staatsangehörigen sind der BAMF-Publikation „Freizügigkeitsmonitoring: Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland – Jahresbericht 2021“ zu entnehmen (Graf 2022b).

<sup>27</sup> Vgl. hierzu BMFSFJ 2021, Borowsky et al. 2020, Wälde/Evers 2018 und Maciejewski/Harder 2022.

wird, wenn die BA zugestimmt hat oder wenn durch Gesetz, die Beschäftigungsverordnung bzw. eine zwischenstaatlich getroffene Vereinbarung bestimmt ist, dass die Ausübung der Beschäftigung ohne eine Zustimmung der BA zulässig ist (§ 39 Abs. 1 AufenthG).

Die BA prüft, ob ausländische Beschäftigte nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare inländische Arbeitskräfte beschäftigt werden (§ 39 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG bzw. § 39 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG) und, soweit durch Gesetz oder Rechtsverordnung vorgesehen, ob für die Beschäftigung deutsche Arbeitnehmende sowie Ausländerinnen und Ausländer, die diesen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme rechtlich gleichgestellt sind, oder andere ausländische Staatsangehörige, die nach EU-Recht einen Anspruch auf vorrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, nicht zur Verfügung stehen („Vorrangprüfung“, siehe § 39 Abs. 3 Nr. 3 AufenthG). Handelt es sich hingegen um die geplante Ausübung einer Beschäftigung durch eine Fachkraft (nach §§ 18a und 18b AufenthG), wird die Zustimmung grundsätzlich ohne Vorrangprüfung erteilt (§ 39 Abs. 2 AufenthG).

Die Zustimmung der BA wird zusammen mit dem Aufenthaltstitel durch die zuständige Ausländerbehörde bzw. durch die Auslandsvertretung in einem behördeninternen Verfahren erteilt.<sup>28</sup> Dieses vereinfachte Verfahren wird auch als „one-stop-government“ bezeichnet.

Absolventinnen und Absolventen, die mit einem entsprechenden Aufenthaltstitel an einer staatlichen Hochschule, einer staatlich anerkannten Hochschule oder an einer vergleichbaren Bildungseinrichtung in Deutschland ein Hochschulstudium absolviert haben, können im Anschluss für bis zu 18 Monate zur Arbeitsplatzsuche in Deutschland bleiben (§ 20 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG). In dieser Zeit verfügen sie über einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang (vgl. Kapitel 3.3.2). Absolventinnen und Absolventen ausländischer Hochschulen, deren akademischer Abschluss in Deutschland anerkannt oder einem deutschen Hochschulabschluss vergleichbar ist, können einen Aufenthaltstitel für bis zu 6 Monate erhalten, um einen Arbeitsplatz in Deutschland zu suchen, zu deren Ausübung ihre Qualifikation befähigt (§ 20 Abs. 2 AufenthG). In dieser Zeit müssen sie ihren Lebensunterhalt eigenständig sicherstellen und dürfen ihrer Qualifikation entsprechende Probebeschäftigungen von bis zu 10 Stunden pro Woche ausüben (§ 20 Abs. 1 AufenthG). Vor dem Inkrafttreten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (FEG) durften sie keine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Diese Personen reisen überwiegend mit nationalen Visa ein, die in der Regel 6 Monate gültig sind.<sup>29</sup> In den deutschen Auslandsvertretungen wurden im Jahr 2021 insgesamt 923 D-Visa<sup>30</sup> zur Arbeitsplatzsuche erteilt (2020: 1.674).<sup>31</sup> Nach § 20 Abs. 1 S. 2 AufenthG haben auch in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige, die unmittelbar zuvor im Besitz eines Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit (etwa nach §§ 18a, 18b AufenthG oder nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. der Beschäftigungsverordnung bzw. zwischenstaatlichen Vereinbarungen, wovon auch Beschäftigungsaufenthalte erfasst sind) oder nach § 16e AufenthG (studienbezogenes Praktikum EU) waren, die Möglichkeit, einen Aufenthaltsti-

---

<sup>28</sup> Für die Einreise zur Arbeitsaufnahme benötigen ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus einem Drittstaat in der Regel ein Visum, das von der deutschen Auslandsvertretung erteilt wird. Voraussetzung für die Visaerteilung ist die Zustimmung durch die BA, es sei denn, die Zustimmung ist kraft Gesetzes, aufgrund der Beschäftigungsverordnung oder Bestimmung in einer zwischenstaatlichen Vereinbarung nicht erforderlich. In Deutschland muss die ausländische Arbeitnehmerin bzw. der ausländische Arbeitnehmer dann vor Ablauf des Visums einen Aufenthaltstitel bei der zuständigen Ausländerbehörde beantragen.

<sup>29</sup> Vgl. AA 2021: 82f.

<sup>30</sup> Bei einem D-Visum handelt es sich um ein nationales Visum, das für einen Zeitraum von mehr als 90 Tagen (bis maximal 1 Jahr) erteilt wird, Art. 18 SDÜ.

<sup>31</sup> Vgl. Graf 2022a: 15.

tel zur Arbeitsplatzsuche zu erhalten. In diesen Fällen wird ein Nachweis über die Sicherung des Lebensunterhaltes und die der Familienmitglieder vorausgesetzt. Es wurden aber bisher nur wenige solche Aufenthaltstitel erteilt, im Jahr 2021 waren es laut AZR 115 (2020: 131).

Drittstaatsangehörige, die sich zum Zweck der Forschung in der EU aufhalten und einen entsprechenden Aufenthaltstitel eines anderen EU-Mitgliedstaates (mit Ausnahme von Dänemark und Irland) im Sinne der Richtlinie zum Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken (Richtlinie 2016/801/EU, sogenannte REST-Richtlinie) besitzen, können nach § 18e Abs. 1 AufenthG (bis Ende Februar 2020: § 20a AufenthG) ohne Aufenthaltstitel in Deutschland forschen, sofern sie maximal 180 Tage innerhalb von 360 Tagen in einer deutschen Forschungseinrichtung arbeiten und die erforderlichen Mitteilungen vorlegen. Dauert der Forschungsaufenthalt mehr als 180 Tage, können sie einen Aufenthaltstitel für mobile Forschende beantragen (§ 18f AufenthG, bis Ende Februar 2020: § 20b AufenthG). Daneben wird auch Führungskräften, Spezialistinnen und Spezialisten sowie Trainees, die sich im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers in einem anderen EU-Mitgliedstaat aufhalten, in Umsetzung der Richtlinie zum unternehmensinternen Transfer (Richtlinie 2014/66/EU, sogenannte ICT-Richtlinie) nach § 19a Abs. 1 AufenthG (bis Ende Februar 2020: § 19c AufenthG) eine kurzfristige Mobilität für einen Zeitraum von bis zu 90 Tagen innerhalb eines Zeitraumes von 180 Tagen ohne deutschen Aufenthaltstitel ermöglicht. Für einen Aufenthalt von mehr als 90 Tagen kann ihnen eine „Mobiler-ICT-Karte“ erteilt werden (§ 19b AufenthG, bis Ende Februar 2020: § 19d AufenthG).

Durch die sogenannte „Westbalkanregelung“ können seit dem 1. Januar 2016 Staatsangehörige aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien für eine Beschäftigung unabhängig von einer Qualifikation als Fachkraft nach Vorrangprüfung einen Aufenthaltstitel erhalten (seit März 2020: § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 2 BeschV). Der Arbeitsmarktzugang ist nicht an formale Qualifikationserfordernisse geknüpft. Die Regelung war zunächst bis Ende 2020 befristet und wurde dann bis 31. Dezember 2023 verlängert.<sup>32</sup> Gleichzeitig mit der Verlängerung wurde ein jährliches Kontingent von maximal 25.000 Zustimmungen der BA eingeführt. Voraussetzungen sind weiterhin ein konkretes Arbeitsplatzangebot und die Zustimmung der BA mit einer Vorrangprüfung. Die Antragstellung erfolgt im jeweiligen Herkunftsland. Davon ausgeschlossen sind Bewerberinnen und Bewerber, die innerhalb der letzten 24 Monate vor Antragstellung Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bezogen haben.<sup>33</sup> Bei nicht reglementierten Berufen ist eine Anerkennung der ausländischen beruflichen Qualifikationen nicht erforderlich. Bei reglementierten Berufen muss die Berufsausübungserlaubnis erteilt sein.

## **Fachkräfteeinwanderungsgesetz**

Am 1. März 2020 trat das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) in Kraft. Durch die umfassenden aufenthaltsrechtlichen Änderungen wurden neue Rahmenbedingungen für eine gezielte Fachkräftegewinnung aus Drittstaaten geschaffen. Die wesentlichen Änderungen durch das Gesetz sind:

- Mit dem FEG wurde ein einheitlicher Fachkräftebegriff eingeführt, der Personen mit akademischer Ausbildung und mit qualifizierter Berufsausbildung umfasst (§ 18 Abs. 3 AufenthG).

---

<sup>32</sup> Basis dafür ist die Sechste Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung, die am 5. November 2020 verkündet wurde. Vgl. auch BMAS 2020.

<sup>33</sup> Ausnahmen hierfür galten durch eine Übergangsregelung für Personen aus den Westbalkanstaaten, die zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 24. Oktober 2015 einen Asylantrag gestellt haben und nach dem 24. Oktober 2015 unverzüglich aus Deutschland ausgereist sind.

- Der bisher eher eingeschränkte Anwendungsbereich, der sich aus der Formulierung einer „entsprechenden Beschäftigung“ (§ 2 Abs. 3 BeschV und § 6 BeschV a. F.) ergab, wurde durch die Formulierung, dass die Fachkraft zur Ausübung dieser Beschäftigung befähigt sein muss, erweitert. Die Beschäftigung von akademischen Fachkräften, die eine Blaue Karte EU beantragen, muss weiterhin der Qualifikation angemessen sein (§ 18b Abs. 2 AufenthG).
- Der Arbeitsmarktzugang für Personen mit einer qualifizierten Berufsausbildung wurde dadurch deutlich erleichtert, dass die Beschränkung der Zuwanderung auf die sogenannten Mangel- bzw. Engpassberufe entfallen ist. Seit dem Inkrafttreten des FEG kann ihnen ein Aufenthaltstitel erteilt werden, wenn sie ein Arbeitsplatzangebot haben, zu der ihre Qualifikation sie befähigt (§ 18a AufenthG). Damit wurden die Zugänge für nichtakademische Beschäftigte weitgehend an akademische Fachkräfte angeglichen.
- IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten mit berufspraktischer Erfahrung können unabhängig von einem formalen Abschluss einreisen. Voraussetzung ist, dass sie ihre Qualifikation über eine mindestens dreijährige Berufserfahrung nachweisen, ein Mindestgehalt erreichen und in der Regel über deutsche Sprachkenntnisse verfügen (§ 19c Abs. 2 AufenthG i. V. m. § 6 BeschV).
- Auf die Vorrangprüfung der BA wird bei Fachkräften nach §§ 18a AufenthG und 18b AufenthG verzichtet. Diese sah die Prüfung des vorrangigen Arbeitsmarktzugangs von deutschen Staatsangehörigen bzw. ausländischen bevorrechtigten Arbeitskräften<sup>34</sup> vor. Die BA prüft aber weiterhin die Gleichwertigkeit der Arbeitsbedingungen, um ungünstigere Arbeitsbedingungen für ausländische Beschäftigte auszuschließen (vgl. § 39 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 AufenthG).
- Ausländische Staatsangehörige mit einem Aufenthaltstitel können grundsätzlich eine Erwerbstätigkeit ausüben. Nur in Ausnahmefällen sind gesetzliche Verbote zu einer Aufenthaltserlaubnis vorgesehen (§ 4a Abs. 1 und 3 AufenthG). Vorher war die Ausübung einer Erwerbstätigkeit für Personen mit Aufenthaltstitel als Ausnahme geregelt, nun ist sie als Regel definiert (Umkehrung des vorherigen Regel-Ausnahme-Verhältnisses).
- Die Arbeitsplatzsuche für ausländische Arbeitskräfte wurde ausgeweitet: Fachkräfte mit einer anerkannten Berufsausbildung können – bei Vorliegen der Titelerteilungsvoraussetzungen – für bis zu 6 Monate nach Deutschland einreisen, um eine Beschäftigung zu suchen (§ 20 Abs. 1 AufenthG). Davor galt diese Regelung nur für Personen mit einem anerkannten oder vergleichbaren Hochschulabschluss.
- Zudem wurden die Möglichkeiten für einen Aufenthalt für Qualifizierungsmaßnahmen zum Zweck der Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen erheblich erweitert (§ 16d AufenthG).
- Sowohl akademische als auch nichtakademische Fachkräfte erhalten – bei Vorliegen aller Voraussetzungen – seit dem Inkrafttreten des FEG bereits nach 4 Jahren eine Niederlassungserlaubnis anstatt der bisherigen 5 Jahre (§ 18c Abs. 1 S. 1 AufenthG). Die Zeit verkürzt sich auf 24 Monate, wenn die Fachkraft eine inländische Berufsausbildung oder ein inländisches Studium erfolgreich abgeschlossen hat (§ 18c Abs. 1 S. 2 AufenthG).

Zudem wurde mit dem FEG ein beschleunigtes Fachkräfteverfahren mit gesetzlich vorgegebenen verkürzten Bearbeitungsfristen<sup>35</sup> eingeführt. Wenn ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt, können Arbeitge-

<sup>34</sup> Dazu zählen ausländische Staatsangehörige, die deutschen Staatsangehörigen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme gleichgestellt sind, oder ausländische Staatsangehörige, die nach dem EU-Recht Anspruch auf vorrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt haben (§ 39 Abs. 3 Nr. 3 AufenthG).

<sup>35</sup> Anerkennungsverfahren: 2 Monate, Zustimmungsverfahren der BA: 1 Woche, Visumverfahren: 6 Wochen. Vgl. auch § 14a Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen (BQFG) für das Anerkennungsverfahren; für die Zustimmung der BA § 36 Abs. 2 S. 2 BeschV; für die Auslandsvertretung § 31a AufenthV.

berinnen und Arbeitgeber bei der zuständigen Ausländerbehörde in Vollmacht der ausländischen Fachkräfte, die z. B. zu einem Aufenthaltswitz nach den §§ 16a, 16d, 18a, 18b und 18c Abs. 3 AufenthG einreisen will, ein solches Verfahren beantragen (§ 81a Abs. 1 AufenthG, „beschleunigtes Fachkräfteverfahren“). Dabei schließen die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und die zuständige Ausländerbehörde eine Vereinbarung (§ 81a Abs. 2 AufenthG), auf deren Grundlage die Ausländerbehörde die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber berät und als zentraler Verfahrensmittler agiert. So beteiligt die Ausländerbehörde unter Hinweis auf das beschleunigte Verfahren etwa die zuständigen Anerkennungsstellen zwecks Feststellung der Gleichwertigkeit der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen und holt die Zustimmung der BA ein, sofern dies notwendig ist. Bei Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen erteilt die Ausländerbehörde die Vorabzustimmung zur Visaerteilung. Die Ausländerbehörde speichert die Vorabzustimmung zudem im AZR, über das die zuständige Auslandsvertretung sodann unmittelbar elektronisch über die bevorstehende Visumantragstellung informiert wird. Die ausländische Fachkraft kann dann einen Termin zur Visumantragstellung auf der Internetseite der zuständigen Auslandsvertretung buchen. Wenn festgestellt wird, dass die im Ausland erworbene Berufsqualifikation nicht gleichwertig ist, die Gleichwertigkeit aber durch eine Qualifizierungsmaßnahme erreicht werden kann, kann das Verfahren mit dem Ziel der Einreise zum Zweck des § 16d AufenthG fortgeführt werden (§ 81a Abs. 3 S. 2 AufenthG). Dieses Verfahren und seine Gebühr in Höhe von 411 Euro umfasst auch den Familiennachzug, für den Visumanträge in zeitlichem Zusammenhang gestellt werden.

### **Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft: Bilaterale Vermittlungsabsprache**

Die Grundlage zur Einreise von drittstaatsangehörigen Saisonarbeitskräften sind größtenteils bilaterale Vermittlungsabsprachen. Seit Januar 2020 besteht eine solche Absprache für Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft mit Georgien<sup>36</sup>. Der operative Start der Vermittlungsabsprache mit Georgien musste aufgrund der COVID-19-Pandemie auf 2021 verschoben werden. Eine zweite Vermittlungsabsprache besteht mit der Republik Moldau ab der Erntesaison 2022. Einreisen sind mit der Arbeitserlaubnis der BA ohne Vorrangprüfung bis zu 90 Tagen innerhalb von 180 Tagen möglich. Ein Visum ist nicht erforderlich. Mehrheitlich wird Saisonarbeit von Arbeitskräften aus EU-Mitgliedstaaten erbracht.<sup>37</sup>

### **Fachkräfteeinwanderungsgesetz und Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Erwerbsmigration**

Mit dem FEG wurden zum 1. März 2020 neue Rahmenbedingungen für einen schnelleren und erleichterten Zugang von Drittstaatsangehörigen in den deutschen Arbeitsmarkt geschaffen. Fast zeitgleich wurde mit dem Einsetzen der COVID-19-Pandemie die internationale Mobilität und somit auch der Zuzug von Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten stark gebremst. Im zweiten Pandemiejahr 2021 konnte ein Wiederanstieg von Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen verzeichnet werden, obwohl in der ersten Jahreshälfte noch deutliche Einreisebeschränkungen bestanden. Im Juni 2021 wurden diese für vollständig geimpfte Personen weitestgehend aufgehoben. Die pandemiebedingten Beschränkungen hatten zeitweise auch weiterhin Einfluss auf den Publikumsverkehr an deutschen Auslandsvertretungen sowie bei Ausländerbehörden im Inland, was sich auf die Vergabe von Visa und Aufenthaltstiteln auswirkte.

---

<sup>36</sup> Vgl. Lechner 2020: 17f.

<sup>37</sup> Vgl. hierzu ausführlich Lechner 2020.

## Zur statistischen Erfassung der Erwerbsmigration für das Berichtsjahr 2021

Generell unterscheidet sich die Darstellung in diesem Kapitel von derjenigen früherer Migrationsberichte (bis zum Berichtsjahr 2019), da sich mit dem FEG zum einen die Systematik der einschlägigen Aufenthaltstitel verändert hat und zum anderen neue Titel hinzugekommen sind. Deswegen wurden ab dem Berichtsjahr 2020 zum Teil neue Berichtskategorien wie die der „Sonstigen Beschäftigungsformen“ (Kapitel 3.2.8) gebildet, die in diesem Bericht fortgeführt werden. Am Anfang der Datendarstellung steht nunmehr im Kapitel 3.2.1 ein Überblick über die gesamte Erwerbsmigration. Unverändert gegenüber früheren Berichten ist der Fokus auf den jeweiligen Zuwanderungszeitraum, in diesem Fall also das Berichtsjahr 2021, geblieben. Für die folgenden Auswertungen wurden die Daten des AZR zum Stichtag 31. Dezember 2021 herangezogen. Dabei wird ein dreimonatiger Nacherfassungszeitraum bis zum 31. März 2022 berücksichtigt. Es werden somit Personen betrachtet, die im Jahr 2021 zugewandert sind und bis spätestens 31. März 2022 einen Aufenthaltstitel im Bereich der Erwerbsmigration erhalten haben. Durch diese Nacherfassungszeit wird die Belastbarkeit der Daten erhöht.

Zu beachten ist, dass an Personen, die mit einem nationalen Visum für längerfristige Aufenthalte über 90 Tage (D-Visum) für die Arbeitsplatzsuche nach Deutschland einreisen, von den Ausländerbehörden zum Teil gar keine Aufenthaltserlaubnisse zur Arbeitsplatzsuche vergeben werden. Bei erfolgreicher Suche findet der Übergang direkt vom Visum zur Arbeitsplatzsuche in einen Titel für die anschließende Erwerbstätigkeit statt. Visa mit längerer Gültigkeitsdauer haben durch das FEG an Bedeutung gewonnen. Beispielsweise können im Zuge des beschleunigten Fachkräfteverfahrens Visa für bis zu 12 Monate erteilt werden (Nr. 81a.3.6.3.1 der Anwendungshinweise zum FEG<sup>38</sup>). Auch in diesen Fällen erfolgt (zunächst) keine Eintragung des konkreten Aufenthaltstitels für Erwerbszwecke in den Datenbestand des AZR, wodurch anhand dieser Datenquelle mit einer Untererfassung der tatsächlichen Erwerbsmigration zu rechnen ist.

### 3.2.1 Erwerbsmigration insgesamt

Die Erwerbsmigration aus Nicht-EU-Staaten nach §§ 18 bis 21 AufenthG entwickelte sich seit 2010 zunächst kontinuierlich positiv. Zwischen 2010 und 2019 ist die jährliche Zahl der Erwerbsmigrantinnen und -migranten von etwa 30.000 auf rund 64.000 gestiegen (+115,7 %). Bei Fachkräften und Hochqualifizierten wurde im gleichen Zeitraum ein Anstieg von ca. 19.000 Zugewanderten auf rund 39.000 verzeichnet (+103,5 %). Bei der Fachkräftezuwanderung hat insbesondere die Blaue Karte EU als Aufenthaltstitel für Hochqualifizierte stark an Bedeutung gewonnen. Seit 2016 ist zudem die Erwerbsmigration von Drittstaatsangehörigen, die im Rahmen der Westbalkanregelung nach Deutschland gekommen sind, deutlich gestiegen (vgl. Abbildung 3-3 und Tabelle 3-22 im Anhang).

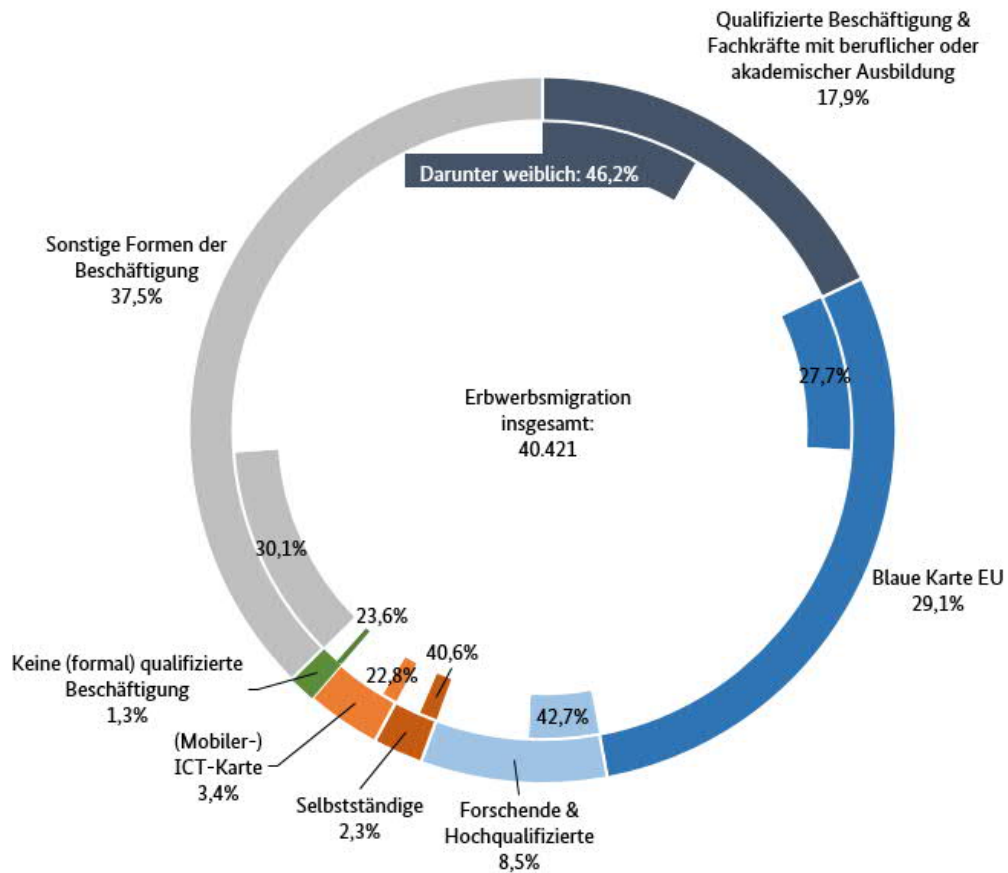
Pandemiebedingt ging die Entwicklung der Erwerbsmigration im Jahr 2020 auf 29.747 zugewanderte Personen zurück, die einen Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit erhielten (-53,7 % im Vergleich zu 2019, vgl. Tabelle 3-1 und Tabelle 3-22 im Anhang). Im zweiten Pandemiejahr 2021 konnte wieder ein Zuwachs auf 40.421 Zuwandernde verzeichnet werden (+35,9 % gegenüber 2020).

---

<sup>38</sup> Vgl. BMI 2020a.



Abbildung 3-3: Erwerbsmigration nach §§ 18 bis 21 AufenthG im Jahr 2021 nach Aufenthaltstiteln und Geschlecht



Quelle: Ausländerzentralregister

Betrachtet man die Struktur der Erwerbsmigration nach Deutschland im Jahr 2021, so zeigt sich, dass es sich bei der Mehrheit der Beschäftigten aus Drittstaaten um qualifizierte bzw. hochqualifizierte Fachkräfte handelt (insgesamt 24.774 Personen bzw. 61,3 %, vgl. Tabelle 3-1). 2020 lag dieser Anteil mit 55,8 % noch etwas niedriger. Diese Gruppe umfasst die vor dem FEG bestehenden Aufenthaltstitel für eine qualifizierte Beschäftigung, Fachkräfte mit beruflicher oder akademischer Ausbildung, Hochqualifizierte, Forschende, Inhaberinnen und Inhaber einer (Mobiler-) ICT-Karte bzw. einer Blauen Karte EU sowie Selbstständige. Der Anteil der Inhaberinnen und Inhaber einer Blauen Karte EU als größter Einzelgruppe liegt bei 29,1 % und damit nochmals höher als 2020 (24,5 %).

Tabelle 3-1: Erwerbsmigration im Jahr 2021 aus Drittstaaten nach Beschäftigungsformen

Beschäftigungsform	Erwerbsmigration im Jahr 2021		
	Insgesamt	darunter: weiblich	Anteil weiblich
Fachkräfte und (Hoch-) Qualifizierte Beschäftigung			
Fachkräfte mit beruflicher oder akademischer Ausbildung	6.558	3.275	49,9%
Qualifizierte Beschäftigung (§ 18 Abs. 4 AufenthG alt)	696	74	10,6%
Hochqualifizierte	21	7	33,3%
Blaue Karte EU	11.768	3.262	27,7%
Forschende	3.424	1.463	42,7%
(Mobiler-) ICT-Karte und internationaler Personalaustausch <sup>1</sup>	1.383	315	22,8%
Selbstständige Tätigkeit	924	375	40,6%
<b>Fachkräfte und (Hoch-)Qualifizierte insgesamt</b>	<b>24.774</b>	<b>8.771</b>	<b>35,4%</b>
Sonstige Formen der Beschäftigung sowie alte Regelungen			
Sonstige Formen der Beschäftigung <sup>2</sup>	15.138	4.564	30,1%
Keine (formal) qualifizierte Beschäftigung (§ 18 Abs. 3 AufenthG alt)	509	120	23,6%
<b>Erwerbsmigration insgesamt</b>	<b>40.421</b>	<b>13.455</b>	<b>33,3%</b>

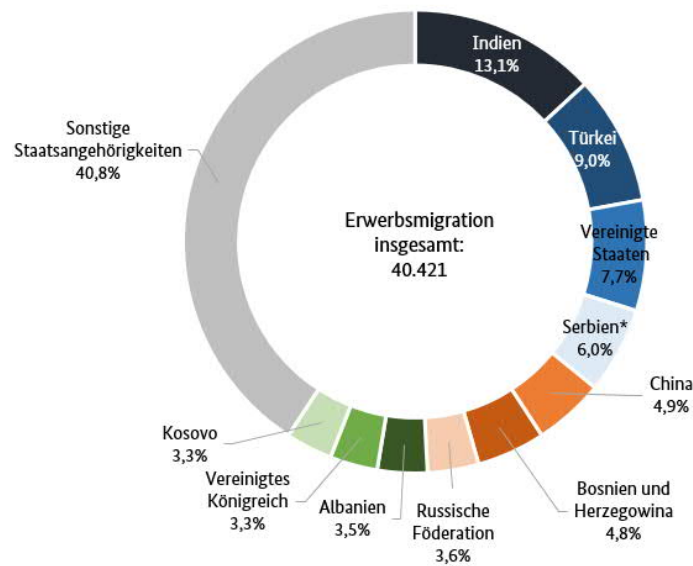
1) In dieser Kategorie sind die Titel § 19 AufenthG, § 19b AufenthG sowie internationaler Personalaustausch nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 1 BeschV und § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 BeschV zusammengefasst.

2) Für eine detaillierte Darstellung der sonstigen Formen der Beschäftigung vgl. Kapitel 3.2.8.

Quelle: Ausländerzentralregister

Differenziert nach Staatsangehörigkeiten bildeten im Jahr 2021 indische Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten die größte Gruppe (13,1 %). Die Zusammensetzung der Hauptstaatsangehörigkeiten verdeutlicht, dass daneben die sogenannte Westbalkanregelung stark in Anspruch genommen wird: Staatsangehörige aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien machten im Jahr 2021 zusammen 20,1 % aller Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten aus. Weitere bedeutsame Länder bildeten die Türkei (9,0 %), die Vereinigten Staaten (7,7 %) und China (4,9 %) (vgl. Abbildung 3-4).

Abbildung 3-4: Erwerbsmigration nach §§ 18 bis 21 AufenthG im Jahr 2021 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten

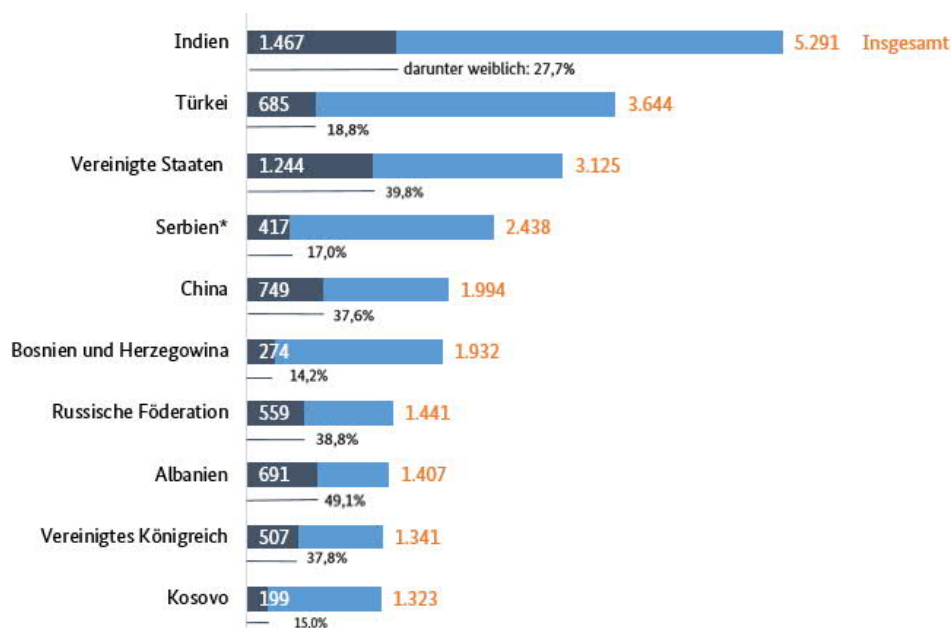


\*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Frauen machen seit 2015 etwa ein Viertel bis ein Drittel der Zuzüge von Arbeitskräften nach §§ 18 bis 21 AufenthG aus (2021: 33,3 %). Besonders hohe Anteile von Frauen sind bei Staatsangehörigen aus Albanien (49,1 %) und den Vereinigten Staaten (39,8 %) zu finden. Dahingegen sind die Anteile der Erwerbsmigrantinnen aus dem Kosovo (15,0 %) und Bosnien und Herzegowina (14,2 %) deutlich geringer (vgl. Abbildung 3-5 und Tabelle 3-22 im Anhang).

Abbildung 3-5: Erwerbsmigration nach §§ 18 bis 21 AufenthG im Jahr 2021 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



\*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

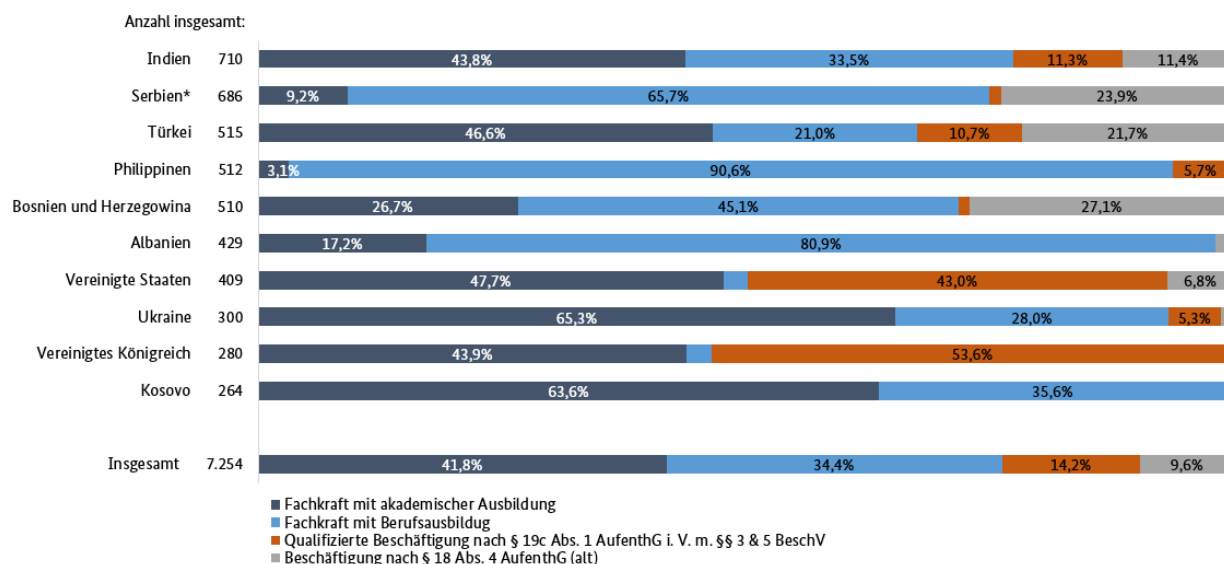
Quelle: Ausländerzentralregister

### 3.2.2 Fachkräfte mit beruflicher und akademischer Ausbildung sowie weitere qualifizierte Arbeitskräfte

2021 sind 7.254 Personen nach Deutschland eingereist, die entweder einen Aufenthaltstitel als Fachkräfte mit Berufsausbildung (§ 18a AufenthG) oder mit akademischer Ausbildung (§ 18b Abs. 1 AufenthG) oder einen Titel nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. §§ 3 und 5 BeschV erhalten haben. Bei Letzteren handelt es sich um leitende Angestellte, Führungskräfte, Spezialistinnen und Spezialisten sowie um Beschäftigte in der Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. Zudem enthält diese Kategorie der Erwerbsmigration auch Beschäftigte, die einen Titel für eine qualifizierte Beschäftigung nach § 18 Abs. 4 S. 1 AufenthG (alt) erhalten haben (vgl. Tabelle 3-22 im Anhang bzw. die beiden obersten Zeilen in Tabelle 3-1), bei dem keine Unterscheidung nach akademischer und beruflicher Ausbildung möglich ist. Alle genannten Gruppen werden im folgenden Kapitel zusammenfassend betrachtet. Im Jahr 2020 lag die Gesamtzahl noch bei 6.193, was einen Zuwachs von 17,1 % im Jahr 2021 bedeutet.

Die größten Gruppen innerhalb dieser Erwerbsmigrationsformen bilden Staatsangehörige aus Indien, Serbien, der Türkei, den Philippinen, Bosnien und Herzegowina sowie Albanien. Deutlich mehr als die Hälfte der serbischen, philippinischen und albanischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Fachkräfte mit beruflicher Ausbildung, wobei insbesondere Arbeitskräfte aus den Philippinen im Pflegebereich tätig sind.

Abbildung 3-6: Im Jahr 2021 eingereiste Fach- und qualifizierte Arbeitskräfte nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltstitel



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

\*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

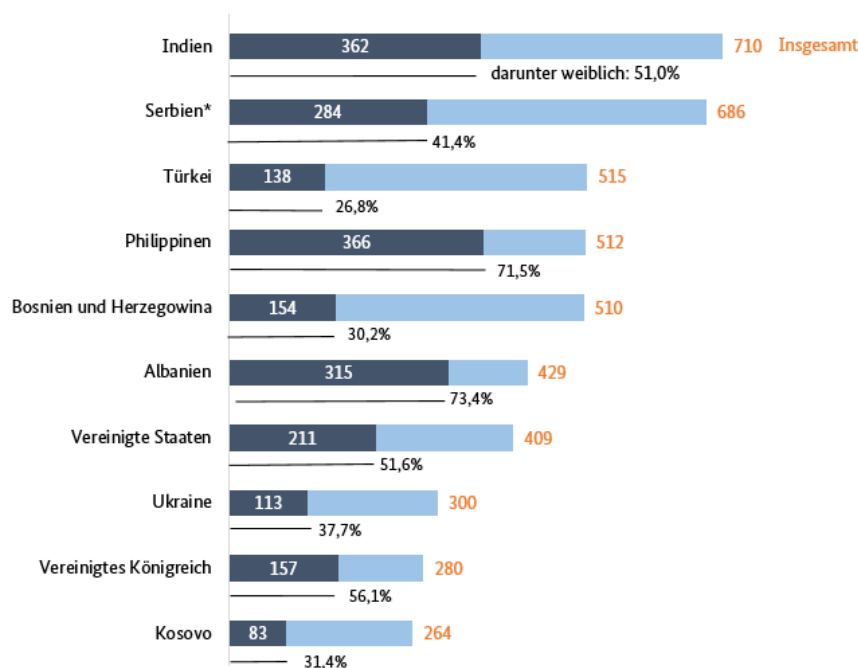
Betrachtet man die Struktur der Fach- und qualifizierten Arbeitskräfte in der Abbildung 3-6, so zeigt sich, dass insgesamt 41,8 % der eingereisten Fachkräfte solche mit einer akademischen Ausbildung (nach § 18b Abs. 1 AufenthG) und 34,4 % solche mit einer Berufsausbildung (nach § 18a AufenthG) waren. 14,2 % der Personen haben einen Titel für eine qualifizierte Beschäftigung nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. §§ 3

und 5 BeschV erhalten. Weiterhin haben 9,6 % der Beschäftigten einen Titel für eine qualifizierte Beschäftigung nach § 18 Abs. 4 S. 1 AufenthG (alt) erhalten (vgl. auch Abbildung 3-6).

Bei Staatsangehörigen der Ukraine (65,3 %) sowie Kosovo (63,6 %) handelt es sich vor allem um Fachkräfte mit einer akademischen Ausbildung. Hohe Anteile bei Fachkräften mit Berufsausbildung weisen hingegen vor allem philippinische (90,6 %) sowie albanische (80,9 %) Staatsangehörige auf. Zusätzlich können qualifizierte Arbeitskräfte einen Aufenthaltstitel nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. §§ 3 und 5 BeschV erhalten. Dies betrifft leitende Angestellte, Führungskräfte, Spezialistinnen und Spezialisten sowie Personen aus der Wissenschaft und Forschung. Entsprechende Anteile waren besonders hoch bei Staatsangehörigen aus dem Vereinigten Königreich (53,6 %) sowie aus den Vereinigten Staaten (43,0 %) (vgl. Abbildung 3-6). Einen Aufenthaltstitel für eine qualifizierte Beschäftigung nach § 18 Abs. 4 AufenthG a. F. haben besonders häufig Staatsangehörige aus Bosnien und Herzegowina (27,6 %) und Serbien (23,9 %) erhalten.

Der Anteil der weiblichen Fachkräfte und qualifizierten Beschäftigten liegt bei 46,3 % (vgl. Tabelle 3-22 im Anhang). Der Frauenanteil ist damit im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen (2020: 34,9 %). Staatsangehörige aus Albanien (73,4 %) weisen dabei einen stark überdurchschnittlichen Anteil an weiblichen Beschäftigten auf und auch bei philippinischen Staatsangehörigen ist dies der Fall hoch (71,5 %). Hingegen liegen die Anteile der Erwerbsmigrantinnen aus Bosnien und Herzegowina (30,2 %) und der Türkei (26,8 %) unter dem Durchschnitt (vgl. Abbildung 3-7).

Abbildung 3-7: Im Jahr 2021 eingereiste Fach- und qualifizierte Arbeitskräfte nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



\*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Insgesamt lebten am 31. Dezember 2021 in Deutschland 94.343 ausländische Staatsangehörige mit einem Aufenthaltstitel als Fachkraft (mit beruflicher oder akademischer Ausbildung) oder als sonstige qualifizierte Arbeitskräfte (Ende 2020: 98.133).

### 3.2.3 Hochqualifizierte mit Niederlassungserlaubnis

Hochqualifizierten Drittstaatsangehörigen kann in besonderen Fällen nach der Einreise ohne Voraufenthaltszeit eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, vorausgesetzt die Integration in die deutschen Lebensverhältnisse und die Sicherung des Lebensunterhalts ohne staatliche Hilfe sind gewährleistet (§ 18c Abs. 3 AufenthG). Eine weitere Voraussetzung ist nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG, dass ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegen muss (§ 18c Abs. 3 AufenthG). Zu den Hochqualifizierten zählen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit besonderen fachlichen Kenntnissen und Lehrpersonen (etwa Lehrstuhlinhaberinnen und Lehrstuhlinhaber) sowie wissenschaftliches Personal in herausgehobener Position.

Tabelle 3-2: Erteilte Niederlassungserlaubnisse an Hochqualifizierte seit 2010 (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr)

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Insgesamt	219	370	244	27	31	31	25	33	19	29	22	21

Quelle: Ausländerzentralregister

In Tabelle 3-2 sind nur die Personen ausgewiesen, die in den jeweiligen Berichtsjahren eingereist sind. Eine große Zahl von Niederlassungserlaubnissen nach dieser Regelung wurde Hochqualifizierten erteilt, die sich bereits vor dem Erteilungsjahr in Deutschland aufhielten und somit in dieser Tabelle nicht enthalten sind.

Ende 2021 besaßen insgesamt 2.594 Drittstaatsangehörige eine Niederlassungserlaubnis als Hochqualifizierte (Ende 2020: 2.491). Davon sind 21 Personen im Jahr 2021 eingereist (2020: 22). Damit ist die Zahl der neu eingereisten Personen mit einer solchen Niederlassungserlaubnis seit dem Höhepunkt im Jahr 2011 (370) deutlich gesunken. Der besonders starke Rückgang ab dem Jahr 2013 ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass viele Hochqualifizierte nun eine Blaue Karte EU und bei Erfüllung der Voraussetzungen eine Niederlassungserlaubnis nach § 18c Abs. 2 AufenthG erhalten. Die Erteilung von Niederlassungserlaubnissen an Hochqualifizierte direkt nach der Einreise stagniert seither auf niedrigem Niveau.

### 3.2.4 Blaue Karte EU

Am 1. August 2012 wurde die Blaue Karte EU als Aufenthaltstitel für hochqualifizierte Fachkräfte eingeführt. Seit dem Inkrafttreten des FEG am 1. März 2020 finden sich die Erteilungsvoraussetzungen für die Blaue Karte EU in § 18b Abs. 2 i. V. m. § 18 Abs. 2 AufenthG. Diesen Aufenthaltstitel erhalten drittstaatsangehörige Fachkräfte, die über eine anerkannte oder vergleichbare akademische Ausbildung sowie ein konkretes Arbeitsplatzangebot verfügen. Dabei muss ein bestimmtes Mindestgehalt erreicht werden. Bei sogenannten Regelberufen beträgt dies mindestens zwei Drittel der jährlich neu festgesetzten Bemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung. Im Jahr 2022 liegt das Mindestgehalt für Regelberufe bei 56.400 Euro brutto pro Jahr (2021: 56.800 Euro, 2020: 55.200 Euro). Die Erteilung der Blauen Karte EU erfolgt in diesen Fällen ohne eine Zustimmung der BA. Bei Berufen, für die in Deutschland ein besonderer

Bedarf besteht, sogenannte Mangel- oder Engpassberufe, genügt hingegen der Nachweis eines Gehalts von 52 % der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze. Im Jahr 2022 liegt der Mindestgehalt für diese Berufe bei 43.992 Euro brutto pro Jahr (2021: 44.304 Euro, 2020: 43.056 Euro).<sup>39</sup> Dies gilt vor allem für Ärztinnen und Ärzte, für Beschäftigte in der Informationstechnik, in den Ingenieurberufen, der Mathematik oder den Naturwissenschaften. Hier ist grundsätzlich die Zustimmung der BA – allerdings ohne Vorrangprüfung – erforderlich (§ 18b Abs. 2 S. 2 AufenthG).

Die Blaue Karte EU ist zunächst auf höchstens 4 Jahre befristet (§ 18 Abs. 4 AufenthG). Falls ein Arbeitsvertrag mit einer Laufzeit von unter 4 Jahren abgeschlossen wird oder die Zustimmung der BA auf einen kürzeren Zeitraum befristet ist, wird die Blaue Karte EU für die Dauer des Arbeitsvertrages zuzüglich dreier Monate ausgestellt. Nach mindestens 33 Monaten Beschäftigung und bei Vorliegen einfacher Kenntnisse der deutschen Sprache und weiterer Voraussetzungen können Inhaberinnen oder Inhaber einer Blauen Karte EU eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Diese Frist verkürzt sich auf 21 Monate, wenn Sprachkenntnisse auf Niveau B1 des GER „selbstständige Sprachverwendung“) nachgewiesen ist (§ 18c Abs. 2 AufenthG).

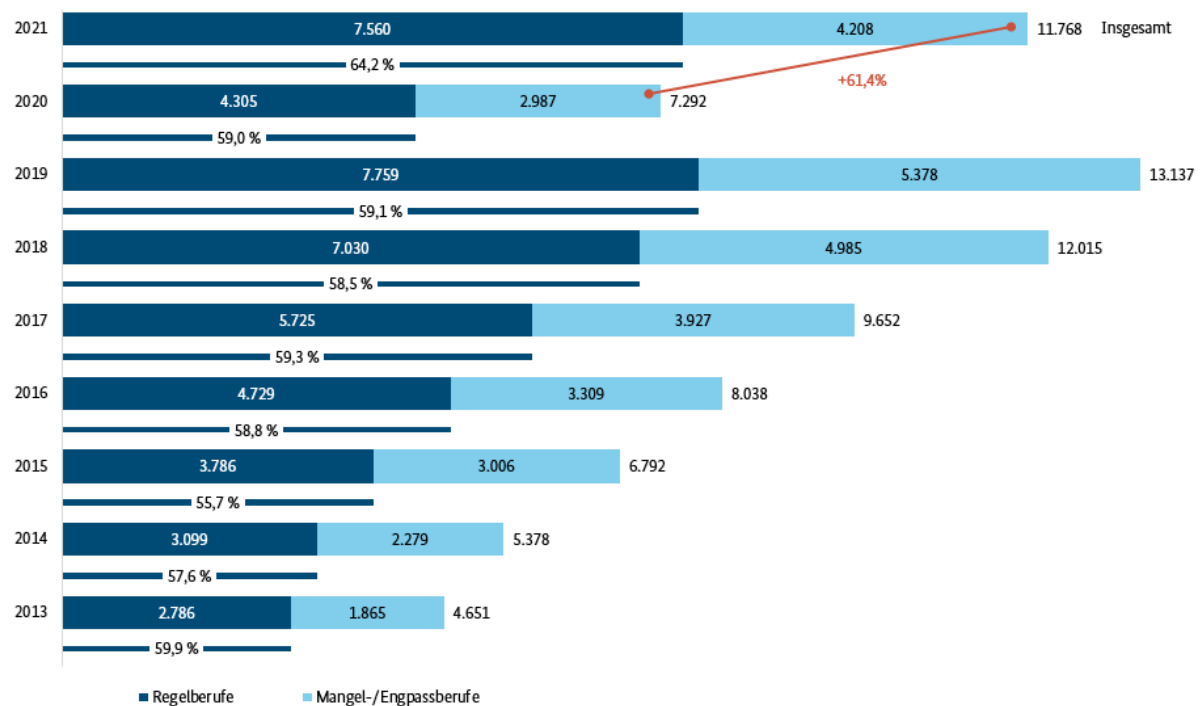
Auf EU-Ebene wurde im Oktober 2021 eine Reform der Hochqualifizierten-Richtlinie (Blaue Karte EU) beschlossen.<sup>40</sup> Diese sieht u. a. eine Flexibilisierung des nötigen Mindestgehalts vor, genauso wie die Möglichkeit für bestimmte weitere Personengruppen, eine Blaue Karte EU zu beantragen, wenn sie sich bereits in Deutschland aufhalten und die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Dazu gehören hochqualifizierte Personen, die internationalen Schutz genießen, Saisonarbeitskräfte und Familienangehörige von EU-Staatsangehörigen. Ebenso sind eine Erweiterung auf nichtakademische Fachkräfte mit einer mindestens dreijährigen Berufserfahrung im Informations- und Kommunikationssektor sowie Verbesserungen im Bereich des Arbeitgeberwechsels, des Familiennachzugs und der EU-Binnenmobilität vorgesehen. Die Mitgliedstaaten haben bis zum 18. November 2023 Zeit, diese Vorgaben in nationales Recht umzusetzen.

---

<sup>39</sup> Vgl. auch <https://www.bamf.de/DE/Themen/MigrationAufenthalt/ZuwandererDrittstaaten/Migrathek/BlaueKarteEU/blauekarteeu-node.html>

<sup>40</sup> Richtlinie (EU) 2021/1883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2021 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hoch qualifizierten Beschäftigung und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/50/EG des Rates.

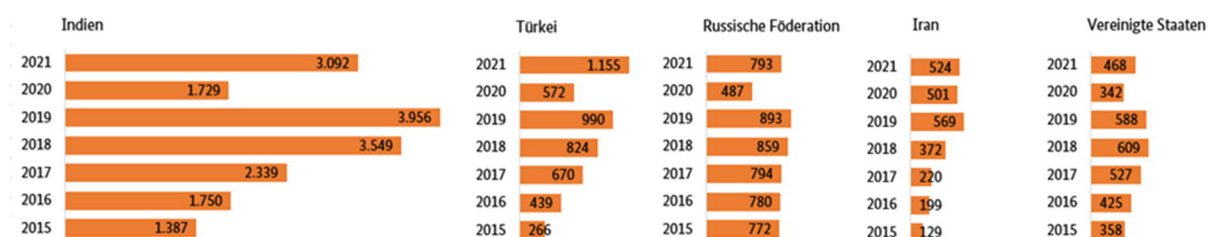
Abbildung 3-8: Erwerbsmigration mit einer Blauen Karte EU nach Art der Beschäftigung und Einreisejahr



Quelle: Ausländerzentralregister

Seit der Einführung der Blauen Karte EU im August 2012 wurde bis 2019 ein kontinuierlicher Anstieg der Einreisen und Erteilungen festgestellt werden. Die COVID-19-Pandemie hat den Positivtrend unterbrochen, im Jahr 2020 gingen die Einreisen von Fachkräften mit einer Blauen Karte EU auf 7.292 Personen zurück (2019: 13.137; -44,5 %). Im Jahr 2021 sind 11.768 Drittstaatsangehörige eingereist, denen eine Blaue Karte EU erteilt wurde (+61,4 %) Allerdings ist ein Vergleich mit den Vorjahren ab 2020 nur eingeschränkt möglich, da mit Verabschiedung des FEG nun zusätzliche Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen an Fachkräfte zur Verfügung stehen. Der Großteil der eingereisten Fachkräfte mit einer Blauen Karte EU geht einem Regelberuf nach, im Jahr 2021 betrug ihr Anteil 64,2 %. 35,8 % erhielten dementsprechend die Blaue Karte EU für die Beschäftigung in einem Mangel- bzw. Engpassberuf (vgl. Abbildung 3-8 und Tabelle 3-25 im Anhang).

Abbildung 3-9: Erwerbsmigration mit einer Blauen Karte EU nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Einreisejahr

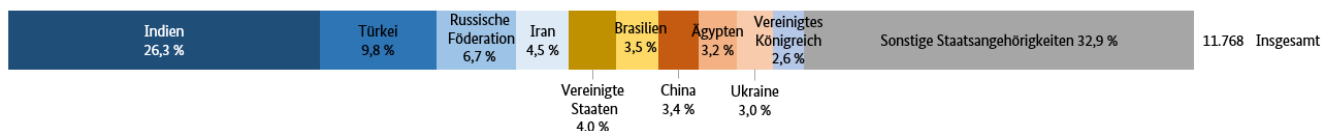


Quelle: Ausländerzentralregister



Die meisten Blauen Karten EU wurden 2021 an Staatsangehörige aus Indien (3.092 bzw. 26,3 %) erteilt. Weitere oft vertretene Staatsangehörigkeiten waren die Türkei (1.155 bzw. 9,8 %), die Russische Föderation (793 bzw. 6,7 %) sowie der Iran (524 bzw. 4,5 %) (vgl. Abbildung 3-10 und Tabelle 3-24 im Anhang).

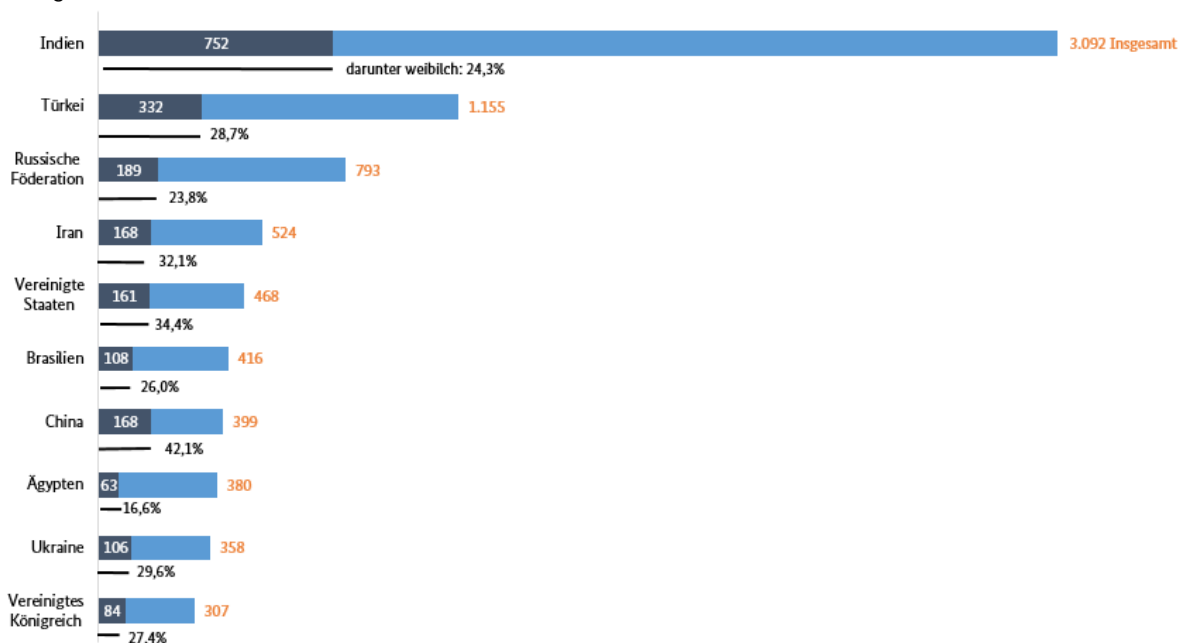
Abbildung 3-10: Erwerbsmigration mit einer Blauen Karte EU im Jahr 2021 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Ausländerzentralregister

Mehr als ein Viertel der im Jahr 2021 eingereisten akademischen Fachkräfte mit einer Blauen Karte EU war weiblich (3.263 bzw. 27,7 %). Der Anteil von Inhaberinnen einer Blauen Karte EU ist bei Staatsangehörigen aus China (42,1 %), den Vereinigten Staaten (34,4 %) und dem Iran (32,1 %) besonders hoch, dagegen ist der Anteil bei Ägypten mit 16,6 % besonders niedrig (vgl. Abbildung 3-11 und Tabelle 3-23 im Anhang).

Abbildung 3-11: Erwerbsmigration mit einer Blauen Karte EU im Jahr 2021 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



Quelle: Ausländerzentralregister

Die zunehmende Bedeutung von hochqualifizierten Beschäftigten aus Nicht-EU-Staaten ist auch durch die wachsende Zahl von Personen mit sogenannten Statuswechseln zu erkennen. Darunter versteht man den Wechsel zwischen Aufenthaltstiteln. Im Jahr 2021 haben viele Drittstaatsangehörige eine Blaue Karte EU erhalten, nachdem sie in Deutschland ein Studium oder eine Aus- und Weiterbildung abgeschlossen hatten und somit wie Neuzugewanderte erstmals als Hochqualifizierte eine Beschäftigung aufnahmen.<sup>41</sup>

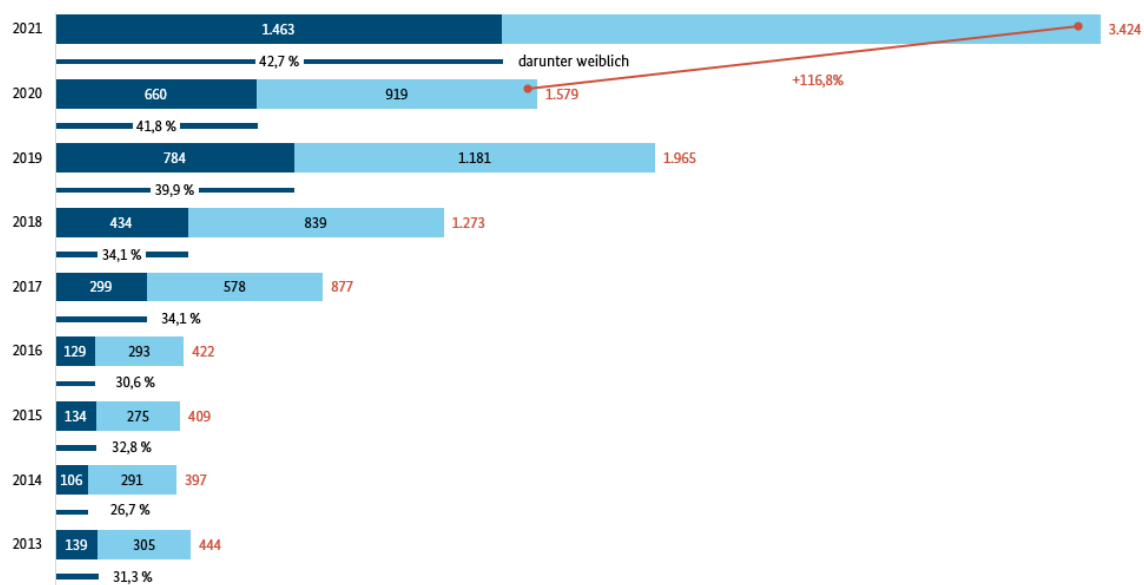
<sup>41</sup> Diese Entwicklung wird in der BAMF-Publikation „Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration: Erteilung von Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige“ näher betrachtet, vgl. Graf 2022a.

Insgesamt lebten am 31. Dezember 2021 70.178 Personen mit einer Blauen Karte EU in Deutschland (Ende 2020: 66.174). Zusätzlich waren 57.253 Drittstaatsangehörige, die Ende 2021 in Deutschland lebten, im Anschluss an eine Blaue Karte EU im Besitz einer Niederlassungserlaubnis nach § 18c Abs. 2 AufenthG (Ende 2020: 45.351). Bezogen auf die gesamte Erwerbsmigration 2021 entfiel mit 29,1 % fast ein Drittel aller erteilten Aufenthaltstitel auf die Blaue Karte EU (vgl. Tabelle 3-1).

### 3.2.5 Forschende aus Drittstaaten

Die Rechtsgrundlage für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis als Forscherin oder Forscher bildet § 18d AufenthG<sup>42</sup> und § 18f AufenthG. Danach wird Drittstaatsangehörigen eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung erteilt, wenn – neben weiteren Voraussetzungen – eine wirksam abgeschlossene Aufnahmevereinbarung oder ein entsprechender Vertrag zur Durchführung eines Forschungsvorhabens mit einer Forschungseinrichtung vorliegt (§ 18d Abs. 1 Nr. 1 AufenthG). Diese Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Aufnahme der Erwerbstätigkeit für das in der Aufnahmevereinbarung bezeichnete Forschungsvorhaben und zur Ausübung von Tätigkeiten in der Lehre (§ 18d Abs. 5 AufenthG). Darunter fallen auch Forschende, die mit einem Stipendium oder aufgrund eines sonstigen Rechtsverhältnisses in Deutschland tätig werden. Eine Zustimmung der BA ist nicht erforderlich.

Abbildung 3-12: Zuzüge von Forschenden nach Geschlecht und Einreisejahr



Quelle: Ausländerzentralregister

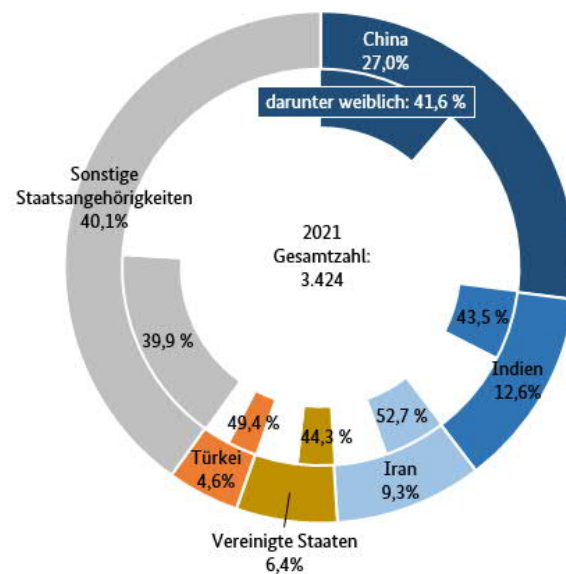
Im Jahr 2021 sind 3.424 Forschende aus Drittstaaten nach Deutschland eingereist, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18d AufenthG erhalten haben. Die Zahl der Zuzüge ist im Zeitraum von 2013 bis 2019 deutlich angestiegen, im Jahr 2020 dann u. a. aufgrund der COVID-19-Pandemie zurückgegangen, 2021 konnte jedoch wieder ein starker Anstieg verzeichnet werden (+116,8 %, 2020: 1.579). Der Anteil der

<sup>42</sup> Daneben sind in den folgenden Zahlen auch Aufenthaltserlaubnisse nach § 18f AufenthG für mobile Forschende sowie nach § 20 Abs. 1 AufenthG (alt) enthalten.

Frauen an dieser Zuwanderungsgruppe ist in den letzten Jahren gewachsen, im Jahr 2021 machte er 42,7 % der Gesamtzuzüge aus.

Insgesamt kamen 925 Forscherinnen und Forscher aus China (27,0 %), weitere 432 aus Indien (12,6 %) und 319 (9,3 %) aus dem Iran nach Deutschland (vgl. Abbildung 3-13 und Tabelle 3-25 im Anhang). Ende 2021 lebten in Deutschland 8.299 Forscherinnen und Forscher aus Drittstaaten mit einem entsprechenden Aufenthaltstitel (Ende 2020: 5.544 Personen).

Abbildung 3-13: Zuzüge von Forschenden im Jahr 2021 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



Quelle: Ausländerzentralregister

### 3.2.6 (Mobiler-) ICT-Karte und internationaler Personalaustausch

Mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der EU zur Arbeitsmigration, das am 1. August 2017 in Kraft getreten ist, wurde auch die Richtlinie zum unternehmensinternen Transfer (ICT-Richtlinie RL 2014/66/EU; ICT steht für Intra-Corporate Transfer) umgesetzt. Damit wurde die ICT-Karte als neuer Aufenthaltstitel eingeführt, der zum Zweck eines unternehmensinternen Transfers von Fachkräften erteilt wird. Auf diesem Wege können Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU ihre Führungskräfte, Spezialistinnen und Spezialisten (maximal 3 Jahre) sowie Trainees (maximal 1 Jahr) für eine begrenzte Zeit in ihre Niederlassung in der EU entsenden (§ 19 AufenthG).

Mit einer deutschen ICT-Karte dürfen sich Beschäftigte im Rahmen der kurzfristigen Mobilität bis zu 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen zum Zweck des unternehmensinternen Transfers in einem anderen Staat innerhalb der EU aufhalten, ohne in diesem Staat einen Aufenthaltstitel beantragen zu müssen. Umgekehrt können Drittstaatsangehörige, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat eine ICT-Karte besitzen, ohne deutschen Aufenthaltstitel für maximal 90 Tage innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen

in Deutschland eingesetzt werden. Im letzteren Fall ist lediglich eine Mitteilung und die Vorlage verschiedener Nachweise an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge notwendig (§ 19a AufenthG). Längerfristige Mobilität wird mit dem Aufenthaltstitel „Mobiler-ICT-Karte“ ermöglicht (§ 19b AufenthG). Diesen können Drittstaatsangehörige, die bereits in einem anderen EU-Mitgliedstaat eine ICT-Karte besitzen und mehr als 90 Tage in Deutschland arbeiten möchten, unter gewissen, in § 19b AufenthG aufgezählten Bedingungen erhalten.

Tabelle 3-3: (Mobiler-) ICT-Karten<sup>1</sup> seit 2018 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten (Einreise im jeweiligen Berichtsjahr)

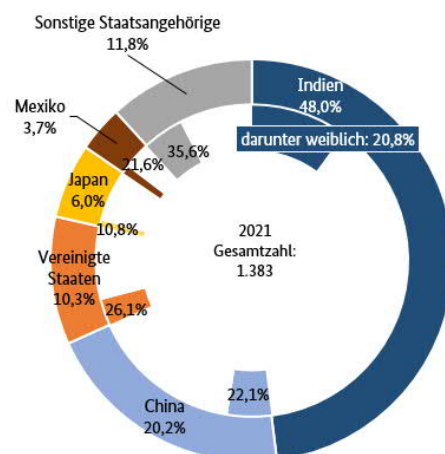
Jahr	2018	2019	2020	2021		
				absolut	darunter: weiblich	Anteil weiblich
Indien	802	1.173	388	664	138	20,8%
China	176	153	128	280	62	22,1%
Vereinigte Staaten	10	19	49	142	37	26,1%
Japan	7	9	34	83	9	10,8%
Mexiko	25	27	31	51	11	21,6%
Sonstige Staatsangehörigkeiten	53	83	137	163	58	35,6%
<b>Insgesamt</b>	<b>1.080</b>	<b>1.474</b>	<b>767</b>	<b>1.383</b>	<b>315</b>	<b>22,8%</b>

1) In dieser Kategorie sind die Titel § 19 AufenthG, § 19b AufenthG sowie internationaler Personalaustausch nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 1 BeschV und § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 BeschV zusammengefasst.

Quelle: Ausländerzentralregister

Im ersten Jahr nach der Einführung 2017 erhielten nur 9 Personen die (Mobiler-) ICT-Karte. Bereits im zweiten Jahr stieg die Zahl jedoch auf 1.080 erteilte Aufenthaltstitel, im Jahr 2019 dann nochmals um 36,5 % auf 1.474 Erteilungen. Nachdem pandemiebedingt die Anzahl in 2020 auf 767 zurückging, wurde im Jahr 2021 mit 1.383 wieder ein Anstieg verzeichnet (+80,3 %). Der Frauenanteil lag bei 22,8 % (vgl. Abbildung 3-14 und Tabelle 3-3).

Abbildung 3-14: (Mobiler-) ICT-Karten<sup>1</sup> und internationaler Personalaustausch im Jahr 2021 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht



1) In dieser Kategorie sind die Titel § 19 AufenthG, § 19b AufenthG sowie internationaler Personalaustausch nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 1 BeschV und § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 10 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 BeschV zusammengefasst.

Quelle: Ausländerzentralregister

48,0 % der im Jahr 2021 erteilten Aufenthaltserlaubnisse im Bereich ICT und internationaler Personalaus-tausch entfielen auf indische Staatsangehörige (664), 20,2 % auf chinesische Staatsangehörige (vgl. Abbil-dung 3-14). Insgesamt lebten Ende 2021 2.526 Inhaberinnen und Inhaber einer (Mobiler-)ICT-Karte in Deutschland., Ende 2020 waren es 2.300.

### 3.2.7 Selbstständige aus Drittstaaten

Unternehmerinnen und Unternehmern aus Drittstaaten kann eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung ei-ner selbstständigen Tätigkeit erteilt werden, wenn das Unternehmen positive Auswirkungen auf die regio-nale Wirtschaft erwarten lässt. Zudem muss die Finanzierung des Unternehmens gesichert sein und ein wirtschaftliches Interesse oder ein regionales Bedürfnis bestehen (§ 21 Abs. 1 S. 1 AufenthG). Eine Aufent-haltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit kann außerdem erteilt werden, wenn völker-rechtliche Vergünstigungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bestehen (§ 21 Abs. 2 AufenthG). Auch Freiberuflerinnen und Freiberufler können eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn die erforderliche Er-laubnis zur Ausübung des freien Berufs erteilt oder ihre Erteilung zugesagt wurde (§ 21 Abs. 5 AufenthG).

Die Beurteilung der Voraussetzungen der wirtschaftlichen Bedeutung richtet sich insbesondere nach den folgenden Kriterien:

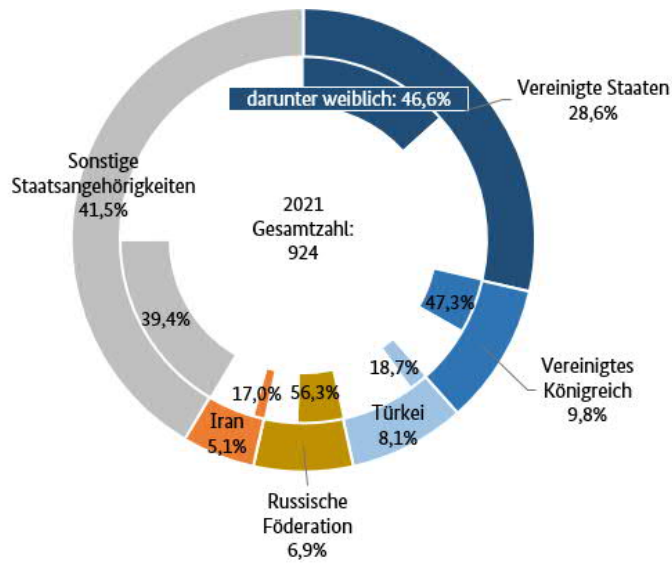
- der Tragfähigkeit der zugrundeliegenden Geschäftsidee,
- den unternehmerischen Erfahrungen,
- der Höhe des Kapitaleinsatzes,
- den Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Ausbildungssituation und
- dem Beitrag für Innovation und Forschung (§ 21 Abs. 1 S. 2 AufenthG).

Drittstaatsangehörige, die einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben haben oder einen Aufent-haltstitel als Forschende bzw. wissenschaftliches Personal nach §§ 18b, 18d oder § 19c Abs. 1 AufenthG besitzen, können auch ohne Vorliegen der Voraussetzungen nach § 21 Abs. 1 S. 1 AufenthG einen Aufent-haltstitel zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit erhalten. Die selbstständige Tätigkeit muss einen Zusammenhang mit den im Studium erworbenen Kenntnissen oder der Tätigkeit als Forschende oder Wissenschaftlerin bzw. Wissenschaftler erkennen lassen (§ 21 Abs. 2a AufenthG).

Nach 3 Jahren kann eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wenn u. a. die geplante Tätigkeit erfolg-reich realisiert wurde und der Lebensunterhalt der selbstständigen Personen und ihrer in familiärer Ge-meinschaft lebenden Angehörigen, denen sie Unterhalt zu leisten hat, durch ausreichende Einkünfte gesi-chert ist (§ 21 Abs. 4 AufenthG).

Im Jahr 2021 sind 924 Selbstständige aus Drittstaaten neu eingereist, deutlich mehr als im Vorjahr (2020: 744 Selbstständige, +24,2 %). Die mit Abstand größte Gruppe bilden Staatsangehörige aus den Vereinigten Staaten mit 28,6 %, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 9,8 % und der Türkei mit 8,1 %.

Abbildung 3-15: Im Jahr 2021 eingereiste Selbstständige nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht

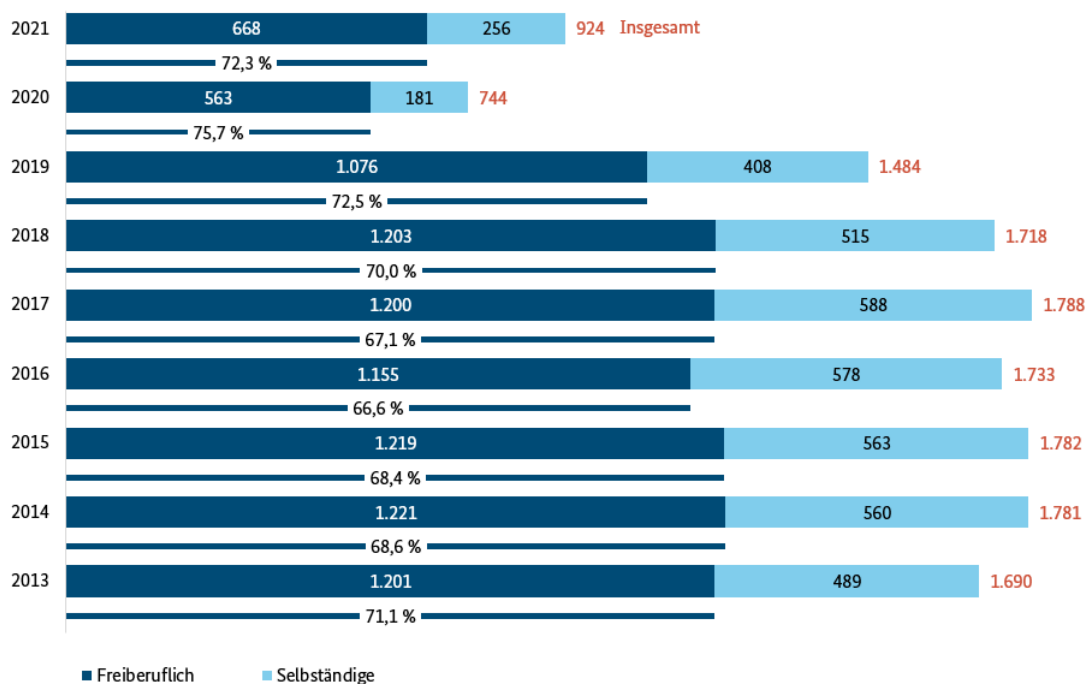


Quelle: Ausländerzentralregister

Unter den Personen, die 2021 eingereist sind und einen Aufenthaltstitel nach § 21 AufenthG erhalten haben, befanden sich insgesamt 375 Frauen (40,6 %). Besonders hohe weibliche Anteile sind unter den Selbstständigen aus der Russischen Föderation (56,3 %), der Ukraine (52,6 %) und aus dem Vereinigten Königreich (47,3 %) zu verzeichnen (vgl. Abbildung 3-15 und Tabelle 3-26 im Anhang).

Bei etwa drei Viertel (72,3 %) der Selbstständigen, die im Jahr 2021 eingereist sind, wurde eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit nach § 21 Abs. 5 AufenthG erteilt (2020: 75,7 %). Bei Selbstständigen aus den Vereinigten Staaten und Kanada war der Anteil der Freiberuflerinnen und Freiberufler mit jeweils mehr als 90 % überproportional hoch (vgl. Abbildung 3-16 und Tabelle 3-26 im Anhang).

Abbildung 3-16: Selbstständige nach Art der Tätigkeit und Einreisejahr



Quelle: Ausländerzentralregister

Ende 2021 besaßen insgesamt 10.330 Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis als Selbstständige nach § 21 Abs. 1, 2, 2a und 5 AufenthG (Ende 2020: 10.677). Zusätzlich verfügten 2.583 Personen über eine Niederlassungserlaubnis nach § 21 Abs. 4 S. 2 AufenthG (Ende 2020: 2.398).

### 3.2.8 Sonstige Formen der Beschäftigung

Mit § 19c AufenthG wurden die Regelungen des § 18 Abs. 3 und 4 AufenthG (a. F.) klarer gefasst und ergänzt. In § 19c Abs. 1 AufenthG sind die vormaligen Regelungen, nach denen Aufenthaltserlaubnisse in Verbindung mit einer Regelung der Beschäftigungsverordnung (BeschV) – unabhängig von der Qualifikation – oder einer zwischenstaatlichen Vereinbarung erteilt werden konnten, zusammengefasst. Zusätzlich kann einem ausländischen Staatsangehörigen mit ausgeprägten berufspraktischen Kenntnissen auch unabhängig von einer formalen Qualifikation eine Aufenthaltserlaubnis zur Beschäftigung erteilt werden, wenn die BeschV solche Aufenthalte zulässt (§ 19c Abs. 2 AufenthG)<sup>43</sup>. Weiterhin kann einem ausländischen Staatsangehörigen unter bestimmten Bedingungen eine Aufenthaltserlaubnis zur Beschäftigung erteilt werden, sofern ein öffentliches Interesse (§ 19c Abs. 3 AufenthG) oder ein Beamtenverhältnis in einer deutschen Dienstbehörde besteht (§ 19c Abs. 4 AufenthG) (vgl. Tabelle 3-4). Diese „sonstigen Beschäftigungszwecke“ nach § 19c AufenthG sowie die alten Titel für eine Beschäftigung nach § 18 Abs. 3 AufenthG ohne Qualifikationsvoraussetzung (bis Ende Februar 2020) werden in der folgenden Tabelle zusammenfassend dargestellt.

<sup>43</sup> § 6 BeschV regelt diese Möglichkeit für die Informations- und Kommunikationstechnologie.

Tabelle 3-4: Einreise für sonstige Formen der Beschäftigung im Jahr 2021

Staatsangehörigkeit	Sonstige Formen der Beschäftigung nach § 19c AufenthG <sup>1</sup>	Keine qualifizierte Beschäftigung nach § 18 Abs. 3 AufenthG (alt)	Insgesamt	darunter: weiblich	Anteil weiblich
Türkei	1.697	17	1.714	114	6,7%
Vereinigte Staaten	1.590	31	1.621	615	37,9%
Serbien <sup>2</sup>	1.394	143	1.537	38	2,5%
Bosnien und Herzegowina	1.198	94	1.292	75	5,8%
Kosovo	915	18	933	95	10,2%
Japan	895	2	897	175	19,5%
Albanien	811	17	828	291	35,1%
Nordmazedonien	657	44	701	99	14,1%
Indonesien	607	11	618	270	43,7%
Vereinigtes Königreich	554	0	554	186	33,6%
Sonstige Staatsangehörigkeiten	4.820	132	4.952	2.741	55,4%
<b>Insgesamt</b>	<b>15.138</b>	<b>509</b>	<b>15.647</b>	<b>4.699</b>	<b>30,0%</b>

1) Ohne Beschäftigungen nach § 19c AufenthG i. V m. §§ 3 & 5 BeschV (leitende Angestellte, Führungskräfte, Spezialistinnen und Spezialisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Forschende), diese werden im Kapitel 3.2.2 behandelt.

2) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

2021 sind insgesamt 15.647 Personen zur Ausübung einer sonstigen Beschäftigung nach Deutschland eingereist, darunter 509 Personen, die nach § 18 Abs. 3 AufenthG (alt) keine (formal) qualifizierte Beschäftigung aufgenommen haben sowie 15.138 Personen nach § 19c AufenthG. Dabei handelt es sich, wie Tabelle 3-5 zu entnehmen ist, um unterschiedliche Berufsgruppen und Tätigkeiten, die sich zum Teil nicht klar dem qualifizierten oder dem nicht qualifizierten Sektor zuordnen lassen. Bezogen auf die Gesamtzahl ist gegenüber 2020 (13.150) ein Anstieg um 19,0 % zu verzeichnen.



Tabelle 3-5: Überblick über die sonstigen Formen der Beschäftigung im Jahr 2021

Beschäftigungsform	Rechtliche Grundlage	Einreise im Jahr 2021	Anteile
<b>Zwischenstaatliche Vereinbarungen &amp; bestimmte Staatsangehörige</b>			
Westbalkanregelung	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 2 BeschV	2.966	19,6%
Bestimmte Staatsangehörige	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 1 BeschV	2.488	16,4%
Übrige Beschäftigungssachverhalte	§ 19c Abs. 1 AufenthG	2.184	14,4%
Zwischenstaatliche Vereinbarungen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 29 Abs. 3 BeschV	1.105	7,3%
Freihandelsabkommen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 29 Abs. 5 BeschV	44	0,3%
<b>IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten mit berufspraktischer Erfahrung</b>			
Non-formale qualifizierte Beschäftigung Beschäftigung bei berufspraktischer Erfahrung	§ 19c Abs. 2 AufenthG i. V. m. § 6 BeschV	358	2,4%
<b>Werklieferungsverträge &amp; Dienstleistungserbringung</b>			
Beschäftigung im Rahmen von Werklieferungsverträgen Vorübergehende Dienstleistungserbringung	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 19 Abs. 2 BeschV § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 21 BeschV	589	3,9%
<b>Güter und Personenverkehr</b>			
Personal auf Binnenschiffen Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer Besatzung von Luftfahrzeugen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 24 Nr. 3 BeschV § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 24a BeschV § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 24 Nr. 4 BeschV	809	5,3%
<b>Weitere Formen der Beschäftigung</b>			
Au-pair	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 12 BeschV	2.809	18,6%
Beschäftigung aus religiösen Gründen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 14 Abs. 1a BeschV	624	4,1%
Kultur, Unterhaltung, Gastspiele, Film- und Fernsehproduktio- nen	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 25 BeschV	281	1,9%
Berufssportlerinnen und -sportler/Trainerinnen und Trainer e-Sportlerinnen und -Sportler	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 22 Nr. 4 BeschV § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 22 Nr. 5 BeschV	262	1,7%
Spezialitätenköchinnen und -köche	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 11 Abs. 2 BeschV	418	2,8%
Sprachlehrerinnen und -lehrer	§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 11 Abs. 1 BeschV	114	0,8%
Beschäftigung im öffentlichen Interesse Beamtenverhältnis zu einer deutschen Dienstbehörde	§ 19c Abs. 3 AufenthG § 19c Abs. 4 AufenthG	87	0,6%
<b>Sonstige Formen der Erwerbsmigration insgesamt</b>		<b>15.138</b>	<b>100,0 %</b>

Quelle: Ausländerzentralregister

### Westbalkanregelung

Durch die sogenannte „Westbalkanregelung“ können Staatsangehörige aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien einen Aufenthaltstitel mit Vorrangprüfung zur Ausübung jeder Beschäftigung erhalten (§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 2 BeschV). Der Arbeitsmarktzugang ist nicht an formale Qualifikationserfordernisse geknüpft. Etwa ein Fünftel der Aufenthaltserlaubnisse in der Kategorie „sonstige Beschäftigungsformen“ nach § 19c AufenthG (2.966 von 15.138 Aufenthaltserlaubnissen) wurde 2021 auf dieser Grundlage erteilt, ein deutlich geringerer Anteil als noch 2020, wo dieser bei 46,6 % lag.

### Bestimmte Staatsangehörige

Für Staatsangehörige aus Andorra, Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Monaco, Neuseeland, San Marino sowie den Vereinigten Staaten kann eine Zustimmung mit Vorrangprüfung zur Ausübung jeder Beschäftigung erteilt werden. Das Gleiche gilt auch für Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs nach dessen Austritt aus der EU (im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 6 FreizügG/EU). Im Jahr 2021 haben 2.488 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Aufenthaltstitel nach den Bestimmungen von § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 26 Abs. 1 BeschV erhalten, die im selben Jahr nach Deutschland eingereist sind.

Für Beschäftigungen aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen (§ 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 29 Abs. 2 BeschV) wurden 1.105 Aufenthaltserlaubnisse erteilt.

### **IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten mit berufspraktischer Erfahrung**

Eine wesentliche Neuerung durch das FEG betrifft die vereinfachte Erwerbsmigration von IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten. Mit dem neu geschaffenen § 19c Abs. 2 i. V. m. § 6 BeschV können Informations- und Kommunikationstechnologiespezialistinnen und Spezialisten mit berufspraktischer Erfahrung nach Deutschland einreisen. Dabei wird die Zustimmung unabhängig von einer (formalen) Qualifikation erteilt, wenn die Bewerberin oder der Bewerber mindestens eine dreijährige Berufserfahrung innerhalb der letzten 7 Jahre nachweisen kann. Die Höhe des Bruttojahresgehalts in Deutschland muss mindestens 60 % der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung betragen (im Jahr 2022 entsprach dies 50.760 Euro, 2021: 51.120 Euro) und die Personen müssen über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen (Niveau B1 des GER). Im begründeten Einzelfall kann auf den Nachweis deutscher Sprachkenntnisse verzichtet werden. Im Jahr 2021 sind insgesamt 358 Personen auf dieser Grundlage als IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten eingereist. Differenziert nach Staatsangehörigkeit bilden Personen mit brasilianischer und russischer Staatsangehörigkeit die größten Gruppen. Weitere wichtige Herkunftsländer sind die Türkei, der Iran und die Ukraine.

### **Au-pair-Beschäftigte**

Nach § 19c Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 12 BeschV kann die Zustimmung für einen Titel als Au-pair-Beschäftigung mit Grundkenntnissen der deutschen Sprache erteilt werden. Die Au-pair-Beschäftigten müssen bei Antragstellung unter 27 Jahre alt und in einer Gastfamilie tätig sein, in der Deutsch als Muttersprache gesprochen wird. Die Zustimmung zu einer Aufenthaltserlaubnis kann bis zu einer Geltungsdauer von einem Jahr erteilt werden, eine Vorrangprüfung findet nicht statt. Eine erneute Zulassung als Au-pair ist nicht möglich, auch dann nicht, wenn die Höchstdauer von einem Jahr nicht ausgeschöpft wurde. Im Jahr 2021 wurden 2.809 Titel für Au-pair-Beschäftigte erteilt, deutlich mehr als 2020 (797, +252,4 %). Die größten Gruppen bilden dabei Staatsangehörige aus Indonesien, Madagaskar und Kolumbien. Rund 90 % der Au-pair-Beschäftigten, die im Jahr 2021 eingereist sind, waren weiblich.

## **3.2.9 Ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland**

Neben den Daten zu Personen mit Aufenthaltstiteln als Forschende gemäß dem Aufenthaltsgesetz werden auch jährliche Daten zu ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland sowohl vom Statistischen Bundesamt (Daten zu wissenschaftlichem und künstlerischem Personal an Hochschulen) als auch vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) veröffentlicht.

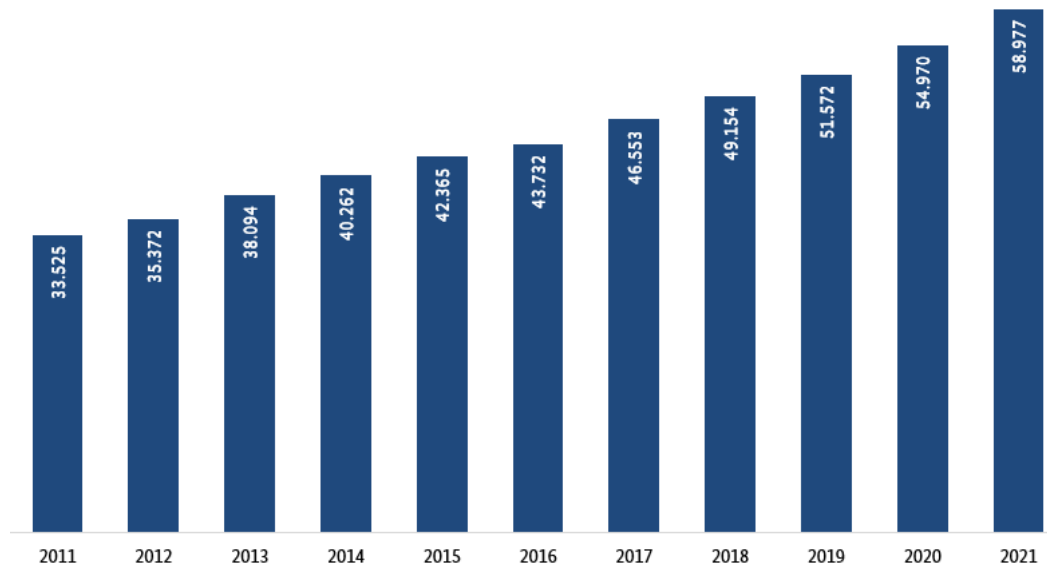
Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes arbeiteten an deutschen Hochschulen im Jahr 2021 insgesamt 58.977 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit<sup>44</sup> als wissenschaftliches und künstlerisches Personal (2020: 54.970), darunter 3.714 hauptberufliche Professorinnen und Professoren (2020: 3.557). Ihr Anteil am gesamten wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonal (427.698) beträgt damit 13,8 % (vgl. Abbildung 3-17). 2021 wurde ein Anstieg um 7,3 % im Vergleich zum Vorjahr registriert. Hauptherkunftsländer waren im Jahr 2021 Indien (4.520 Personen), Italien (4.334), China (3.961), Öster-

---

<sup>44</sup> Inkl. Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit.

reich (3.118) und die Russische Föderation (2.535). Diese Beschäftigten sind insbesondere in den Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften (12.346 Personen), in den Ingenieurwissenschaften (11.802) und in der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (11.491) tätig.

Abbildung 3-17: Wissenschaftliches und künstlerisches Personal mit ausländischer Staatsangehörigkeit<sup>1</sup> an deutschen Hochschulen seit 2011



1) Inkl. Personen mit ungeklärter Staatsbürgerschaft

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hochschulpersonal

Als weitere Quellen können Daten des DAAD zu geförderten ausländischen Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern in Deutschland herangezogen werden.<sup>45</sup>

Nachdem 2013 die Förderinstitutionen Deutscher Akademischer Austauschdienst, Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG) die Qualität ihrer statistischen Angaben deutlich verbessert haben, ist aufgrund der eingeschränkten Vergleichbarkeit eine Fortsetzung der bisherigen Zeitreihen zur Mobilitätsentwicklung ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht mehr möglich.<sup>46</sup> Rückwirkend konnten die betroffenen Förderinstitutionen jedoch Angaben für die Jahre 2011 und 2012 unter den neuen Voraussetzungen zur Verfügung stellen. Mit der genaueren Auswertung ist nun besser gewährleistet, dass ausschließlich Forschende erfasst werden, die einen geförderten temporären Aufenthalt in Deutschland absolvieren. Zudem wurden mehr Förderprogramme in die Erhebung einbezogen. Im Jahr 2014 hat sich die Erhebungsmethode erneut geändert, da nunmehr die vertraglich angestellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den vier größten deutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen bzw. den ihnen zugehörigen Institutionen (der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Max Weber Stiftung) nicht mehr mitgezählt werden. Insofern sind die Zahlen ab 2014 nicht mehr vergleichbar mit denen der Vorjahre.

<sup>45</sup> Vgl. dazu ausführlich DAAD/DZHW 2022: 88 ff.

<sup>46</sup> Vgl. bis 2012 BMI/BAMF 2015: 63.

Tabelle 3-6: Ausländische Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler in Deutschland nach den wichtigsten Staatsangehörigkeiten seit 2012<sup>1</sup>

Staatsangehörigkeit	2012	2013	2014 <sup>2</sup>	2015	2016	2017	2018	2019	2020
China	1.506	1.858	1.825	1.878	1.914	1.497	2.080	2.202	1.813
Indien	1.483	1.790	1.645	1.631	1.774	1.294	1.961	2.122	1.548
Italien	1.163	1.608	1.464	1.512	1.670	1.059	1.799	1.843	1.413
Russische Föderation	2.065	2.395	2.163	2.243	1.939	1.687	1.957	1.830	986
Vereinigte Staaten	1.875	1.706	1.347	1.644	1.589	1.382	1.606	1.584	954
Iran	624	717	794	797	818	703	976	941	784
Spanien	513	819	788	742	749	525	817	879	741
Frankreich	699	732	645	611	703	547	762	857	633
Sonstige Staatsangehörigkeiten	20.499	23.524	22.120	24.578	20.982	24.362	20.713	20.536	14.103
<b>Insgesamt</b>	<b>30.427</b>	<b>35.149</b>	<b>32.791</b>	<b>35.636</b>	<b>32.138</b>	<b>33.056</b>	<b>32.671</b>	<b>32.794</b>	<b>22.975</b>

1) Erfasst werden nur ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, deren Forschungsaufenthalt in Deutschland durch die befragten Organisationen gefördert wurde. Auf andere Art finanzierte Forschungsaufenthalte, etwa aus Drittmitteln, sind nicht berücksichtigt, da diese in Deutschland nicht erfasst werden. Die Daten dokumentieren deshalb nur einen Teil der Aufenthalte ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Gesamtzahl dürfte höher liegen.

2) Ab dem Jahr 2014 beinhalten die Zahlen nicht mehr die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an den vier größten deutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Institute der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Max Weber Stiftung) vertraglich angestellt sind.

Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Im Jahr 2020 wurde der Aufenthalt von 22.975 ausländischen Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern in Deutschland gefördert (2019: 32.794).<sup>47</sup> Die wichtigsten Herkunftsländer bilden dabei China, Indien, Italien und die Russische Föderation (vgl. Tabelle 3-6). Der größte Anteil der geförderten ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entfällt auf die Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften (47,8 %).

Betrachtet man die Aufenthaltsdauer der ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland, so ergeben sich je nach Förderorganisation Unterschiede.<sup>48</sup> Während der DAAD ausschließlich kurzfristige Aufenthalte mit einer maximalen Aufenthaltsdauer von 12 Monaten finanziell unterstützte (davon 27,1 % mit einem Aufenthalt von unter einem Monat), förderte die Alexander von Humboldt-Stiftung sowohl kurzfristige Aufenthalte von unter 1 Jahr (27,6 %) als auch langfristige Aufenthalte von mehr als einem Jahr (72,4 %).

<sup>47</sup> Dabei ist zu beachten, dass die Daten immer erst mit ca. 2 Jahren Verzögerung vorliegen, sodass hier nur auf die Zahlen bis einschließlich 2020 eingegangen werden kann.

<sup>48</sup> Die Aussagen über Aufenthaltsdauer sind für das Berichtsjahr 2019 eingeschränkt, da die DFG und weitere Förderorganisationen (z. B. EU Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen) keine Informationen über die Aufenthaltsdauer zur Verfügung stellen konnten.

### 3.3 Bildungsmigration

#### 3.3.1 Ausländische Studierende

Bei den ausländischen Studierenden wird zwischen zwei Kategorien unterschieden: Zum einen gibt es Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer, die eine Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. Zu ihnen zählen auch ausländische Staatsangehörige, die auf deutschen Auslandsschulen ihre Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben.<sup>49</sup> Zum anderen gibt es die sogenannten Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die über eine ausländische Hochschulzugangsberechtigung verfügen.<sup>50</sup> Unter diese Kategorie fallen auch Personen, die aus familiären Gründen nach Deutschland einreisen und dann ein Studium aufnehmen. Während ein Großteil der Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer vor dem Studium in Deutschland gelebt und eine deutsche Schule besucht hat, sind die meisten Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer zum Studium nach Deutschland eingereist.

Vor der Einreise benötigen ausländische Studierende aus Drittstaaten grundsätzlich ein Visum.<sup>51</sup> Daneben existieren mit einigen Ländern, die von der Visumpflicht ausgenommen sind, bilaterale Vereinbarungen und einige Staatsangehörige sind aufgrund rechtlicher Regelungen von der Visumpflicht befreit.<sup>52</sup> Für ein Visum zu Studienzwecken ist in der Regel eine Hochschulzulassung notwendig. Darüber hinaus muss die Finanzierung des ersten Studienjahres gesichert sein sowie ein Nachweis über den Krankenversicherungsschutz vorliegen. Für ein Studium in Deutschland müssen darüber hinaus für den entsprechenden Studiengang erforderliche Kenntnisse der Ausbildungssprache nachgewiesen werden.

Soweit die Sprachkenntnisse ausnahmsweise nicht im Rahmen der Zulassungsentscheidung geprüft worden sind und auch nicht im Rahmen einer studienvorbereitenden Maßnahme erworben werden sollen, ist der Nachweis der erforderlichen Sprachkenntnisse gegenüber der Auslandsvertretung zu erbringen. Hier dürften in der Regel mindestens Sprachkenntnisse auf dem Niveau B2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen erforderlich sein (Nr. 16b.1.4.2 der Anwendungshinweise zum FEG<sup>53</sup>).

Die Aufenthaltserlaubnis für ausländische Studierende aus Drittstaaten wird nach der Einreise erteilt. Der Studienzweck umfasst auch studienvorbereitende Maßnahmen und das Absolvieren eines Pflichtpraktikums (§ 16b Abs. 1 S. 2 AufenthG). Dabei gilt die Aufenthaltserlaubnis bei der Erserteilung und bei der Verlängerung mindestens 1 Jahr und soll 2 Jahre nicht überschreiten (§ 16b Abs. 2 S. 1 AufenthG). Für eine Studienbewerbung wird der Aufenthaltserlaubnis für maximal 9 Monate erteilt (§ 17 Abs. 2 S. 2 AufenthG). Die Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums berechtigt zur Ausübung einer Beschäftigung, die insgesamt 120 Tage bzw. 240 halbe Tage im Jahr nicht überschreiten darf, sowie ohne zeitliche Begrenzung zur Ausübung studentischer Nebentätigkeiten (§ 16b Abs. 3 S. 1 AufenthG).

---

<sup>49</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt 2022b: 5f.

<sup>50</sup> Ausländische Staatsangehörige ohne Angabe zur Art der Hochschulzugangsberechtigung werden in der Hochschulstatistik als Bildungsausländer gezählt und im folgenden Beitrag entsprechend nachgewiesen.

<sup>51</sup> Die Visa für ausländische Studierende werden in einem beschleunigten Verfahren erteilt (Schweigefristverfahren), vgl. dazu BMI/BAMF 2013: 53.

<sup>52</sup> Studierende aus den EWR-Staaten Island, Norwegen und Liechtenstein sowie Studierende aus der Schweiz aufgrund bilateraler Vereinbarungen mit der EU; Studierende aus Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Neuseeland und den Vereinigten Staaten sowie Andorra, Brasilien, El Salvador, Honduras, Monaco und San Marino gemäß § 41 AufenthV.

<sup>53</sup> Vgl. BMI 2020a.

## **Datengrundlage und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die internationale Mobilität von Studierenden**

Die Hochschulstatistik des Statistischen Bundesamts gibt Aufschluss über ausländische Studierende und basiert auf Immatrikulationen und Abschlussprüfungen der Studierenden. Auch in dieser Quelle werden ausländische Studierende in Bildungsausländerinnen bzw. Bildungsausländer und Bildungsinländerinnen bzw. Bildungsinländer unterschieden. Als Studienfängerinnen und Studienanfänger werden Studierende im ersten Hochschulsemester bezeichnet. Der Fokus liegt im Folgenden vor allem auf Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern sowie Studienanfängerinnen und Studienanfängern, weil diese Gruppen die nach Deutschland zugewanderten Personen zum Zwecke eines Studiums am besten (näherungsweise) abbilden. Dabei ist jedoch zu beachten, dass sich ein Teil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer bereits zuvor in Deutschland aufgehalten und dann ein Studium aufgenommen hat. Der Anstieg der internationalen Studierendenzahlen trotz COVID-19-Pandemie lässt sich u. a. dadurch erklären, dass mehr internationale Studierende in höheren Semestern als bisher an den Hochschulen verblieben sind. Im Sommersemester 2021 und im Wintersemester 2021/22 tragen auch die wieder ansteigenden Zahlen internationaler Studienanfängerinnen und Studienanfänger zum Gesamtbild bei.<sup>54</sup>

### **Entwicklung der Zahl ausländischer Studierender**

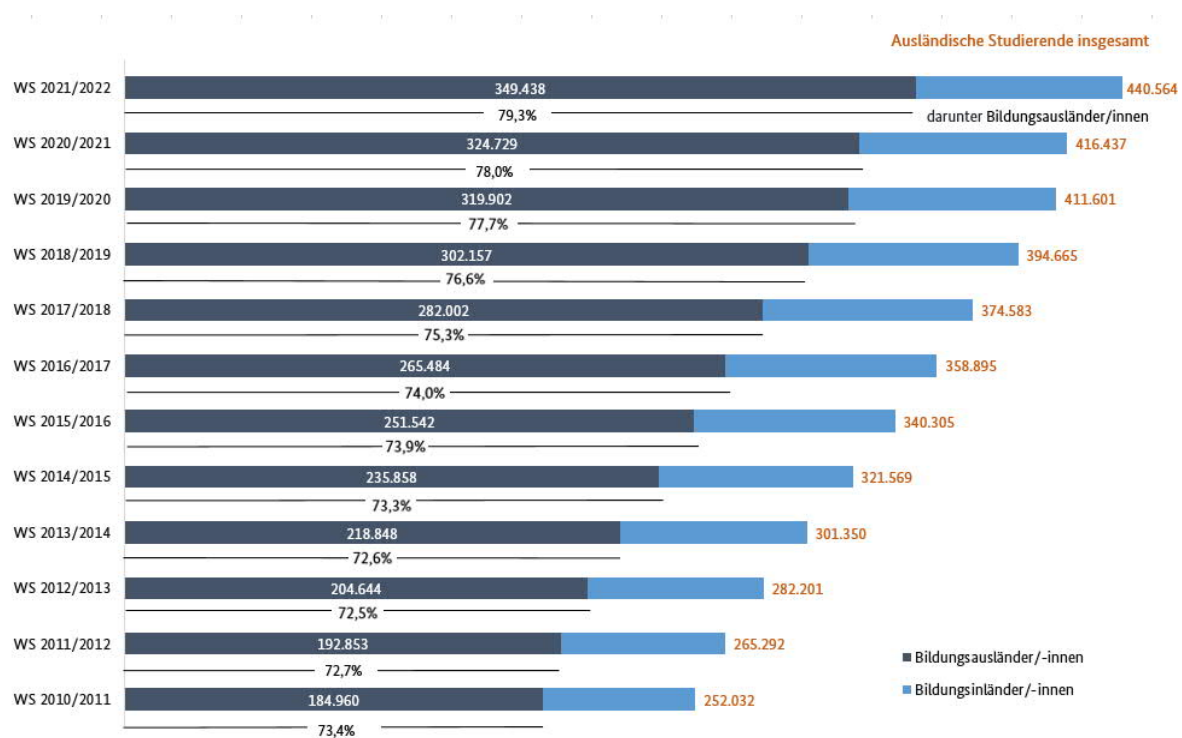
Vom Wintersemester 2010/2011 bis zum Wintersemester 2021/2022 stieg die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an deutschen Hochschulen von 184.960 um 88,9 % auf 349.438 Personen an. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit insgesamt von 252.032 um 74,8 % auf 440.564 an (vgl. Abbildung 3-18 und Tabelle 3-27 im Anhang). Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern an allen Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit lag im Wintersemester 2001/2002 noch bei etwa zwei Dritteln und stieg seitdem auf etwa drei Viertel an, im Wintersemester 2021/2022 lag er bei 79,3 %.<sup>55</sup> Hauptherkunftsland der im Wintersemester 2021/2022 eingeschriebenen Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer war China (40.055), vor Indien (33.753), Syrien (16.712) und Österreich (14.601).

---

<sup>54</sup> Vgl. DAAD/DZHW 2022: S. 59f.

<sup>55</sup> Als Zielland für ausländische Studierende nahm Deutschland im Jahr 2020 weltweit gesehen den 4. Rang ein. Von allen Studierenden, die im Ausland studieren, waren rund 6 % an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Nur die USA (15 %), das Vereinigte Königreich (7 %) und Australien (7 %) wiesen höhere Anteile auf, vgl. OECD 2022: 286.

Abbildung 3-18: Ausländische Studierende an deutschen Hochschulen seit dem Wintersemester 2010/2011

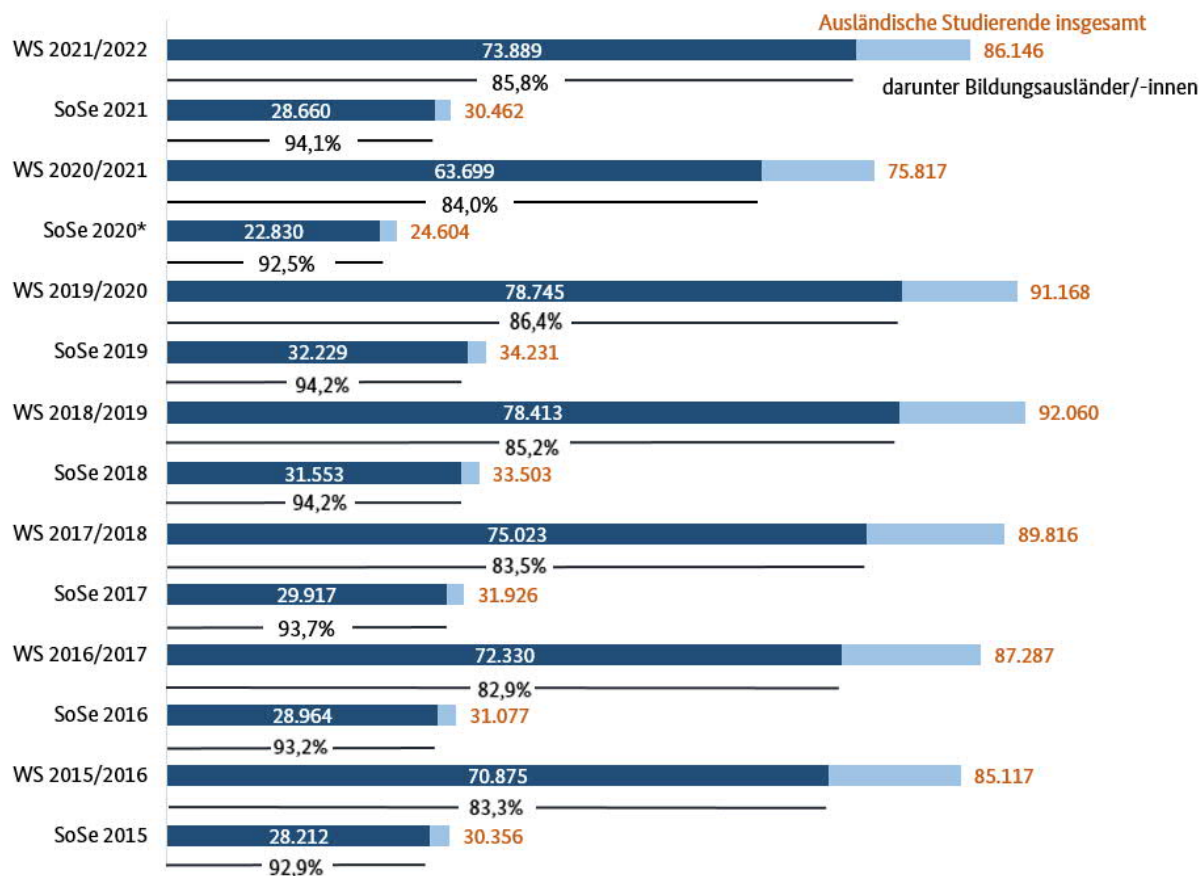


Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Vergleich zum Wintersemester 2020/2021 stieg die Anzahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an deutschen Hochschulen um 7,6 %. Dabei handelt es sich zum Teil auch um ausländische Studierende, die nur für ein vorübergehendes Teilstudium nach Deutschland kommen (Auslandssemester). In der Hochschulstatistik werden diese ausländischen Studierenden als Studierende im ersten Hochschulse- semester erfasst und nicht anhand der bereits absolvierten Hochschulse semester zugeordnet. Die Zahl an Per- sonen mit temporären Studienaufenthalt sank mit dem Eintreten der Pandemie im Sommersemester 2020 im Vergleich zum Sommersemester 2019 mit -54,2 % erheblich stärker als bei Personen mit Abschlussab- sicht (-9,8 %). Im Sommersemester 2021 stieg die Zahl der Personen mit temporären Studienaufenthalten im Vergleich zum Sommersemester 2020 mit 35,5 % relativ stark, bei denen mit Abschlussabsicht hingen- gen nur um 21,6 %. Bei den Personen mit Abschlussabsicht wurde jedoch das Niveau von 2019 bereits wieder um 10 % übertroffen, bei den temporären Abschlüssen liegt die Anzahl noch immer deutlich unter dem Wert von 2019.<sup>56</sup>

<sup>56</sup> Vgl. DAAD/DZHW 2022: 59.

Abbildung 3-19: Ausländische Studierende im ersten Hochschulsemester an deutschen Hochschulen seit dem Sommersemester 2015



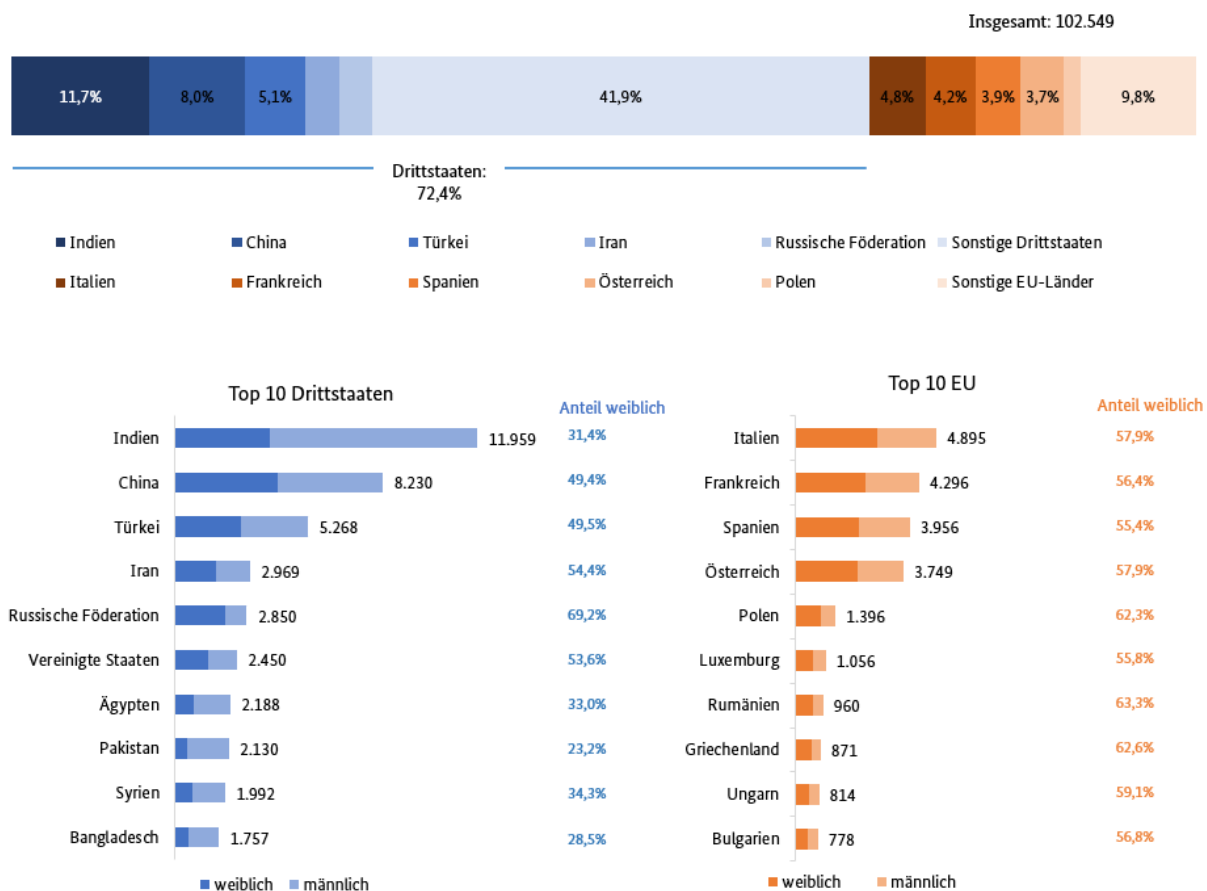
\*) Differenz beim Sommersemester 2020 gegenüber früheren Veröffentlichungen aufgrund Neulieferung der Daten von Schleswig-Holstein.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den ausländischen Studierenden, die im Wintersemester 2021/2022 ein Studium an einer deutschen Hochschule aufgenommen haben (85,8 %), ist höher als ihr Anteil an allen immatrikulierten ausländischen Studierenden (79,3 %) (vgl. Abbildung 3-19 und Tabelle 3-29 im Anhang zusammen mit Abbildung 3-18 und Tabelle 3-30 im Anhang). Insgesamt waren 87,9 % aller Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die im Jahr 2021 (Sommersemester 2021 und Wintersemester 2021/2022) ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer. Knapp die Hälfte dieser Studierenden war weiblich (48,6 %). Ein überproportional hoher Frauenanteil war insbesondere bei Staatsangehörigen aus der Republik Korea und Taiwan sowie aus den mittel- und osteuropäischen Staaten festzustellen. Durch einen geringen weiblichen Anteil zeichnen sich vor allem Studierende aus Pakistan, Bangladesch und Indien aus (vgl. Abbildung 3-20 und Tabelle 3-29 sowie Tabelle 3-30 im Anhang). Insgesamt ist die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die 2021 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, gegenüber 2020 um 18,5 % von 86.529 auf 102.549 gestiegen (vgl. Tabelle 3-29 und Tabelle 3-30 im Anhang).



Abbildung 3-20: Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer im ersten Hochschulsesemester nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten (Sommersemester 2021 und Wintersemester 2021/2022)



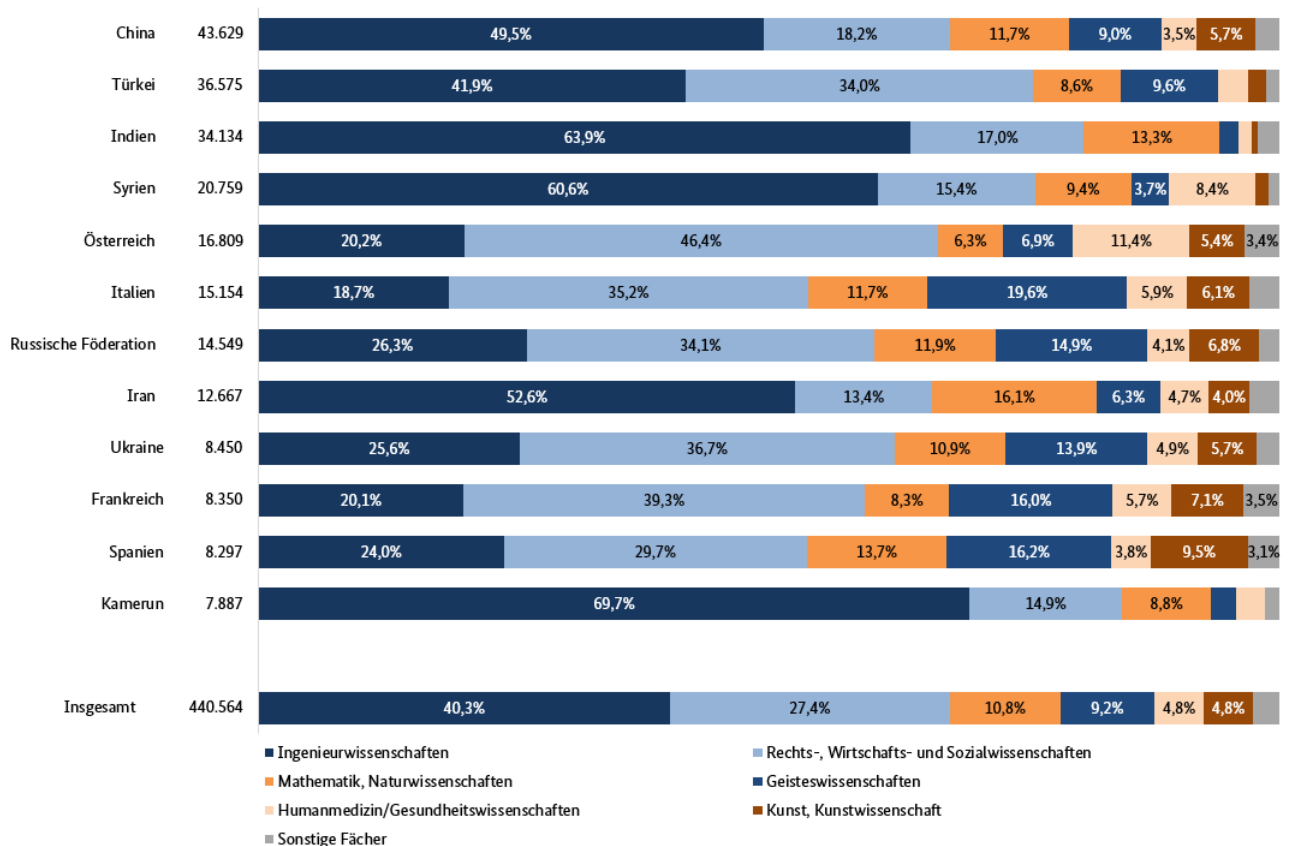
Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die größte Gruppe der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die im Jahr 2021 ihr Studium an einer deutschen Hochschule begonnen haben, waren zum zweiten Mal in Folge Studierende mit indischer Staatsangehörigkeit (11.959 bzw. 11,7 %) und nicht – wie in den Jahren 2007 bis 2019 – Studierende aus China, welche die zweitstärkste Gruppe stellten (8.230 bzw. 8,0 %). Die größte Gruppe von Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern aus EU-Staaten kommt aus Italien, sie liegt mit 4.895 Studierenden bzw. 4,8 % auf dem 4. Platz. Nachdem Studierende aus Drittstaaten im Jahr 2020 nur 2 der 5 größten Gruppen darstellten, belegte im Jahr 2021 nunmehr neben Indien und China auch die Türkei (5.268 bzw. 5,1 %) den Platz 3. Frankreich (4.296 bzw. 4,2 %) rangierte als einziger EU-Staat neben Italien unter den Top 5.

Zu den weiteren Hauptherkunftsländern der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer im Jahr 2021 zählten Spanien (3.956 bzw. 3,9 %), Österreich (3.749 bzw. 3,7 %) und der Iran (2.969 bzw. 2,9 %). Weitere quantitativ relevante Staatsangehörigkeiten mit Fallzahlen über 2.000 waren die Russische Föderation, die Vereinigten Staaten, Ägypten und Pakistan (vgl. Abbildung 3-20). Insgesamt kamen im Jahr 2021 72,4 % der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die ein Studium in Deutschland aufgenommen haben, aus einem Nicht-EU-Staat und 27,6 % aus der EU. Dieses Verhältnis bleibt gegenüber dem Vorjahr relativ konstant.

Abbildung 3-21: Ausländische Studierende nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Fächergruppen im Wintersemester 2021/2022



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

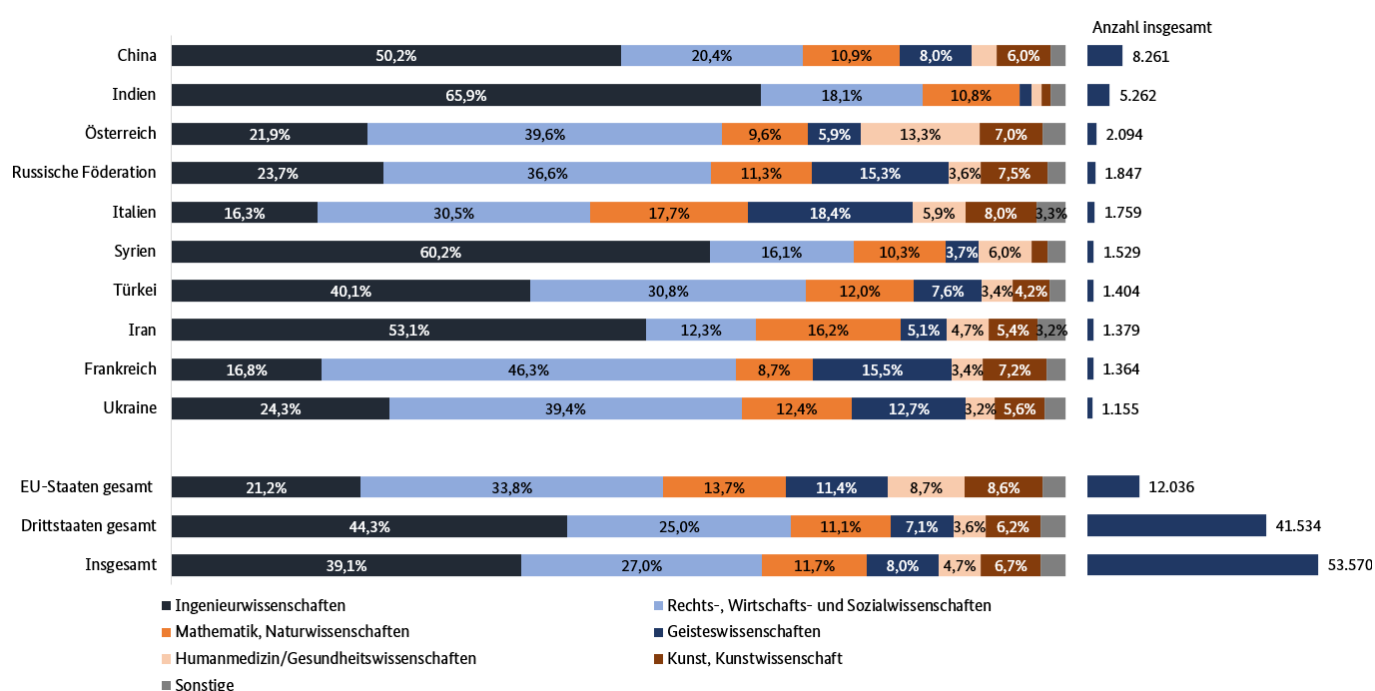
Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Verteilung der ausländischen Studierenden auf die einzelnen Fächergruppen unterscheidet sich zum Teil deutlich nach Herkunftsländern. So belegten im Wintersemester 2021/2022 78,4 % der Studierenden aus Kamerun, 77,2 % derer aus Indien und 70,0 % der Studierenden aus Syrien ingenieurwissenschaftliche und mathematische bzw. naturwissenschaftliche Fächer (vgl. Abbildung 3-21 und Tabelle 3-32 im Anhang). Bei Studierenden aus Österreich (46,4 %), Frankreich (39,3 %) und der Ukraine (36,7 %) standen hingegen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an erster Stelle.

### 3.3.2 Ausländische Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen

Seit Ende der 1990er-Jahre hat sich die Zahl der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer<sup>57</sup>, die einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben haben, mehr als versechsfacht. Während 1999 insgesamt 8.306 Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer einen Hochschulabschluss in Deutschland erworben hatten, waren es im Jahr 2021 bereits 53.570. Im Vergleich zum Vorjahr (47.154) bedeutet dies eine Zunahme um 13,6 %. Die Geschlechterverteilung ist nahezu ausgeglichen, im Jahr 2021 erwarben 25.387 Frauen mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung einen Hochschulabschluss (47,4 %).

Abbildung 3-22: Ausländische Absolventinnen und Absolventen<sup>1</sup> nach Fächergruppe und den häufigsten Herkunftsländern 2021



1) Mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die größte Gruppe der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, die im Jahr 2021 in Deutschland einen Hochschulabschluss erworben haben, stellten Staatsangehörige aus China (8.261) dar, vor Indien (5.262), Österreich (2.094) und der Russischen Föderation (1.847) (vgl. Abbildung 3-22 und Tabelle 3-33 im Anhang). Aus den EU-Staaten stammten insgesamt 12.036 und aus Drittstaaten 41.534 Absolventinnen und Absolventen. Deren Anteil an allen ausländischen Absolventinnen und Absolventen betrug im Jahr 2021 somit 77,5 % und liegt damit leicht über dem Niveau des Vorjahres (2020: 76,0 %). Während Studierende aus Drittstaaten größtenteils einen Abschluss in Ingenieurwissenschaften, Mathematik oder Naturwissenschaften erwarben (55,4 %), liegt der entsprechende Anteil bei EU-Staatsangehörigen nur bei

<sup>57</sup> In Kapitel 3.3.2 beziehen sich die Begriffe „Absolventinnen und Absolventen“ auf Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer, da diese den Großteil aller ausländischen Absolventinnen und Absolventen stellen und im Rahmen des Migrationsberichtes der Fokus auf den nach Deutschland zugewanderten Personen liegt. Angaben zu ausländischen Absolventinnen und Absolventen insgesamt befinden sich in Tabelle 3-32 im Anhang.

34,9 %. Diese waren dafür deutlich häufiger bei den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie den Geisteswissenschaften vertreten (zusammengenommen 45,2 %).

Nach § 20 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG wird Personen aus Drittstaaten, die im Bundesgebiet ein Studium absolviert haben, eine Aufenthaltserlaubnis zur Suche nach einem Arbeitsplatz, zu dessen Ausübung die erworbene Qualifikation befähigt, für bis zu 18 Monate im Anschluss an das Studium erteilt.<sup>58</sup> Während dieser Zeit dürfen sie uneingeschränkt arbeiten, um ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit zu sichern. Zum 31. Dezember 2021 waren 10.531 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche nach einem Studium in Deutschland im AZR registriert (2020: 10.119 Personen; vgl. Tabelle 3-7). Dies bedeutet einen Anstieg um 4,1 % im Vergleich zum Jahr 2020. Etwas weniger als die Hälfte davon waren weiblich (43,5 %). 2.338 bzw. 22,2 % der Aufenthaltserlaubnisse zur Arbeitsplatzsuche nach dem Studium wurden an indische Staatsangehörige erteilt, 1.675 an chinesische (15,9 %) und 401 an türkische (3,8 %) Absolventinnen und Absolventen (vgl. Tabelle 3-7). Durch einen überproportionalen weiblichen Anteil sind insbesondere die Gruppen aus der Russischen Föderation, der Republik Korea und der Ukraine gekennzeichnet. Ein sehr geringer Frauenanteil ist bei den Absolventinnen und Absolventen aus Pakistan, Indien und Bangladesch festzustellen. Insgesamt spiegelt sich hier in etwa der jeweilige Frauenanteil an den Studierenden der einzelnen Nationalitäten wider (vgl. auch Abbildung 3-20).

Sobald die entsprechenden Personen einen Arbeitsplatz, zu deren Ausübung ihre Qualifikation befähigt, gefunden haben, kann ihnen eine Aufenthaltserlaubnis nach den Bestimmungen der §§ 18a, 18b, 18d, 19c oder 21 AufenthG erteilt werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.

---

<sup>58</sup> Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union (HQRUMsG) zum 1. August 2012 konnte die Aufenthaltserlaubnis bei erfolgreichen Studienabsolventinnen und Studienabsolventen zur Suche eines dem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes für 12 Monate verlängert werden. Während dieser Zeit galt eine Beschränkung der Arbeitstage auf maximal 90 Tage im Jahr.

Tabelle 3-7: Bestehende Aufenthaltserlaubnisse für die Arbeitsplatzsuche nach abgeschlossenem Studium<sup>1</sup> nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (Stand 31. Dezember 2021)

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Darunter: weiblich	
		absolut	in %
Indien	2.338	546	23,4%
China	1.675	936	55,9%
Türkei	401	190	47,4%
Russische Föderation	380	288	75,8%
Pakistan	367	76	20,7%
Iran	311	147	47,3%
Vereinigte Staaten	257	140	54,5%
Kolumbien	256	137	53,5%
Republik Korea	232	166	71,6%
Nigeria	222	58	26,1%
Ukraine	218	155	71,1%
Vietnam	206	118	57,3%
Ägypten	204	64	31,4%
Bangladesch	200	46	23,0%
Mexiko	186	82	44,1%
Sonstige Staatsangehörigkeiten	3.078	1.428	46,4%
<b>Insgesamt</b>	<b>10.531</b>	<b>4.577</b>	<b>43,5%</b>

1) Nach § 20 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG bzw. § 16 Abs. 5 AufenthG alt.

Quelle: Ausländerzentralregister

### 3.3.3 Sprachkurse und Schulbesuch

Einer ausländischen Person kann gemäß § 16f AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis zur Teilnahme an einem Sprachkurs (der nicht der Studienvorbereitung dient) oder an einem Schüleraustausch sowie für den Schulbesuch erteilt werden.<sup>59</sup> Im Jahr 2021 sind 2.383 Drittstaatsangehörige zu diesem Zweck nach Deutschland eingereist, 50,4 % mehr als im Jahr zuvor (2020: 1.584). Etwa die Hälfte davon war weiblich (51,1 %). Die Hauptherkunftsländer waren die Vereinigten Staaten, China, Brasilien, die Republik Korea und Japan (vgl. Abbildung 3-23 und Tabelle 3-8). Insgesamt besaßen am Ende des Jahres 2021 8.569 Drittstaatsangehörige eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis, darunter 4.427 weibliche Drittstaatsangehörige (Ende 2020: 9.544).

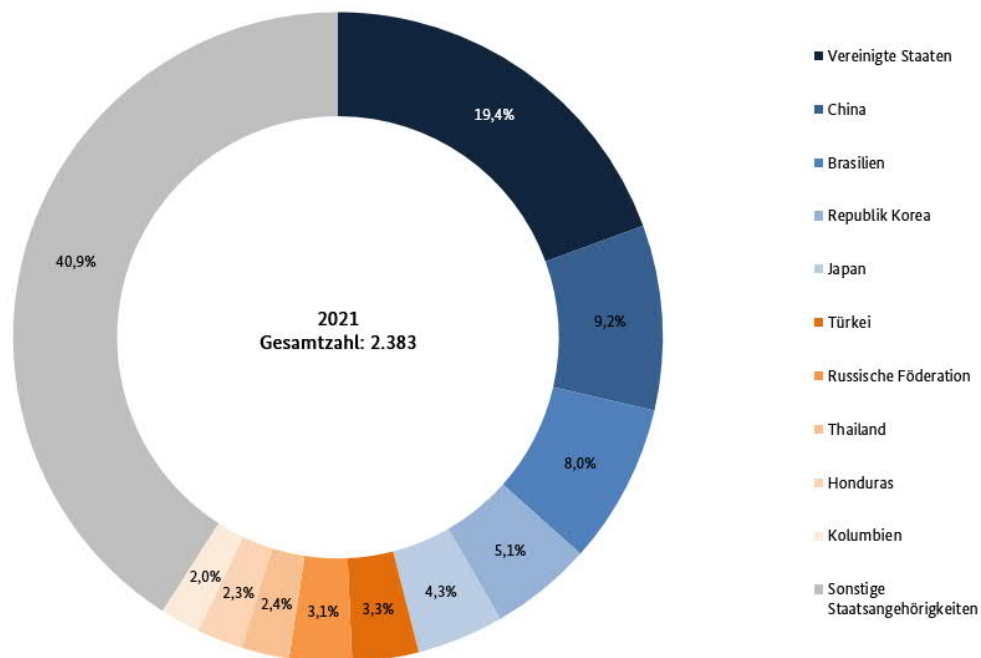
<sup>59</sup> Nach § 16f Abs. 1 AufenthG (Sprachkurse, Schüleraustausch), § 16f Abs. 2 AufenthG (Schulbesuch) und § 16b Abs. 1 AufenthG alt (Sprachkurse, Schulbesuche).

Tabelle 3-8: Einreisen zum Zweck der Teilnahme an einem Sprachkurs oder Schüleraustausch sowie des Schulbesuchs seit 2013 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021		
									absolut	darunter: weiblich	Anteil weiblich
Vereinigte Staaten	881	868	1.009	944	801	831	845	250	463	230	49,7%
China	447	518	595	629	493	494	495	161	219	94	42,9%
Brasilien	736	656	719	755	676	794	704	217	190	125	65,8%
Republik Korea	267	271	358	342	341	361	333	119	121	68	56,2%
Japan	328	310	335	314	278	304	276	43	103	54	52,4%
Türkei	98	115	131	98	90	104	100	30	79	31	39,2%
Russische Föderation	266	257	228	171	103	116	130	45	74	50	67,6%
Thailand	91	46	70	89	79	78	86	45	57	44	77,2%
Honduras	18	8	12	11	15	27	40	7	54	30	55,6%
Kolumbien	177	181	263	205	142	184	191	55	48	26	54,2%
Sonstige Staatsangehörigkeiten	2.488	2.928	3.008	2.321	1.710	2.228	2.024	612	975	466	47,8%
<b>Insgesamt</b>	<b>5.797</b>	<b>6.112</b>	<b>6.728</b>	<b>5.879</b>	<b>4.728</b>	<b>5.521</b>	<b>5.224</b>	<b>1.584</b>	<b>2.383</b>	<b>1.218</b>	<b>51,1%</b>

Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Abbildung 3-23: Einreisen zum Zweck der Teilnahme an einem Sprachkurs oder Schüleraustausch sowie des Schulbesuchs nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2021



Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

### 3.3.4 Sonstige Ausbildungszwecke

Drittstaatsangehörigen kann nach § 16a Abs. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis für eine betriebliche Aus- und Weiterbildung erteilt werden. Die Erteilung ist von der Zustimmung der BA abhängig (§ 16a Abs. 1 S. 1 AufenthG i. V. m. § 8 Abs. 1 BeschV), soweit die Aus- und Weiterbildung nicht durch die Beschäftigungsverordnung oder durch eine zwischenstaatliche Vereinbarung zustimmungsfrei ist (§ 16a Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 1 BeschV).<sup>60</sup> Während der qualifizierten Berufsausbildung dürfen die betreffenden Personen einer von der Berufsausbildung unabhängigen Beschäftigung von bis zu 10 Stunden pro Woche nachgehen (§ 16a Abs. 3 AufenthG). Nach einem erfolgreichen Abschluss der qualifizierten Berufsausbildung kann der Aufenthalt bis zu einem Jahr zur Suche eines Arbeitsplatzes, zu dessen Ausübung die erworbene Qualifikation befähigt, verlängert werden, sofern er nach den Bestimmungen der §§ 18a, 19c und 21 AufenthG von ausländischen Personen besetzt werden darf (Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Abs. 3 Nr. 3 AufenthG). Ausländische Staatsangehörige sind während dieses Zeitraums zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt.

Im Jahr 2021 sind 5.345 Drittstaatsangehörige zu betrieblichen Aus- und Weiterbildungen nach Deutschland eingereist. Dies ist ein Anstieg um 71,3 % im Vergleich zum Vorjahr (2020: 3.121 Personen). Der Anteil von weiblichen Drittstaatsangehörigen betrug 48,6 %. Die Hauptherkunftsländer im Jahr 2021 waren Vietnam, Marokko, Kosovo, Tunesien sowie Bosnien und Herzegowina (vgl. Tabelle 3-9 und Abbildung 3-24). Hinzu kommen 141 Drittstaatsangehörige, die im Jahr 2021 zum Zweck einer schulischen Berufsausbildung nach § 16a Abs. 2 AufenthG (2020: 87) eingereist sind, sowie 124 Personen für ein studienbezogenes Praktikum EU nach § 16e AufenthG (2020: 96).

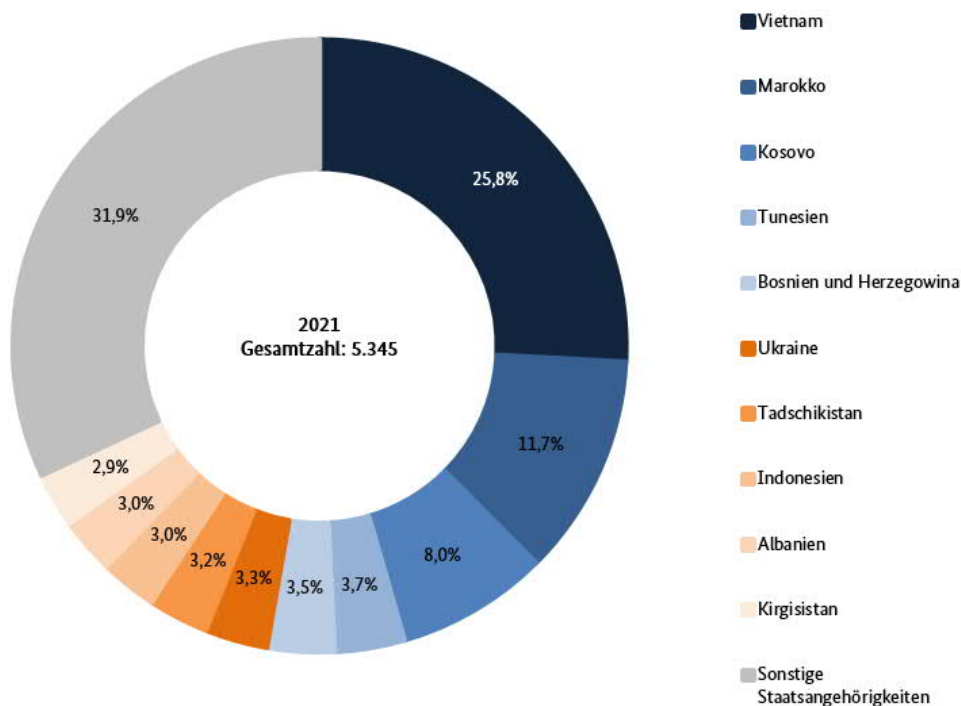
Tabelle 3-9: Zum Zweck der betrieblichen Aus- und Weiterbildung eingereiste Drittstaatsangehörige seit 2013 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021		
									absolut	darunter: weiblich	Anteil weiblich
Vietnam	119	70	415	338	484	767	965	1.230	1.381	856	62,0%
Marokko	19	29	18	11	100	116	249	141	625	204	32,6%
Kosovo	69	71	144	156	169	236	330	174	428	199	46,5%
Tunesien	37	22	26	17	24	43	101	108	197	114	57,9%
Bosnien und Herzegowina	117	330	724	706	603	421	324	105	189	98	51,9%
Ukraine	95	85	106	154	163	183	254	86	176	94	53,4%
Tadschikistan	13	14	15	17	45	69	121	63	170	33	19,4%
Indonesien	25	29	28	33	30	178	330	172	160	68	42,5%
Albanien	25	21	31	109	153	167	158	76	158	67	42,4%
Kirgisistan	43	29	29	20	27	43	80	43	154	73	47,4%
Sonstige Staatsangehörigkeiten	3.353	3.078	2.718	2.352	2.242	2.366	2.220	923	1.707	793	46,5%
<b>Insgesamt</b>	<b>3.915</b>	<b>3.778</b>	<b>4.254</b>	<b>3.913</b>	<b>4.040</b>	<b>4.589</b>	<b>5.132</b>	<b>3.121</b>	<b>5.345</b>	<b>2.599</b>	<b>48,6%</b>

Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

<sup>60</sup> Die Zustimmung der BA setzt unter anderem voraus, dass bei Ausbildungen keine inländischen Ausbildungssuchenden zur Verfügung stehen und sich bei den betrieblichen Weiterbildungen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Beschäftigungsmöglichkeiten inländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergeben (§ 39 Abs. 2 AufenthG). Eine zwischenstaatliche Vereinbarung im Sinne des § 16a AufenthG wurde bislang nicht abgeschlossen.

Abbildung 3-24: Zum Zweck der betrieblichen Aus- und Weiterbildung eingereiste Drittstaatsangehörige nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2021



Quelle: Ausländerzentralregister, eigene Berechnungen BAMF

Nach § 16d AufenthG kann eine Aufenthaltserlaubnis für die Anerkennung einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation erteilt werden. Dieser Aufenthaltstitel dient der Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen, die geeignet sind, fachliche, praktische und/oder sprachliche wesentliche Unterschiede, die der Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses als gleichwertig bzw. der Gewährung des Berufszugangs entgegenstehen, auszugleichen. Dadurch soll die Zuwanderung von Fachkräften, insbesondere auch in Ausbildungsberufen, erleichtert werden. Eine Beschäftigung neben der Qualifizierungsmaßnahme ist nach § 16d AufenthG grundsätzlich möglich und kann zur Sicherung des Lebensunterhaltes beitragen. Im Jahr 2021 sind nach § 16d AufenthG 3.260 Drittstaatsangehörige nach Deutschland eingereist, eine deutliche Steigerung gegenüber 2020 mit 1.892 Einreisen (+72,3 %).<sup>61</sup>

Sofern für eine qualifizierte Beschäftigung die Feststellung der Gleichwertigkeit eines im Ausland erworbenen Berufsabschlusses oder bei einem im Inland reglementierten Beruf die Befugnis zur Berufsausübung notwendig ist und hierfür eine vorherige befristete praktische Tätigkeit im Inland erforderlich ist, kann mit Zustimmung der BA auch ein Aufenthaltstitel nach § 19c Abs. 1 AufenthG zur Ausübung einer befristeten Beschäftigung erteilt werden. Die Zustimmung der BA wird ohne Vorrangprüfung erteilt (§ 8 Abs. 3 BeschV).

<sup>61</sup> Für die in diesem Kapitel enthaltenen Daten wurde das Ausländerzentralregister zum Abfragezeitpunkt 31. März 2022 ausgewertet. Daher sind auch Drittstaatsangehörige enthalten, die noch im Jahr 2021 eingereist sind, aber erst im 1. Quartal 2022 im AZR registriert wurden. In der BAMF-Publikation „Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration: Erteilung von Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige – Jahresbericht 2021“ (Graf 2022a) steht dagegen der Zeitpunkt der Erteilung des Aufenthaltstitels im Vordergrund, weswegen die Fälle, in denen die Betroffenen im Jahr 2021 eingereist sind, aber erst im 1. Quartal 2022 eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, dort nicht berücksichtigt werden. Die Daten sind somit aufgrund der unterschiedlichen Auswertungssystematiken nicht vergleichbar.



### 3.4 Humanitäre Migration

#### 3.4.1 Flucht und Asyl

##### 3.4.1.1 Schutzformen im Asylverfahren

Es gibt verschiedene rechtliche Grundlagen für die Schutzformen im Asylverfahren. Diese werden im Folgenden dargestellt. Die Schutzformen haben unterschiedliche Voraussetzungen und damit verbundene Rechte. Für das Asylverfahren ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuständig. Es prüft, ob Schutzsuchenden eine der Schutzformen zusteht.

Nach Artikel 16a Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) haben politisch Verfolgte das Grundrecht auf Asyl. Damit ist in Deutschland das Asylrecht als individueller Rechtsanspruch mit Verfassungsrang ausgestaltet. Neben dem Grundrecht auf Asyl nach Art. 16a Abs. 1 GG gibt es nach dem Asylgesetz (AsylG) und dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) (auf Grundlage der Vorschriften der Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU)<sup>62</sup> drei weitere Schutzformen: zunächst den Flüchtlingsschutz (§ 3 Abs. 1 AsylG) auf Basis der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und den subsidiären Schutz (§ 4 Abs. 1 AsylG). Der Begriff Flüchtling wird zwar oft als Synonym für vertriebene Menschen genutzt, im Verständnis des Asylrechts umfasst er jedoch ausschließlich anerkannte Flüchtlinge nach der GFK von 1951 bzw. Asylberechtigte nach § 2 Abs. 1 AsylG. Wenn die bisher genannten Schutzformen nicht greifen, kann bei Vorliegen bestimmter Gründe ein nationales Abschiebungsverbot erteilt werden (§ 24 Abs. 2 AsylG i. V. m. § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG).

Bei einer ablehnenden Entscheidung des BAMF stehen Betroffenen Rechtsmittel zur Verfügung, mit denen sie die Entscheidung des BAMF verwaltungsgerichtlich überprüfen lassen können.

#### Infobox: Die Schutzformen im Asylverfahren im Überblick

<b>Art. 16a GG und § 3 I AsylG</b>	<b>Asylberechtigung und Flüchtlingsschutz</b> Das Grundrecht auf Asyl nach Artikel 16a GG gilt für politisch Verfolgte. Asylberechtigt ist eine Person, die eine an asylrelevante Merkmale anknüpfende staatliche Verfolgung erlitten hat bzw. der eine solche nach einer Rückkehr in das Herkunftsland konkret droht. Dem Staat stehen dabei solche staatsähnlichen Organisationen gleich, die den jeweiligen Staat verdrängt haben oder denen dieser das Feld überlassen hat und die ihn daher insoweit ersetzen (staatliche, mittelbar staatliche oder quasi-staatliche Verfolgung). Der Flüchtlingsschutz nach § 3 Abs. 1 AsylG ist umfangreicher als die Asylberechtigung und greift auch bei der Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure. Zur Begriffsbestimmung der politischen Verfolgung wird auf die in Art. 1 A Nr. 2 definierten Merkmale der GFK zurückgegriffen.
<b>§ 4 I AsylG</b>	<b>Subsidiärer Schutz</b> Der subsidiäre Schutz greift, wenn im Herkunftsland ernsthafter Schaden droht. Ein ernsthafter Schaden kann sowohl von staatlichen als auch von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen. Als solcher gilt: die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts.
<b>§ 60 V/VII AufenthG</b>	<b>Nationale Abschiebungsverbote</b> Wenn die drei bislang genannten Schutzformen – Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz – nicht greifen, kann bei Vorliegen bestimmter Gründe ein Abschiebungsverbot erteilt werden. Eine schutzsuchende Person darf nicht rückgeführt werden, wenn die Rückführung in den Zielstaat eine Verletzung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) darstellt, oder dort eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht.

Quelle: Eigene Darstellung BAMF

<sup>62</sup> Die Qualifikationsrichtlinie vom 13. Dezember 2011 legt Normen für die Anerkennung als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz – also die Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sowie den subsidiären Schutz – fest. Sie definiert damit, wer als Flüchtling bzw. schutzberechtigt gilt.

## Asylberechtigung und Flüchtlingseigenschaft

Das Grundrecht auf Asyl nach Artikel 16a GG gilt für politisch Verfolgte. Zur Begriffsbestimmung der politischen Verfolgung wird dabei auf die Merkmale nach Art. 1 A Nr. 2 der GFK zurückgegriffen. Entscheidend für die Asylgewährung nach dem GG ist, ob eine Person wegen dieser Merkmale Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen ihrer persönlichen Freiheit ausgesetzt war oder solche Verfolgungsmaßnahmen begründet befürchtet.

Nicht jede staatliche Einschränkung stellt eine asylrelevante Verfolgung dar. Es muss sich vielmehr einerseits um eine gezielte Rechtsgutverletzung handeln, andererseits muss sie darauf gerichtet sein, die Betroffenen aus der Gemeinschaft auszugrenzen. Schließlich muss es sich um eine Maßnahme handeln, die so schwerwiegend ist, dass sie die Menschenwürde verletzt und über das hinausgeht, was die Bewohnerinnen und Bewohner des jeweiligen Staates ansonsten allgemein hinzunehmen haben.

Berücksichtigt wird grundsätzlich nur staatliche Verfolgung, also Verfolgung, die dem Staat zugeordnet werden kann. Ausnahmen gelten, wenn die nichtstaatliche Verfolgung dem Staat zuzurechnen ist (quasi-staatliche Verfolgung). Notsituationen wie Armut, Bürgerkriege, Naturkatastrophen oder Perspektivlosigkeit sind damit als Gründe für eine Asylgewährung gemäß Artikel 16a GG grundsätzlich ausgeschlossen.

Der Flüchtlingsschutz umfasst über die Asylberechtigung hinaus auch den Schutz vor der Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure und knüpft ebenfalls an die in der GFK genannten Merkmale an. Dabei kann nach § 3c AsylG, in Umsetzung der Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU, eine Verfolgung durch den Staat oder durch staatsähnliche Akteure, etwa Parteien und Organisationen, die den Staat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebiets beherrschen (quasi-staatliche Verfolgung), ausgehen. Zudem kann die Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure erfolgen, sofern staatliche oder staatsähnliche Akteure (einschließlich internationaler Organisationen) erwiesenermaßen nicht in der Lage oder willens sind, Schutz vor der Verfolgung zu bieten. Eine Schutzgewährung erfolgt nur, wenn keine interne Schutzmöglichkeit besteht (§ 3e AsylG). Der Anwendungsbereich für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft ist somit nach dem Unionsrecht teilweise weiter als beim Grundrecht auf Asyl nach dem GG.

Durch die am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Änderungen im Aufenthaltsrecht durch das Zuwanderungsgesetz wurde eine Angleichung des Aufenthaltsstatus von Asylberechtigten und GFK-Flüchtlingen vorgenommen (§ 25 Abs. 1 und Abs. 2 S. 1 Alt. 1 AufenthG). Sowohl asylberechtigte Personen als auch ausländische Staatsangehörige, denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist, erhalten hiernach eine (zunächst befristete) Aufenthaltserlaubnis. Die Aufenthaltserlaubnis für diese beiden Gruppen berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Seit dem Inkrafttreten der Änderungen im Aufenthaltsrecht durch das Integrationsgesetz am 6. August 2016 besteht unter bestimmten Voraussetzungen nach fünfjährigem Besitz (bis zum 5. August 2016: nach dreijährigem Besitz) einer Aufenthaltserlaubnis ein Anspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis, sofern das BAMF nicht mitgeteilt hat, dass die Voraussetzungen für den Widerruf oder die Rücknahme der Anerkennung vorliegen (§ 26 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 1. Hs. AufenthG). Zudem müssen die Sicherung des Lebensunterhalts überwiegend gewährleistet sein und Deutschkenntnisse auf dem Sprachniveau A2 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) vorliegen. Die Frist von 5 Jahren wird auf 3 Jahre verkürzt, wenn Sprachkenntnisse auf der Niveaustufe C1 des GER vorhanden sind und der Lebensunterhalt überwiegend gesichert ist (§ 26 Abs. 3

S. 3 AufenthG). Ist der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis eine Entscheidung des BAMF vorausgegangen, die im Jahr 2015, 2016 oder 2017 unanfechtbar geworden ist, muss das BAMF mitgeteilt haben, dass die Voraussetzungen für den Widerruf oder die Rücknahme nicht vorliegen (§ 26 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 2. Hs. AufenthG).

<b>Rechtliche Folgen:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Aufenthaltserlaubnis für 3 Jahre</b></li> <li>• <b>Eine Niederlassungserlaubnis kann bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen nach 5 Jahren erteilt werden, wobei sich dieser Zeitraum auf 3 Jahre verkürzt, wenn die deutsche Sprache beherrscht wird (Niveau C 1 des GER) und der Lebensunterhalt überwiegend gesichert ist</b></li> <li>• <b>Unbeschränkter Arbeitsmarktzugang</b></li> <li>• <b>Privilegierter Familiennachzug bei Antrag auf Familiennachzug innerhalb von 3 Monaten nach Schutzanerkennung</b></li> </ul>
---------------------------	---

## Subsidiärer Schutz

Der subsidiäre Schutz greift, wenn weder Flüchtlingsschutz noch Asylberechtigung gewährt werden können und im Herkunftsland ernsthafter Schaden durch schwere Menschenrechtsverletzungen droht (§ 4 Abs. 1 AsylG). Dies ist der Fall, wenn z. B. die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts droht. Der subsidiäre Schutz umfasst den Schutz vor staatlichen als auch von quasi-staatlichen bzw. nichtstaatlichen Akteuren (§ 3c AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG). Schutz vor einem ernsthaften Schaden durch nichtstaatliche Akteure kann nur vom Staat oder quasi-staatlichen Akteuren (einschließlich internationaler Organisationen) geboten werden (§ 3d AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG). Besteht interner Schutz, d. h. in einer Region des Herkunftslandes, die die Personen sicher und legal erreichen können, und ihr ein Leben dort zugemutet werden kann, wird der subsidiäre Schutz nicht gewährt (§ 3e AsylG i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 AsylG).

Subsidiär Schutzberechtigte nach § 4 Abs. 1 AsylG erhalten eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 25 Abs. 2 S. 1 Alt. 2 AufenthG. Die Aufenthaltserlaubnis wird für 1 Jahr, bei Verlängerung für 2 weitere Jahre erteilt (§ 26 Abs. 1 S. 3 AufenthG) und berechtigt ebenfalls zur Ausübung jeder Erwerbstätigkeit. Nach 5 Jahren kann gemäß § 26 Abs. 4 AufenthG eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, sofern weitere Voraussetzungen, wie etwa die Sicherung des Lebensunterhalts und ausreichende deutsche Sprachkenntnisse, erfüllt sind. Zusätzlich müssen auch die Voraussetzungen des § 9 Abs. 2 S. 1 AufenthG erfüllt sein. Eine vorherige Prüfung durch das BAMF, ob der subsidiäre Schutz zu widerrufen oder zurückzunehmen ist, muss nicht erfolgen, ist aber bei Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte gemäß § 73b AsylG möglich. Die Neufassung der Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU hat die Rechte von Flüchtlingen nach der GFK und subsidiär Schutzberechtigten aneinander angenähert.<sup>63</sup>

<b>Rechtliche Folgen:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Aufenthaltserlaubnis für 1 Jahr, bei Verlängerung: jeweils 2 weitere Jahre</b></li> <li>• <b>Niederlassungserlaubnis nach 5 Jahren (die Asylverfahrensdauer wird angerechnet) möglich, wenn weitere Voraussetzungen, etwa die Sicherung des Lebensunterhalts sowie ausreichende Deutschkenntnisse, erfüllt sind</b></li> <li>• <b>Unbeschränkter Arbeitsmarktzugang</b></li> <li>• <b>Familiennachzug nach den Voraussetzungen des § 36a AufenthG bei Vorliegen humanitärer Gründe</b></li> </ul>
---------------------------	---

<sup>63</sup> Vor der Umsetzung dieser Richtlinie in nationales Recht zum 1. Dezember 2013 wurde bei Feststellung von „internationalen Abschiebungsverboten“ eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG erteilt.

## Ausschlussgründe für eine Schutzberechtigung

Die Anerkennung einer Asylberechtigung sowie die Zuerkennung von Flüchtlingsschutz oder subsidiärem Schutz kommen nicht in Betracht, wenn Ausschlussgründe vorliegen. Dies kann der Fall sein, wenn eine Person:

- ein Kriegsverbrechen, ein Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit begangen hat (§ 3 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 AsylG),
- eine schwere (nichtpolitische) Straftat begangen hat (§ 3 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 AsylG),
- den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwidergehandelt hat (§ 3 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 AsylG),
- eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland darstellt (§ 60 Abs. 8 S. 1 Alt. 1 AufenthG),
- eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellt, weil sie aufgrund eines Verbrechens oder besonders schweren Vergehens zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 3 Jahren (unter bestimmten Voraussetzungen 1 Jahr) rechtskräftig verurteilt worden ist (§ 60 Abs. 8 S. 1 Alt. 2 AufenthG).

## Nationales Abschiebungsverbot

Erfüllt eine schutzsuchende Person weder die Voraussetzungen für eine Anerkennung als asylberechtigt noch für eine Zuerkennung internationalen Schutzes (Flüchtlingsschutz und subsidiärer Schutz), prüft das BAMF, ob nationale Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG vorliegen. Diese nationalen Abschiebungsverbote, die sich nicht aus der Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU ergeben, gelten ausschließlich bei Gefahren, die den Antragstellenden im Zielland der Abschiebung drohen (zielstaatsbezogene Abschiebungsverbote). Die Gefahren können dabei von staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren ausgehen. Ein Verbot der Abschiebung nach § 60 Abs. 7 S. 1 AufenthG kann auch festgestellt werden, wenn sich eine vorhandene lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung bei Rückkehr in das Herkunftsland wesentlich verschlechtern würde.<sup>64</sup>

Zudem hat die Ausländerbehörde bei einer beabsichtigten Abschiebung auch Gefahren, die durch das Verlassen des Bundesgebietes drohen (inländische Vollstreckungshindernisse), z. B. krankheitsbedingte Reiseunfähigkeit, zu berücksichtigen. Personen, bei denen ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG festgestellt wurde, soll eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG für mindestens 1 Jahr (§ 26 Abs. 1 S. 4 AufenthG) erteilt werden.

<b>Rechtliche Folgen:</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Aufenthaltserlaubnis für mindestens 1 Jahr, Verlängerung möglich</li><li>• Niederlassungserlaubnis nach 5 Jahren (die Asylverfahrensdauer wird angerechnet) möglich, wenn weitere Voraussetzungen, etwa die Sicherung des Lebensunterhalts sowie ausreichende Deutschkenntnisse, erfüllt sind</li><li>• Beschäftigung mit Erlaubnis der Ausländerbehörde möglich, ab 1. März 2020 unbeschränkter Arbeitsmarktzugang</li></ul>
---------------------------	---

<sup>64</sup> Dies trifft etwa zu, wenn sich der Gesundheitszustand aufgrund des rückführungsbedingten Abbruchs einer notwendigen und auch in Anspruch genommenen medizinischen Behandlung wegen einer unzureichenden oder nicht zugänglichen Behandlungsmöglichkeit im Herkunftsland wesentlich oder gar lebensbedrohlich verschlechtern würde. Vgl. dazu Nr. 60.7.1.3.1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz.

## Asylantragstellung

Im Asylverfahren wird zwischen 2 Arten von Asylanträgen unterschieden: Dem Erstantrag und dem Folgeantrag. Die erstmalige Asylantragstellung wird als Erstantrag bezeichnet. Ein Folgeantrag liegt vor, wenn nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrags erneut ein Asylantrag gestellt wird (§ 71 AsylG). Sowohl der Erst- als auch der Folgeantrag können auf die Zuerkennung internationalen Schutzes (Flüchtlingseigenschaft und subsidiärer Schutz) beschränkt werden (§ 13 Abs. 2 S. 2 AsylG).

Typischerweise wird ein Asylerstantrag nach der Einreise in das Bundesgebiet gestellt. Asylfolgeanträge wurden in der Vergangenheit in der Regel von Personen gestellt, die sich nach (erfolgloser) Durchführung des Erstverfahrens weiter in Deutschland aufgehalten haben und erneut einen Asylantrag stellten.

Seit dem Inkrafttreten der Änderungen im Aufenthaltsrecht durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz am 24. Oktober 2015 gilt mit der Asylantragstellung ein Asylantrag auch für jedes in Deutschland aufhältige minderjährige und ledige Kind des Antragstellers als gestellt, das nicht freizügigkeitsberechtigt oder im Besitz eines Aufenthaltstitels ist (§ 14a Abs. 1 AsylG). Reist ein minderjähriges lediges Kind einer schutzsuchenden Person nach deren Asylantragstellung ein, gilt ebenfalls ein Asylantrag als gestellt (§ 14a Abs. 2 AsylG). Wird ein Kind nach der Asylantragstellung der Eltern hier geboren, haben die Eltern, von denen noch mindestens ein Elternteil im Asylverfahren ist, oder die Ausländerbehörde das BAMF von der Geburt zu informieren. Damit gilt der Asylantrag des Kindes ebenfalls als gestellt. Bis zum 23. Oktober 2015 galt diese Regelungen lediglich für ledige Kinder, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten (§ 14a AsylG).

### 3.4.1.2 Asylgesuche und Asylanträge

Hauptdatenquelle für den Bereich Asyl sind die Geschäftsstatistiken des BAMF. Das BAMF erfasst alle Asylantragstellenden in seinen Ankunftscentren und Außenstellen und erstellt so eine personenbezogene Asylantragsstatistik. Seit 1995 wird zwischen Erst- und Folgeanträgen unterschieden.

Von 1990 bis Ende 2021 haben 4,7 Millionen Menschen Schutz in Deutschland gesucht (Asylerstantragszahlen).<sup>65</sup> Nachdem die Asylantragszahlen in den 1980er-Jahren angestiegen waren und 1992 einen Höhepunkt erreicht hatten (438.191 Asylanträge), gingen sie bis zum Jahr 2007 deutlich zurück (19.164). Ab 2015 war die Migration nach Deutschland besonders durch Schutzsuchende geprägt. Allerdings konnten nicht alle Asylsuchenden, die im Jahr 2015 nach Deutschland kamen, ihren Antrag im selben Jahr stellen. So standen ca. 890.000<sup>66</sup> Asylsuchenden 441.899 Asylerstanträge gegenüber. Die förmliche Antragstellung wurden im Jahr 2016 nachgeholt, daher wurden in diesem Jahr 722.370 Asylerstanträge entgegengenommen, während ca. 280.000 Menschen als asylsuchend registriert wurden.<sup>67</sup> Die Asylanträge 2016 stellten damit den höchsten Jahreswert seit Bestehen des BAMF dar. Seit 2016 waren die Zahlen wieder rückläufig, vor allem im Pandemiejahr 2020 ging die Zahl der gestellten Asylanträge stark zurück (vgl. Abbildung

---

<sup>65</sup> Das BAMF führte erst im Jahr 1995 die statistische Differenzierung zwischen Erst- und Folgeanträgen ein. Insofern sind die Asylzugangszahlen für den Zeitraum von 1992 bis 1994 leicht überhöht. Ab 1995 wurden in den vorliegenden Statistiken jeweils die Zahlen der Erstanträge verwendet.

<sup>66</sup> Vgl. BMI 2016.

<sup>67</sup> Vgl. BMI 2017.

3-25 und Tabelle 3-35 im Anhang)<sup>68</sup>. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Reisebeschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie zurückzuführen. Im Jahr 2021 wurden mit 148.233 wieder deutlich mehr Asylerstanträge verzeichnet (+44,5 %). Damit ist die Zahl der Anträge wieder auf einem Niveau wie vor der Pandemie. 17,5 % der gestellten Asylerstanträge wurden für in Deutschland geborene Kinder von Asylsuchenden im Alter von unter einem Jahr entgegengenommen (25.879). Im Jahr 2020 betrug dieser Anteil noch 25,9 %. 122.354 (82,5 %) sind somit grenzüberschreitende Asylerstanträge<sup>69</sup> (2020: 76.061).

Bis Mitte der 1990er-Jahre kam der größte Teil der Asylantragstellenden – bei nach 1993 eher geringen Asylantragzahlen – aus europäischen Staaten<sup>70</sup>. Seit 2000 stellen vermehrt Personen aus asiatischen Herkunftstaaten einen Asylantrag in Deutschland (mit Ausnahme des Jahres 2013, vgl. Abbildung 3-25). Der Anteil der Erstantragstellenden aus Europa ist zwischen 2021 (11,6 %) und 2020 (11,5 %) konstant geblieben. Die Asylerstantragszahlen aus den asiatischen Staaten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 57,4 % (2021: 106.283, 2020: 67.532 Asylerstanträge). Ihr Anteil an allen Erstantragstellenden ist zwischen 2020 (65,8 %) und 2021 (71,7 %) nochmals angewachsen. Die Zahl der Asylerstanträge aus afrikanischen Staaten ist leicht gestiegen (+2,5 %; 2020: 17.891, 2021: 18.339), der Anteilswert an allen Anträgen hat sich allerdings verringert (2021: 12,4 %, 2020: 17,4 %).<sup>71</sup>

---

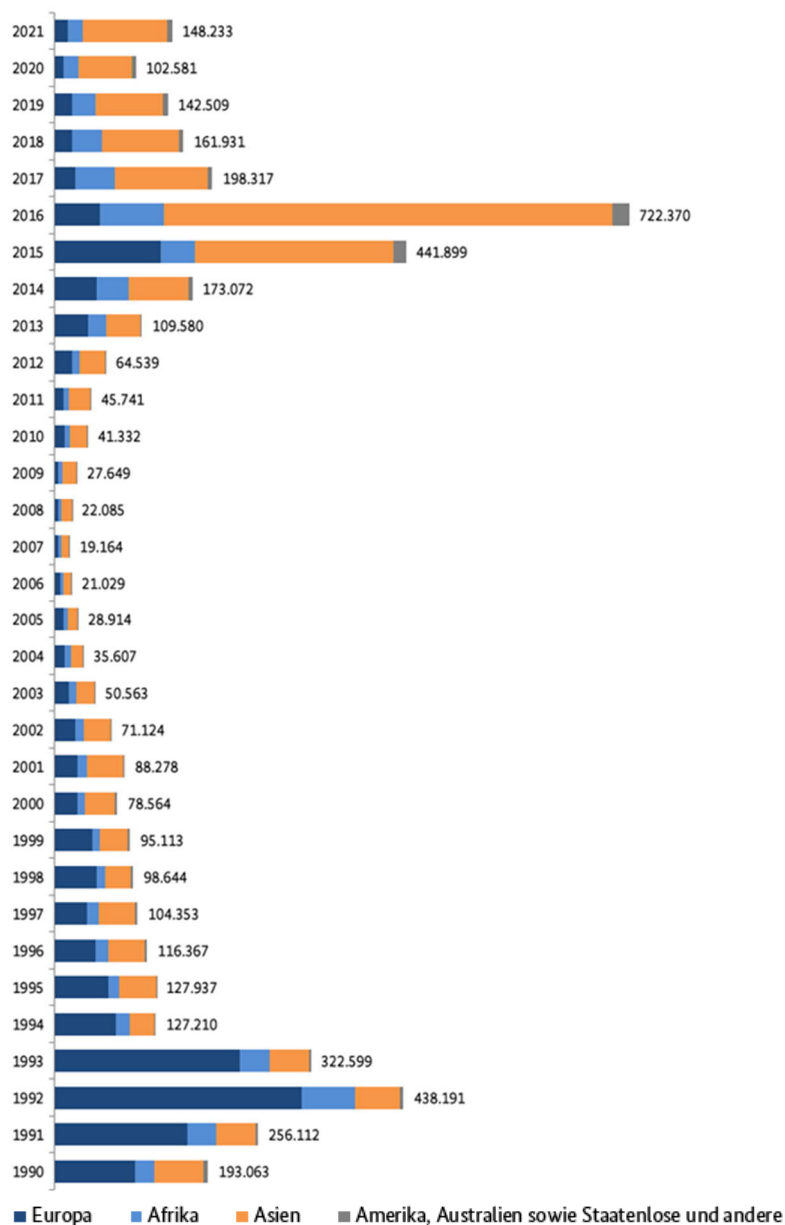
<sup>68</sup> Zur weitergehenden Differenzierung der Asylanträge, etwa nach Religionsgruppen etc., vgl. BAMF 2022: 24ff.

<sup>69</sup> Bei grenzüberschreitenden Asylerstanträgen handelt es sich um Asylerstanträge, bei denen im Regelfall eine Einreise nach Deutschland vorausging. Unberücksichtigt bleiben dabei die Folgeanträge sowie die Erstanträge für nach Einreise der Eltern in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter 1 Jahr, da diese als Indikator für die grenzüberschreitende Zuwanderung nach Deutschland nicht relevant sind.

<sup>70</sup> Europa inkl. der Türkei und der Russischen Föderation (beide werden in den Asylstatistiken zu Europa gezählt).

<sup>71</sup> Zur Entwicklung der Asylantragszahlen vgl. ausführlich BAMF 2022.

Abbildung 3-25: Asylantragstellende (Erstanträge) in Deutschland nach Herkunftskontinenten seit 1990<sup>1</sup>



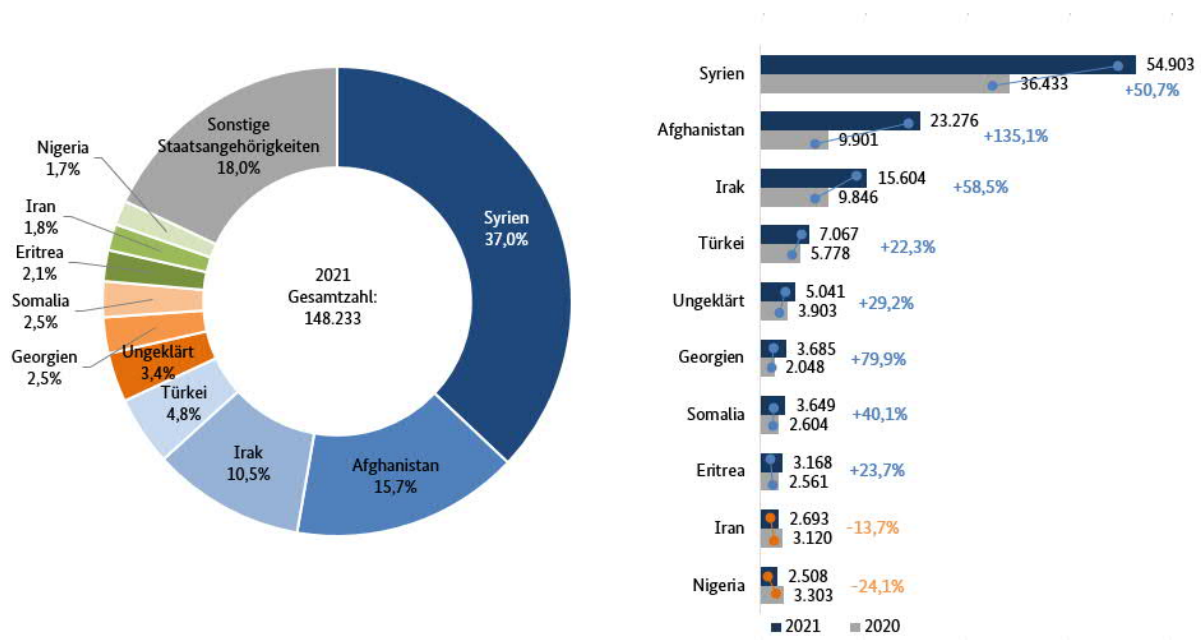
1) Ab 1995 nur Erstanträge

Quelle: BAMF

Seit 2014 sind Asylantragstellende aus Syrien zahlenmäßig die größte Gruppe. 2021 wurden 54.903 Asyl-Erstanträge von syrischen Staatsangehörigen gestellt, dies entspricht einem Anteil von 37,0 %. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Erstanträge von syrischen Staatsangehörigen um 50,7 % (2020: 36.433). Den stärksten prozentualen Zuwachs unter den 10 zugangsstärksten Herkunftsländer weist Afghanistan auf. Im Jahr 2020 wurden 9.901 Anträge von afghanischen Staatsangehörigen gestellt, im Jahr 2021 waren es 23.276 (+135,1 %, Anteilswert von 15,7 %). Der Irak ist mit 15.604 gestellten Erstanträgen und einem Anteil von 10,5 % das drittstärkste Herkunftsland. Die Antragszahlen von irakischen Staatsangehörigen sind im Vergleich zum Vorjahr um 58,5 % gestiegen (2020: 9.846 Asyl-Erstanträge) (vgl. Abbildung 3-26, Karte 3-1 und Tabelle 3-35 im Anhang).

Weiterhin haben 2021 7.067 türkische Staatsangehörige einen Asylerstantrag gestellt (Anteil 4,8 %), 2020 waren es 5.778 (+22,3 %). Mit 3.685 Asyleranträgen war Georgien bei den Erstanträgen erneut unter den 10 zugangsstärksten Herkunftsländern zu finden (Anteil: 2,5 %), ebenso Somalia mit einem Anteil von ebenfalls 2,5 % (3.649 Erstanträge). Der Anteil der Erstanträge von eritreischen Staatsangehörigen an allen Asylantragstellenden lag 2021 bei 2,1 % (3.168 Erstanträge). Prozentuale Rückgänge weisen unter den zugangsstärksten Herkunftsländern lediglich Staatsangehörige aus dem Iran (-13,7 %) und Nigeria (-24,1 %) auf. 2021 haben 2.693 iranische Staatsangehörige einen Asylerstantrag gestellt (Anteil: 1,8 %), 2020 wurden 3.120 Erstanträge aus dem Iran entgegengenommen. Von nigerianischen Staatsangehörigen wurden 2.508 Asyleranträge gestellt, 2020 waren es noch 3.303.

Abbildung 3-26: Asylantragstellende (Erstanträge) nach den 10 häufigsten Staatsangehörigkeiten des Jahres 2021 und in den Jahren 2020 und 2021

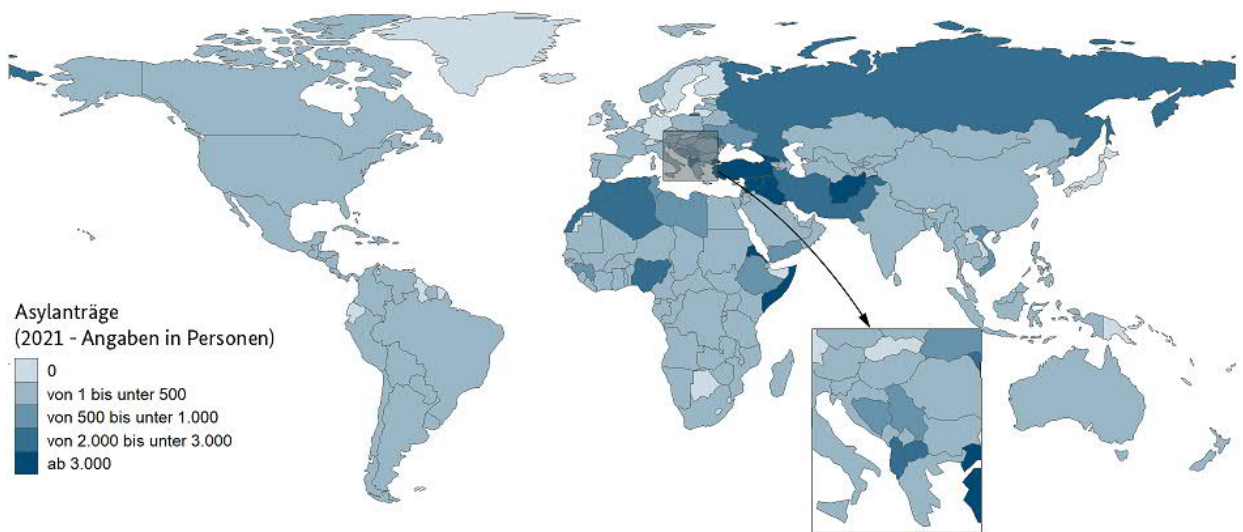


Quelle: BAMF

Die Zusammensetzung der 10 zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten hat sich zwischen 2020 und 2021 nicht verändert (vgl. Abbildung 3-26 und Tabelle 3-35 im Anhang). Alle Hauptstaatsangehörigkeiten des Jahres 2020 sind ebenfalls Hauptstaatsangehörigkeiten des Jahres 2021, wenngleich in unterschiedlicher Reihung.



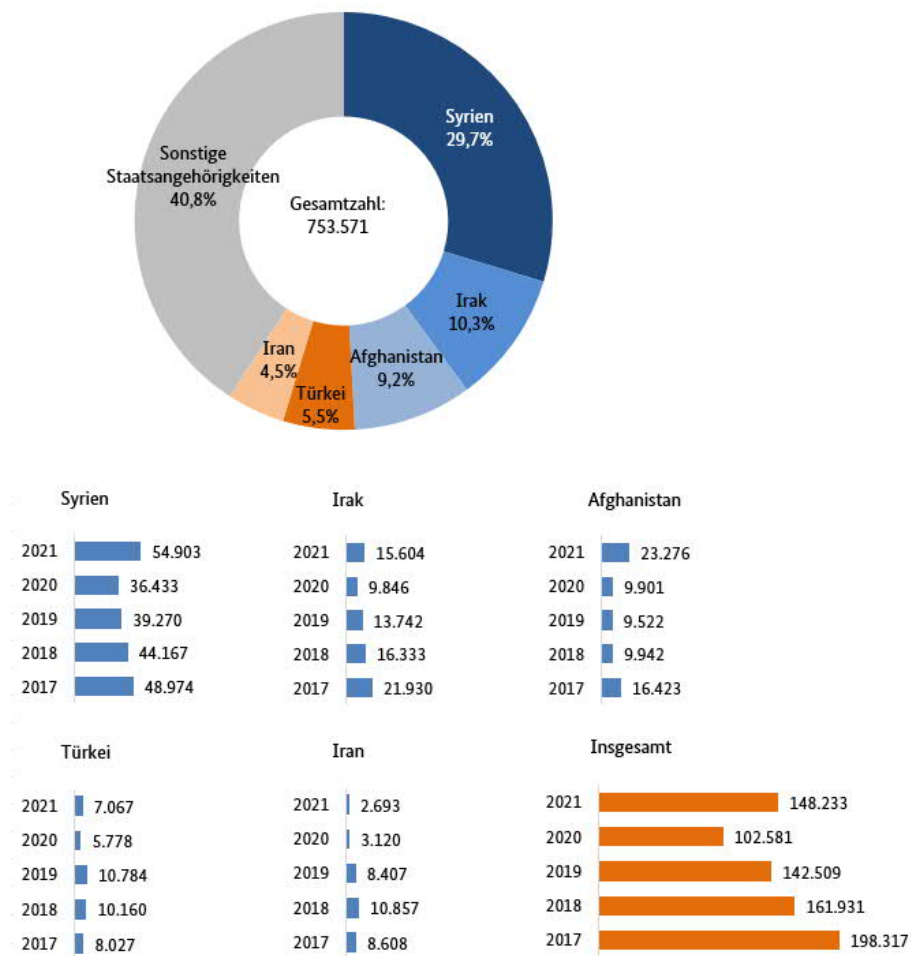
Karte 3-1: Asylantragstellende (Erstanträge) im Jahr 2021 nach Staatsangehörigkeiten



Quelle: BAMF

Bei einer Betrachtung der kumulierten Asylzugangszahlen der letzten 5 Jahre von 2017 bis 2021 hinsichtlich der Herkunftsländerstruktur zeigt sich, dass aus Syrien mit 29,7 % die meisten Asylerstantragstellenden kamen, gefolgt von Irak mit 10,3 %, Afghanistan mit 9,2 %, die Türkei mit 5,5 % sowie dem Iran mit 4,5 % (vgl. Abbildung 3-27).

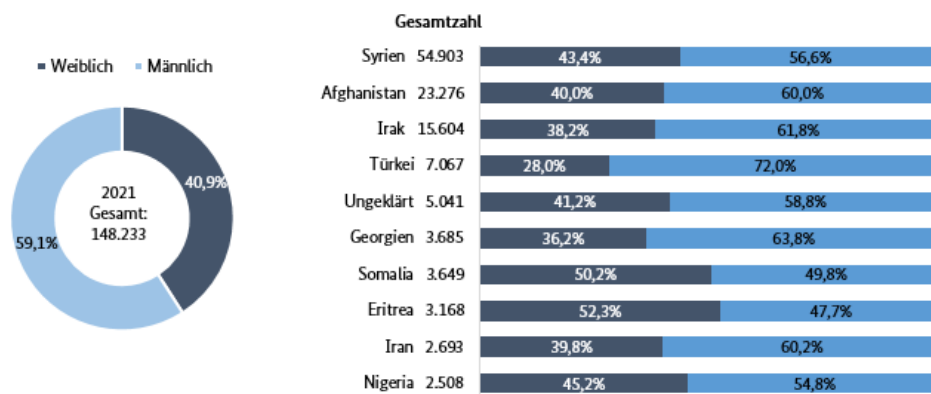
Abbildung 3-27: Asylantragstellende (Erstanträge) nach den 5 häufigsten Staatsangehörigkeiten von 2017 bis 2021



Quelle: BAMF

Der Blick auf die soziodemografische Struktur zeigt, dass im Jahr 2021 40,9 % der Asylantragstellenden weiblich waren (vgl. Abbildung 3-28). Dabei variieren die Geschlechteranteile zwischen den Hauptherkunftsländern. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil an weiblichen Asylantragstellenden weisen die afrikanischen Herkunftsländer Eritrea (52,3 %), Somalia (50,2 %) und Nigeria (45,2 %) auf. Den geringsten Anteil an weiblichen Asylantragstellenden haben die Herkunftsländer Türkei (28,0 %) und Georgien (36,2 %).

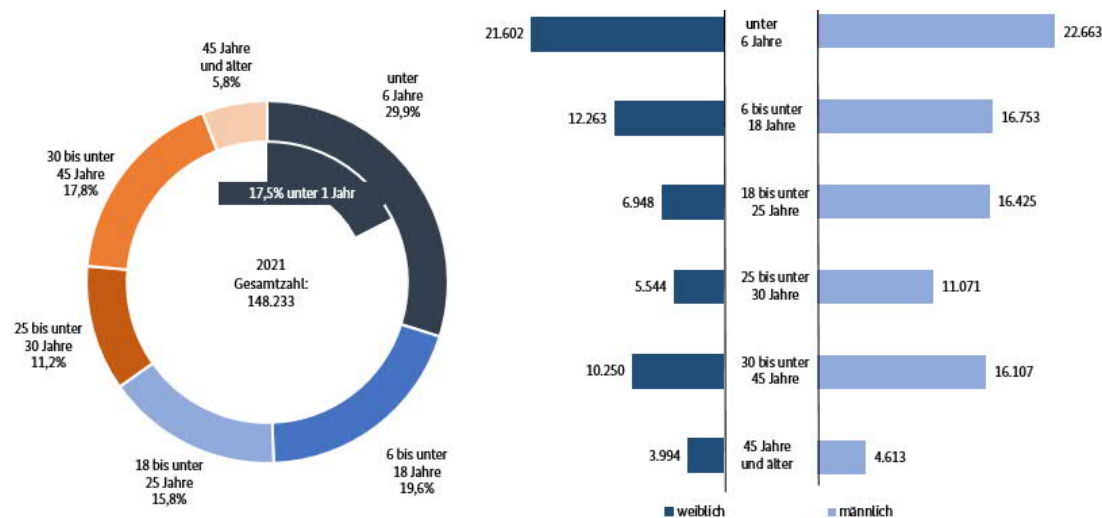
Abbildung 3-28: Asylantragstellende (Erstanträge) nach Geschlecht im Jahr 2021



Quelle: BAMF

Gut drei Viertel (76,4 %) der Asylantragstellenden im Jahr 2021 waren unter 30 Jahre alt. Die Hälfte (49,4 %) war sogar minderjährig. Im Jahr 2021 entfielen 25.879 Asylersanträge (17,5 %) auf in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter 1 Jahr (vgl. Abbildung 3-29).

Abbildung 3-29: Asylantragstellende im Jahr 2021 (Erstanträge) nach Altersgruppen und Geschlecht



Quelle: BAMF

Im Jahr 2021 wurden 3.249 Asylersanträge von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (2020: 2.232, +45,6 %). Dabei handelt es sich um Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die ohne Begleitung eines Elternteils oder einer sorgeberechtigten Person in die EU kommen und dort Schutz suchen. 2021 haben insgesamt 73.281 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren einen Erstantrag gestellt, der Anteil von unbegleiteten Minderjährigen an allen minderjährigen Asylantragstellenden betrug damit 4,4 %.<sup>72</sup> Die Hauptherkunftsländer unbegleiteter Minderjähriger im Jahr 2021 waren Afghanistan (44,6 %), Syrien (28,5 %), Somalia (6,9 %), Guinea (3,2 %) und der Irak (2,7 %). Die Zahl der von der Kinder- und Jugendhilfe

<sup>72</sup> Die Jugendämter sind gemäß § 42 Abs. 2 S. 5 SGB VIII grundsätzlich gehalten, für die von ihnen in Obhut genommenen unbegleitete Minderjährigen unverzüglich von Amts wegen einen Asylersantrag zu stellen, wenn internationaler Schutz in Betracht kommt. Dies ist jedoch aus unterschiedlichen Gründen nicht immer der Fall, vgl. dazu Deutscher Bundestag 2021g: 26f.

vorläufig in Obhut genommenen unbegleiteten minderjährigen Schutzsuchenden (§ 42a SGB VIII) betrug im Jahr 2021 7.279 und ist im Vergleich zum Vorjahr um 59,5 % gestiegen (2020: 4.565). Die Zahl der anschließend an die vorläufige Inobhutnahme regulär in Obhut genommenen Minderjährigen wird für 2021 mit 3.999 ausgewiesen und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 33,4 % erhöht (2020: 2.998) (vgl. Tabelle 3-10).

Tabelle 3-10: Vorläufige und reguläre Inobhutnahmen (§§ 42, 42a SGB VIII) von Minderjährigen aufgrund unbegleiteter Einreise sowie Asylersanträge von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten seit 2010

Jahr	Vorläufige Inobhutnahmen <sup>1</sup>	Reguläre Inobhutnahmen	Asylersanträge unbegleiteter Minderjähriger
2010	-	2.822	1.948
2011	-	3.482	2.126
2012	-	4.767	2.096
2013	-	6.584	2.486
2014	-	11.642	4.399
2015	-	42.309	22.255
2016	-	44.935	35.939
2017	11.101	11.391	9.084
2018	6.394	5.817	4.087
2019	4.886	3.761	2.689
2020	4.565	2.998	2.232
2021	7.279	3.999	3.249

1) Vor dem Hintergrund der Einführung einer bundesweiten Aufnahmepflicht für unbegleitete ausländische Minderjährige (UMA) durch die kommunalen Jugendämter im Jahre 2015 dient die vorläufige Inobhutnahme der Unterbringung, Versorgung und Betreuung des Minderjährigen unmittelbar nach der Einreise und vor einer möglichen Verteilung in die Zuständigkeit eines anderen Jugendamts. Im Anschluss an eine vorläufige Inobhutnahme erfolgt dann die reguläre Inobhutnahme durch das Jugendamt. Seit dem Jahr 2017 werden im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik nicht nur reguläre Inobhutnahmen (gemäß § 42 SGB VIII), sondern auch vorläufige Inobhutnahmen (§ 42a SGB VII) erfasst, siehe auch „Bericht der Bundesregierung über die Evaluation des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher und über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Deutschland“ (vgl. Deutscher Bundestag 2021g). Unabhängig vom Asylstatus führt das BVA im Rahmen der sogenannten UMA-Geschäftsanwendung eine Übersichtsstatistik über die Gesamtzahl der unbegleiteten Minderjährigen und jungen Volljährigen, die sich in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit befinden. Dieser zufolge ging die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen und jungen Volljährigen in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit im Laufe des Jahres 2021 spürbar zurück. Während am 1. Januar 2021 noch 21.279 UMA und junge Volljährige registriert waren, sank diese Zahl bis zum 31. Dezember 2021 auf insgesamt 18.121.

Quelle: Statistisches Bundesamt, BAMF, BVA

Insgesamt wurden im Jahr 2021 190.816 Erst- und Folgeanträge gestellt (2020: 122.170), darunter waren 42.583 Folgeanträge (2020: 19.589). Der Anteil der Folgeanträge an allen Asylanträgen schwankt seit dem Beginn der getrennten Erfassung von Erst- und Folgeanträgen im Jahr 1995 zwischen 36,8 % und 3,1 %. Mit 36,8 % erreichte er im Jahr 2007 seinen bisherigen Höchststand.<sup>73</sup> Seither zeigt sich mit leichten Schwankungen ein Rückgang des Anteilswertes. Mit 3,1 % lag der Anteil der Folgeanträge im Jahr 2016 auf dem niedrigsten Stand seit dem Beginn der getrennten Erfassung im Jahr 1995. 2021 stieg dieser Anteil wieder auf 22,3 % aller Anträge an. Der Anteil der Folgeanträge liegt bei Staatsangehörigen aus Bos-

<sup>73</sup> Zur weitergehenden Differenzierung der Asylfolgeanträge vgl. BAMF 2022: 17ff.

nien und Herzegowina (56,0 %, 861 Folge- gegenüber 677 Erstanträgen), Serbien (53,9 %, 986 Folge- gegenüber 844 Erstanträgen) und Moldau (52,4 %, 2.626 Folge- gegenüber 2.390 Erstanträgen) besonders hoch.

### 3.4.1.3 Entscheidungen

Neben der Asylzugangsstatistik wird durch die Asylverfahrensstatistik des BAMF der Verfahrensstand der jährlichen Entscheidungen dokumentiert (vgl. Tabelle 3-11). Diese Statistik ist nicht unmittelbar vergleichbar mit der Asylzugangsstatistik, da die Asylanträge nicht immer im gleichen Jahr bearbeitet bzw. entschieden werden (z. B. Asylantrag 2020, Verfahrensabschluss 2021).<sup>74</sup> Das BAMF hat seit 2010 über 2,6 Millionen Erst- und Folgeanträge entschieden (vgl. Tabelle 3-11). In diesem Zeitraum wurden die meisten Entscheidungen im Jahr 2016 getroffen (695.733 Entscheidungen). 2021 wurden Asylverfahren von 149.954 Personen entschieden.

Tabelle 3-11: Entscheidungen und Entscheidungsquoten des BAMF seit 2010 (Erst- und Folgeanträge)

Jahr	Insgesamt	Entscheidungen über Asylanträge											
		Asylberechtigung nach Art. 16a GG		Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz nach § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot nach § 60 V/VII AufenthG		Ablehnungen		Formelle Entscheidungen <sup>1</sup>	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
2010	48.187	643	1,3%	7.061	14,7%	548	1,1%	2.143	4,4%	27.255	56,6%	10.537	21,9%
2011	43.362	652	1,5%	6.446	14,9%	666	1,5%	1.911	4,4%	23.717	54,7%	9.970	23,0%
2012	61.826	740	1,2%	8.024	13,0%	6.974	11,3%	1.402	2,3%	30.700	49,7%	13.986	22,6%
2013	80.978	919	1,1%	9.996	12,3%	7.005	8,7%	2.208	2,7%	31.145	38,5%	29.705	36,7%
2014	128.911	2.285	1,8%	31.025	24,1%	5.174	4,0%	2.079	1,6%	43.018	33,4%	45.330	35,2%
2015	282.726	2.029	0,7%	135.107	47,8%	1.707	0,6%	2.072	0,7%	91.514	32,4%	50.297	17,8%
2016	695.733	2.120	0,3%	254.016	36,5%	153.700	22,1%	24.084	3,5%	173.846	25,0%	87.967	12,6%
2017	603.428	4.359	0,7%	119.550	19,8%	98.074	16,3%	39.659	6,6%	232.307	38,5%	109.479	18,1%
2018	216.873	2.841	1,3%	38.527	17,8%	25.055	11,6%	9.548	4,4%	75.395	34,8%	65.507	30,2%
2019	183.954	2.192	1,2%	42.861	23,3%	19.419	10,6%	5.857	3,2%	54.034	29,4%	59.591	32,4%
2020	145.071	1.693	1,2%	36.125	24,9%	18.950	13,1%	5.702	3,9%	46.586	32,1%	36.015	24,8%
2021	149.954	1.226	0,8%	30.839	20,6%	22.996	15,3%	4.787	3,2%	35.071	23,4%	55.035	36,7%

1) Rubrik beinhaltet unter anderem Entscheidungen nach dem Dublin-Verfahren und Rücknahmen des Antrags (z. B. wegen Rück- oder Weiterreise).

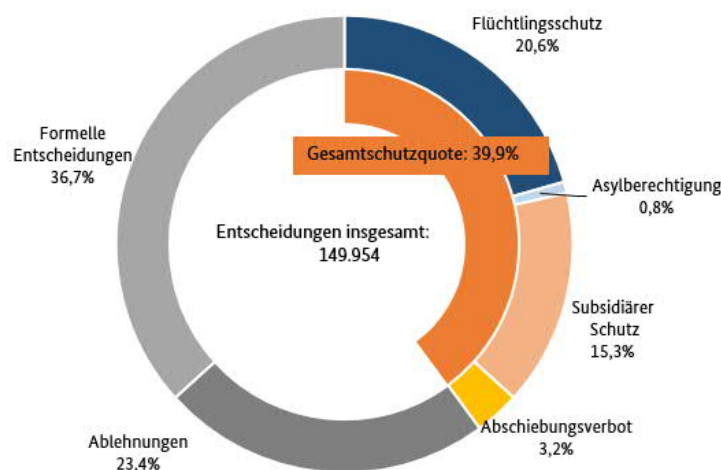
Quelle: BAMF

<sup>74</sup> Zum 31. Dezember 2021 waren beim BAMF 108.064 Asylverfahren (Erst- und Folgeanträge) anhängig. Bei den Verwaltungsgerichten waren zum 31. Dezember 2021 163.652 Gerichtsverfahren anhängig. Ende 2020 waren es 211.045.

Die Anerkennungsquote des BAMF nach Art. 16a Abs. 1 GG und § 3 Abs. 1 AsylG<sup>75</sup> (gemäß GFK) lag im Jahr 2021 bei 21,4% (2020: 26,1 %).<sup>76</sup> 2021 haben 15,3 % der Asylantragstellenden subsidiären Schutz erhalten (2020: 13,1 %). Bei 3,2 % wurde ein Abschiebungsverbot festgestellt (2020: 3,9 %) (vgl. Abbildung 3-43 im Anhang).<sup>77</sup>

Die Gesamtschutzquote des BAMF berechnet sich aus der Anzahl der Asylberechtigungen, der Flüchtlingsanerkennungen, der Gewährung von subsidiärem Schutz und der Feststellung eines Abschiebungsverbots bezogen auf die Gesamtzahl der Entscheidungen des BAMF im betreffenden Zeitraum. Die Gesamtschutzquote betrug im Jahr 2021 39,9 % (59.848 Personen), 2020 lag sie bei 43,1 % (62.470 Personen) (vgl. Abbildung 3-30). Diese Quote berücksichtigt jedoch nicht vor Verwaltungsgerichten eingeklagte Schutzgewährungen.

Abbildung 3-30: Entscheidungsquoten 2021



Quelle: BAMF

36,7 % der Anträge wurden 2021 als formelle Entscheidungen anderweitig erledigt (2020: 24,8 %). Diese Erledigungen beruhen auf Verfahrenseinstellungen, wenn Asylsuchende ihre Anträge zurückziehen, oder wenn nach dem sogenannten Dublin-Verfahren ein anderer europäischer Staat für die Asylsuchende oder den Asylsuchenden zuständig ist oder auf der Entscheidung im Folgeantragsverfahren, dass kein weiteres Asylverfahren durchgeführt wird. Formelle Entscheidungen erfolgen somit ohne nähere inhaltliche Prüfung des Asylvorbringens und ziehen im Regelfall eine Ausreisepflicht nach sich. Der Anteil (inhaltlich/materiell) abgelehnter Anträge an der Gesamtzahl der Entscheidungen des BAMF lag im Jahr 2021 bei 23,4 % (2020: 32,1 %)<sup>78</sup> (vgl. Abbildung 3-30: Entscheidungsquoten Abbildung 3-30).

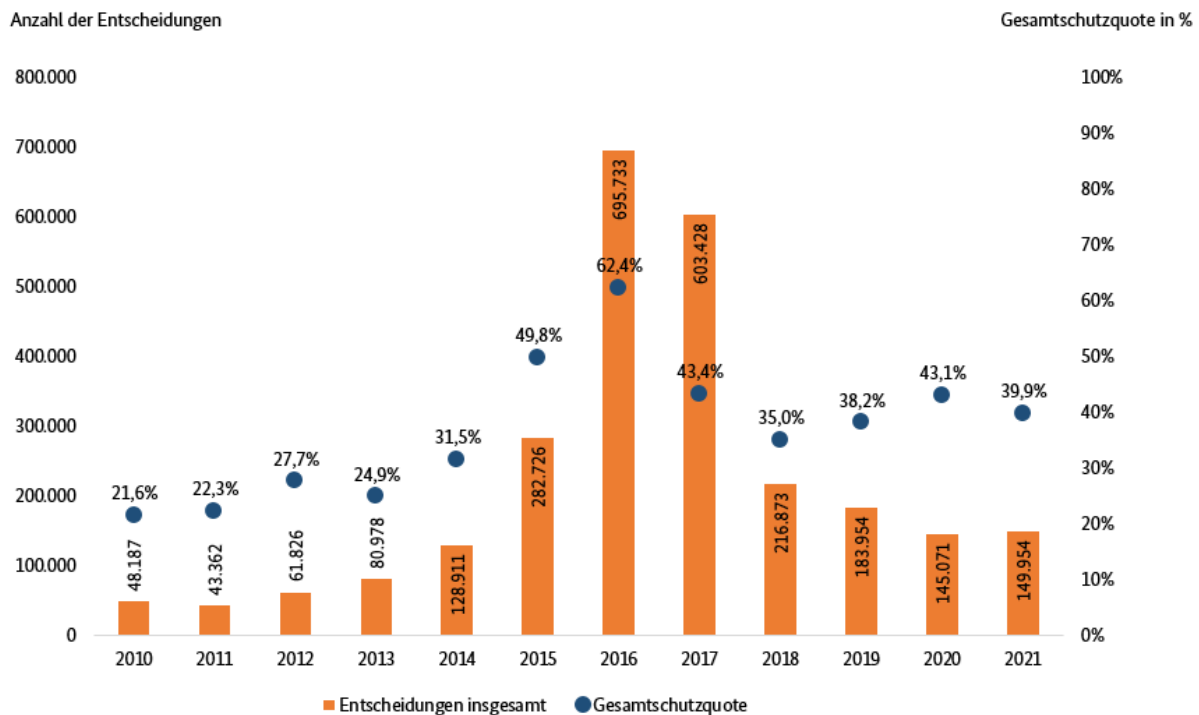
<sup>75</sup> Die Anerkennungsquote ergibt sich aus dem Verhältnis dieser Anerkennungen zu sämtlichen inhaltlichen und formellen Entscheidungen des BAMF über Asylanträge.

<sup>76</sup> Nach Herkunftsländern betrachtet ergeben sich jedoch sehr unterschiedliche Asylanerkennungsquoten für Asylantragstellende (siehe dazu Abbildung 3-14 sowie die Tabelle 3-38 im Anhang).

<sup>77</sup> Zur Entwicklung der Entscheidungen vgl. BAMF 2022: 50ff.

<sup>78</sup> Vgl. dazu ausführlich BAMF 2022: 50ff.

Abbildung 3-31: Entscheidungen (Erst- und Folgeanträge) und Gesamtschutzquoten im Asylverfahren seit 2010



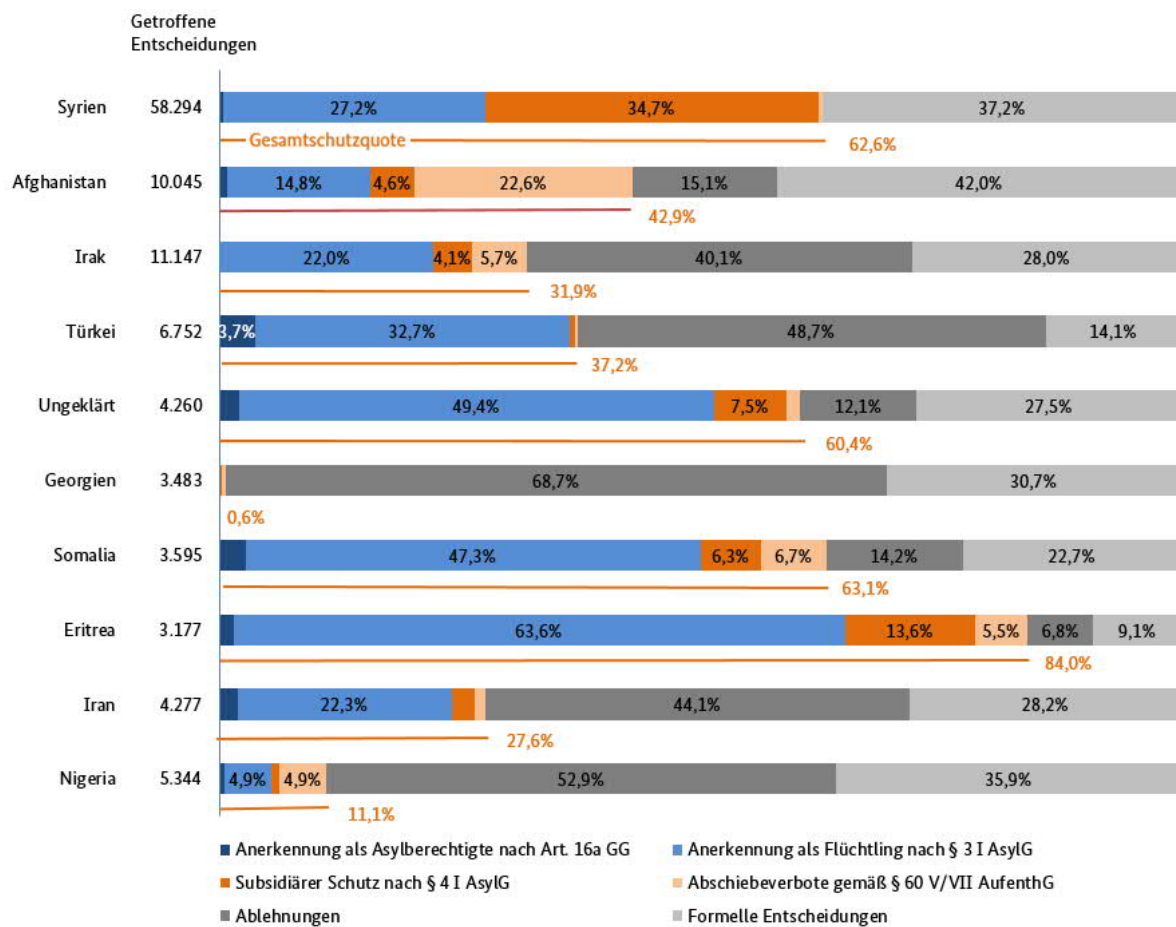
Quelle: BAMF

Bei einem differenzierten Blick auf die Schutzquoten nach Staatsangehörigkeit der Asylsuchenden zeigt sich, dass Entscheidungen des BAMF zu Asylanträgen von eritreischen und somalischen Staatsangehörigen überdurchschnittlich hohe Gesamtschutzquoten aufweisen. 2021 betrug die Gesamtschutzquote für eritreische Staatsangehörige 84,0 % (2020: 81,7 %). 1,4 % der Schutzsuchenden aus Eritrea haben eine Asylberechtigung erhalten, 63,6 % wurde Flüchtlingsschutz gewährt, 13,6 % erhielten subsidiären Schutz und in 5,5 % der Fälle wurden Abschiebungsverbote festgestellt. Für Menschen aus Somalia lag die Gesamtschutzquote bei 63,1 % (2020: 50,7 %). Dabei erhielten neben 2,7 %, die als asylberechtigt anerkannt wurden, 47,3 % Flüchtlingsschutz und 6,3 % subsidiären Schutz. Bei 6,7 % wurden Abschiebungsverbote festgestellt (vgl. Abbildung 3-32 und Tabelle 3-36 im Anhang).

Asylsuchende aus der Türkei wiesen im Jahr 2021 mit 3,7 % eine deutlich über dem Durchschnitt (0,8 %) liegende Asylanerkennungsquote nach Art. 16a GG auf. Die Gesamtschutzquote für türkische Schutzsuchende lag im Jahr 2021 mit 37,2 % etwas niedriger als im Vorjahr (2020: 43,0 %). Niedrig ist die Gesamtschutzquote dagegen bei Asylantragstellenden aus Georgien (0,6 %) und Nigeria (11,1 % vgl. Abbildung 3-32).



Abbildung 3-32: Entscheidungsquoten (Erst- und Folgeanträge) nach den 10 zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten des Jahres 2021



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Abweichungen der Summe der Einzelwerte zu 100 % sind rundungsbedingt.

Quelle: BAMF

Nur wenn für keine der vier Schutzformen – Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz oder ein Abschiebungsverbot – die Voraussetzungen erfüllt sind, erhalten Antragstellende einen ablehnenden Bescheid, verbunden mit einer Abschiebungsandrohung (§ 34 AsylG). Ablehnende Entscheidungen des BAMF können Asylantragstellende verwaltungsgerichtlich überprüfen lassen. 57,2 % der durch das BAMF im Jahr 2021 abgelehnten Asylanträge wurden vor den Verwaltungsgerichten angefochten (2020: 73,3 %). In diesen Fällen werden betroffene Personen nicht vollziehbar ausreisepflichtig, wenn die Klage aufschiebende Wirkung hat oder die aufschiebende Wirkung der Klage im einstweiligen Rechtsschutz angeordnet wird. Im Jahr 2021 wurden 106.137 erstinstanzliche Gerichtsentscheidungen zu Erst- und Folgeanträgen getroffen, dabei wurde in 18,6 % der Fälle ein Schutzstatus zuerkannt, 35.127 Klagen wurden abgewiesen (33,1 %) und 51.272 anderweitig erledigt (48,3 %).<sup>79</sup>

Sofern der Asylantrag abgelehnt wird und die Ausländerin bzw. der Ausländer auch aus anderen Gründen kein Aufenthaltsrecht in Deutschland erhält, wird sie oder er in einem schriftlichen Ablehnungsbescheid innerhalb einer bestimmten Frist zur Ausreise aufgefordert. Gleichzeitig wird für den Fall, dass sie oder er innerhalb der festgesetzten Frist nicht freiwillig ausreist, die Abschiebung angedroht. Nach Ablauf der Frist kann bei bis dahin unterbliebener freiwilliger Ausreise die Abschiebung durchgeführt werden. Kann

<sup>79</sup> Siehe dazu BAMF 2022: 65ff.



die Abschiebung wegen Krankheit oder aus anderen Gründen nicht vollzogen werden, wird eine Duldung erteilt.

#### **3.4.1.4 Dublin-Verfahren**

Im sogenannten Dublin-Verfahren wird bestimmt, welcher EU-Mitgliedstaat oder europäische Staat, der der Dublin-III-Verordnung (Dublin-III-VO) beigetreten ist, für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Rechtsgrundlage des Verfahrens ist die Dublin-III-VO, die in allen Staaten der Europäischen Union sowie der Schweiz, Norwegen, Liechtenstein und Island Anwendung findet.<sup>80</sup> Dieses Verfahren soll sicherstellen, dass jeder Asylantrag nur von einem Mitgliedstaat geprüft wird. Zur Unterstützung für die Ermittlung des zuständigen Mitgliedstaates für die Prüfung des Asylverfahrens wird das zentrale automatisierte Fingerabdruckidentifizierungssystem EURODAC (European Dactyloscopy) herangezogen. Liegen Beweismittel oder Indizien für die Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates vor, wird im Rahmen des Dublin-Verfahrens ein Übernahmeersuchen an den anderen Mitgliedstaat gestellt. Stimmt der entsprechende Mitgliedstaat dem Übernahmeersuchen zu, stellt für Deutschland das BAMF die Unzulässigkeit des Asylantrages fest und ordnet die Abschiebung in den zuständigen Mitgliedstaat an. Die Kriterien zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats sind in ihrer gesetzlich festgelegten Reihenfolge zu prüfen.

#### **Ersuchen Deutschlands an die Mitgliedstaaten**

Der Anteil der deutschen Übernahmeersuchen ist in Bezug auf die gestellten Asylanträge ab 2016 gewachsen. Im Jahr 2016 betrug der Anteil der Übernahmeersuchen an andere Mitgliedstaaten im Verhältnis zu den gestellten Asylanträgen 7,7 %, im Jahr 2021 ist der Anteil auf 28,5 % gestiegen. In absoluten Zahlen wurde im Jahr 2021 mit 42.284 Übernahmeersuchen ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr verzeichnet (2020: 30.135; +40,3 %). Dieser Wert lag aber unter dem des Jahres 2019 (48.847). Die meisten Übernahmeersuchen wurden an Griechenland (10.427), Italien (6.623), Frankreich (4.416), Rumänien (2.869) und Polen (2.579) gerichtet. In 18.429 Fällen stimmten andere Mitgliedstaaten 2021 einem Übernahmeersuchen Deutschlands zu (2020: 15.759).

#### **Übernahmeersuchen an Deutschland**

Im Jahr 2021 erhielt Deutschland 15.744 Übernahmeersuchen von anderen Mitgliedstaaten (2020: 17.253, -8,7 %). Deutschland stellte damit 2021 fast dreimal so viele Ersuchen an andere Mitgliedstaaten als es umgekehrt von diesen erhielt. Die 5 Mitgliedstaaten, die die meisten Ersuchen an Deutschland stellten, waren Frankreich (7.810), Belgien (1.730), Niederlande (1.441), Schweiz (932) und Italien (875). Deutschland stimmte 10.011 Übernahmeersuchen eines anderen Mitgliedstaates zu (2020: 10.673).

---

<sup>80</sup> Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) (sogenannte Dublin-III-Verordnung), die seit dem 19. Juli 2013 in Kraft ist und die Verordnung (EG) Nr. 343/2003 vom 18. Februar 2003 (sogenannte Dublin-II-Verordnung) abgelöst hat. Sie gilt für alle ab dem 1. Januar 2014 gestellten Anträge. Im Vereinigten Königreich wurde die Dublin-III-Verordnung im Jahr 2020 noch angewandt, 2021 nicht mehr, so dass in den Zahlen für 2021 dieser Staat nicht mehr enthalten ist.

## Dublin-Überstellungen

Deutschland überstellte im Jahr 2021 im Rahmen des Dublin-Verfahrens insgesamt 2.656 Personen – im Vergleich zum Vorjahr (2020: 2.953) ein Rückgang um 10,1 %. Die meisten Überstellungen erfolgen nach Frankreich (455), Österreich (363), Schweden (323), in die Niederlande (309) und nach Italien (287).

Nach Deutschland wurden im Jahr 2021 insgesamt 4.274 Personen überstellt (2020: 4.369). Die meisten Personen wurden aus Frankreich (1.850), Griechenland (531), den Niederlanden (477), der Schweiz (392) und Österreich (331) nach Deutschland überstellt.

Sofern eine Überstellung in der von der Dublin-Verordnung vorgegebenen Frist nicht möglich ist und aus diesem Grund die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens auf die Bundesrepublik Deutschland übergeht, entscheidet das BAMF in eigener Zuständigkeit (siehe Abschnitt 3.4.1).

### 3.4.2 Migration aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen

Zusätzlich zu der in den vorherigen Kapiteln dargestellten Zuwanderung von Asylsuchenden und der jüdischen Zuwanderung aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geht es im Folgenden um die Einreise und den Aufenthalt von ausländischen Staatsangehörigen aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen.<sup>81</sup> Hierbei hat im Jahr 2021 insbesondere die Aufnahme aus Afghanistan infolge der dortigen krisenhaften Entwicklung eine Rolle gespielt, weshalb dies nachfolgend in einem eigenen Abschnitt behandelt wird.

Für die Aufnahme aus dem Ausland kann eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 S. 1 AufenthG aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen erteilt werden. Die Erteilung eines Visums für eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 S. 1 AufenthG obliegt allein dem Auswärtigen Amt, das auch die Bewertung der dringenden humanitären bzw. völkerrechtlichen Gründe vornimmt. Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 S. 2 AufenthG ist zu erteilen, wenn das BMI die Aufnahme von ausländischen Staatsangehörigen zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erklärt hat.

Nach § 22 AufenthG wurden 6.406 Personen aufgenommenen, die im Jahr 2021 eingereist sind (vgl. Tabelle 3-12). Allein 6.223 davon waren afghanische Staatsangehörige, weitere wichtige Herkunftsländer waren Belarus (91 Aufnahmen) und Syrien (58 Aufnahmen). Insgesamt hatten zum 31. Dezember 2021 5.602 Drittstaatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 AufenthG inne (Ende 2020: 3.265).

---

<sup>81</sup> Zu den einzelnen Formen der Schutzgewährung vgl. BMI/BAMF 2013: 95.

Tabelle 3-12: Aufnahmen nach § 22 AufenthG nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten seit 2013 (Einreise im selben Jahr)

Staatsangehörigkeit	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
									absolut	darunter: weiblich
Afghanistan	58	894	994	673	299	84	32	25	6.223	3.025
Belarus	0	0	0	0	0	1	0	1	91	48
Syrien	67	51	86	73	67	135	39	6	58	29
Sonstige Staatsangehörigkeiten	58	40	85	60	141	59	25	10	34	19
<b>Aufnahmen insgesamt</b>	<b>183</b>	<b>985</b>	<b>1.165</b>	<b>806</b>	<b>507</b>	<b>279</b>	<b>96</b>	<b>42</b>	<b>6.406</b>	<b>3.121</b>

Quelle: Ausländerzentralregister

### Verfahren für afghanische Ortskräfte und weitere Aufnahmen aus Afghanistan

Für afghanische Ortskräfte, die bei den deutschen Stellen tätig waren besteht bereits seit 2013 ein besonderes Verfahren zur Aufnahme. Ehemalige Ortskräfte und ihre Kernfamilie können auf Grundlage des § 22 S. 2 AufenthG aufgenommen werden, wenn eine individuelle Gefährdung aufgrund ihrer Tätigkeit für ein deutsches Bundesressort während des Einsatzes der deutschen Bundeswehr anerkannt wurde. Als Ortskraft, für die im Rahmen des sogenannte Ortskräfteverfahrens (OKV) eine Aufnahme erklärt wird, gilt, wer zum bzw. ab dem 1. Januar 2013 unmittelbar in einem Arbeitsverhältnis für ein deutsches Ressort oder mittelbar für das BMZ bei einer Institution der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit oder für das AA bei den Kulturmittler-Organisationen DAAD, Goethe-Institut und Deutsche Welle oder bei einer politischen Stiftung gearbeitet hat und aufgrund dieser Tätigkeit unmittelbar konkret oder latent gefährdet ist.<sup>82</sup>

Zudem wurde im zeitlichen Zusammenhang mit den Evakuierungsmaßnahmen aus Afghanistan im August 2021 über eine Aufnahme von Personen aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Judikative, zivilgesellschaftliche Organisationen, Kultur und Medien, die aufgrund persönlichen Wirkens in Afghanistan exponiert und deshalb durch die Machtergreifung der Taliban akut besonders gefährdet waren, z. B. Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sowie Journalistinnen und Journalisten, entschieden. Die Personen sind vom AA identifiziert und in die Liste der besonders gefährdeten afghanischen Staatsangehörigen aufgenommen worden. Für diesen durch das AA abschließend festgelegten Personenkreis ist ebenfalls eine Aufnahme auf der Grundlage von § 22 S. 2 AufenthG vorgesehen; das BMI muss die Aufnahmezusagen erklären.

Vor dem Hintergrund dieser laufenden Aufnahmen aus Afghanistan hat Deutschland im Oktober 2021 im Zusammenhang mit einer Ankündigung der EU-Kommission für ein mehrjähriges Unterstützungsprogramm für zum Schutz von gefährdeten Afghaninnen und Afghanen 25.000 Plätze angemeldet. Hierbei handelte es sich nicht um neue bzw. zusätzliche Aufnahmen; die Anmeldung erfolgte, um sich für die (laufenden) Aufnahmen von afghanischen Staatsangehörigen, für die bereits eine Aufnahme erklärt wurde, entsprechende EU-Fördermittel sichern zu können.

<sup>82</sup> Vgl. hierzu ausführlich: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/migration/asyl-fluechtlingsschutz/humanitaere-aufnahmeprogramme/humanitaere-aufnahmeprogramme-node.html>

Unter den 6.406 nach § 22 AufenthG aufgenommenen Personen im Jahr 2021 waren 6.223 afghanische Staatsangehörige (97,1 %, vgl. Tabelle 3-12).

### Aufnahmen aus weiteren völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen

§ 23 Abs. 2 AufenthG ermöglicht humanitäre Aufnahmen durch den Bund. Hiernach kann das BMI zur Wahrung besonders gelagerter politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Benehmen mit den obersten Landesbehörden anordnen, dass das BAMF ausländische Staatsangehörige aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Personengruppen eine Aufnahmezusage erteilt. Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung wurde am 1. August 2015 mit § 23 Abs. 4 AufenthG eine eigenständige Rechtsgrundlage für Resettlement-Flüchtlinge geschaffen. Darüber hinaus kann die oberste Landesbehörde aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland nach § 23 Abs. 1 AufenthG anordnen, dass ausländische Staatsangehörige aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Personengruppen eine Aufnahmezusage erteilt wird. Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem BMI (siehe Kapitel 3.4.5).

Zusätzlich zu diesen Aufnahmeverfahren gibt es noch weitere Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltstiteln aus humanitären Gründen. Hierbei handelt es sich um reine Inlandssachverhalte, bei denen in der Regel ein Voraufenthalt (z. B. Aufenthaltsgestattung oder Duldung) vorliegt. So kann nach § 25 Abs. 4 AufenthG einer nicht vollziehbar ausreisepflichtigen ausländischen Person für einen vorübergehenden Aufenthalt im Inland eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, solange dringende humanitäre oder persönliche Gründe<sup>83</sup> oder ein erhebliches öffentliches Interesse<sup>84</sup> ihre vorübergehende weitere Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern.

Tabelle 3-13: Aufnahmen nach § 25 Abs. 4 AufenthG seit 2013 (Einreise im selben Jahr) nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
									absolut	darunter: weiblich
Katar	131	238	298	219	327	413	449	113	387	163
Saudi-Arabien	264	721	1.414	553	283	256	254	43	123	43
Vereinigte Arabische Emirate	373	721	786	811	869	322	93	10	103	39
Russische Föderation	567	639	348	240	232	175	138	67	63	37
Serbien <sup>1</sup>	30	38	44	43	67	71	43	52	33	11
Sonstige Staatsangehörigkeiten	3.158	3.651	3.270	2.666	2.068	2.173	1.238	505	416	238
<b>Insgesamt</b>	<b>4.523</b>	<b>6.008</b>	<b>6.160</b>	<b>4.532</b>	<b>3.846</b>	<b>3.410</b>	<b>2.215</b>	<b>790</b>	<b>1.125</b>	<b>531</b>

1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

<sup>83</sup> Dringende persönliche Gründe im Sinne dieser Vorschrift sind beispielsweise die Durchführung einer medizinischen Operation, die im Herkunftsland nicht gewährleistet ist, oder der unmittelbar bevorstehende Abschluss einer Schul- oder Berufsausbildung.

<sup>84</sup> Ein erhebliches öffentliches Interesse kann z. B. vorliegen, wenn eine ausländische Person als Zeugin oder Zeuge in einem Gerichtsverfahren benötigt wird.

Zum 31. Dezember 2021 hielten sich insgesamt 17.477 Drittstaatsangehörige mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 AufenthG in Deutschland auf (Ende 2020: 18.854). Bei den in der Tabelle 3-13 aufgeführten Drittstaatsangehörigen (2021: 1.125) handelt es sich um Personen, die in der Regel nach ihrer Einreise zunächst einen anderen Aufenthaltstitel oder eine Aufenthaltsgestattung als Asylsuchende erhalten hatten, aber denen noch im Berichtsjahr eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 AufenthG erteilt wurde.

§ 25 Abs. 4a AufenthG ermöglicht die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für einen vorübergehenden Aufenthalt an eine ausländische Person, die Opfer von Menschenhandel wurde, auch wenn sie vollziehbar ausreisepflichtig ist.<sup>85</sup> Zum 31. Dezember 2021 hielten sich insgesamt 73 Drittstaatsangehörige, darunter 54 weibliche Personen, mit einem Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 4a AufenthG in Deutschland auf (Ende 2020: 80).<sup>86</sup>

Nach § 25 Abs. 5 AufenthG kann einer ausländischen Person, die vollziehbar ausreisepflichtig ist, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn ihre Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich ist und mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Die Aufenthaltserlaubnis soll erteilt werden, wenn die Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt ist. Die Aufenthaltserlaubnis darf jedoch nur erteilt werden, wenn die ausländische Person unverschuldet an der Ausreise gehindert ist.<sup>87</sup>

Tabelle 3-14: Vorliegen von Ausreisehindernissen nach § 25 Abs. 5 AufenthG seit 2013 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten (Einreise im selben Jahr)

Staatsangehörigkeit	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
									absolut	darunter: weiblich
Vietnam	30	61	47	49	46	33	49	58	106	11
Serbien <sup>1</sup>	54	84	129	156	140	139	122	92	105	31
Ghana	28	63	57	51	62	52	48	40	41	7
Nordmazedonien	25	10	38	26	40	34	27	17	22	11
Nigeria	20	37	43	33	47	54	32	24	21	1
Sonstige Staatsangehörigkeiten	279	353	474	382	428	518	409	284	288	84
<b>Insgesamt</b>	<b>436</b>	<b>608</b>	<b>788</b>	<b>697</b>	<b>763</b>	<b>830</b>	<b>687</b>	<b>515</b>	<b>583</b>	<b>145</b>

1) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

<sup>85</sup> Nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) wurden im Jahr 2021 417 Opfer im Verfahren des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung ermittelt. Darunter befanden sich 322 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung waren größtenteils weiblich (93 %) (vgl. dazu BKA 2022: 8f.). Zudem wurden 147 Opfer des Menschenhandels im Bereich Ausbeutung der Arbeitskraft ermittelt (vgl. dazu BKA 2022: 14f.). Zum Thema Menschenhandel vgl. auch Hoffmann (2013).

<sup>86</sup> Zum 31. Dezember 2021 hielten sich außerdem 6 Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 4b AufenthG (Opfer von Arbeitsausbeutung) in Deutschland auf.

<sup>87</sup> Ein Verschulden der ausländischen Person liegt etwa vor, wenn diese falsche Angaben macht, über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit täuscht oder zumutbare Anforderungen zur Beseitigung der Ausreisehindernisse nicht erfüllt.

Ende 2021 lebten insgesamt 55.303 Drittstaatsangehörige (Ende 2020: 54.347) mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG in Deutschland, davon 34.631 seit mehr als 6 Jahren (62,6 %).<sup>88</sup> Bei den in der Tabelle 3-14 aufgeführten Drittstaatsangehörigen (2021: 583) handelt es sich um Personen, die in der Regel nach ihrer Einreise zunächst eine Duldung (oder in seltenen Ausnahmefällen eine Aufenthaltsgestattung als Asylantragstellende) erhalten hatten, aber denen noch im Berichtsjahr eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG erteilt wurde.

### 3.4.3 Aufenthaltsgewährung in Härtefällen

Nach § 23a Abs. 1 AufenthG kann die oberste Landesbehörde anordnen, dass einer ausländischen Person, die vollziehbar ausreisepflichtig ist, abweichend von den in diesem Gesetz festgelegten Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, wenn eine von der Landesregierung durch Rechtsverordnung eingerichtete Härtefallkommission darum ersucht. Voraussetzung für ein Härtefallersuchen ist, dass nach den Feststellungen der Härtefallkommission dringende humanitäre oder persönliche Gründe vorliegen (§ 23a Abs. 2 AufenthG). Diese Möglichkeit gibt es seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005. Dabei ist zu beachten, dass die Härtefallkommission nach § 23a Abs. 2 S. 2 AufenthG ausschließlich im Wege der Selbstbefassung tätig wird. Dritte, insbesondere betroffene ausländische Staatsangehörige, können nicht verlangen, dass sich die Härtefallkommission mit einem bestimmten Einzelfall befasst oder eine bestimmte Entscheidung trifft. Mittlerweile sind in allen Bundesländern solche Härtefallkommissionen eingerichtet worden.

Tabelle 3-15: Erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach der Härtefallregelung des § 23a AufenthG nach Bundesländern (Bestandszahlen zum 31. Dezember 2021)<sup>1</sup>

Bundesland	2021
Baden-Württemberg	430
Bayern	337
Berlin	1.924
Brandenburg	134
Bremen	168
Hamburg	137
Hessen	291
Mecklenburg-Vorpommern	67
Niedersachsen	1.047
Nordrhein-Westfalen	2.330
Rheinland-Pfalz	822
Saarland	78
Sachsen	324
Sachsen-Anhalt	163
Schleswig-Holstein	215
Thüringen	1.132
<b>Insgesamt</b>	<b>9.599</b>

1) Die überwiegende Zahl der Personen, die zum 31. Dezember 2021 eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG innehatten, lebte seit mehr als 6 Jahren in Deutschland (5.810 Personen, 60,5 %).

Quelle: Ausländerzentralregister

<sup>88</sup> Vgl. Deutscher Bundestag 2021a: 24f.

Ende 2021 lebten 1.318 albanische Staatsangehörige mit einem Aufenthaltserlaubnis auf der Grundlage von § 23a AufenthG (13,7 %). Die weiteren Hauptstaatsangehörigkeiten bildeten Personen aus dem Kosovo (1.253 bzw. 13,1 %), Serbien (1.034 bzw. 10,8 %) sowie der Russischen Föderation mit (582 bzw. 6,1 %).

### **3.4.4 Resettlement und humanitäre Aufnahmeverfahren**

#### **Resettlement**

Deutschland nimmt seit 2012 im Interesse einer Fortentwicklung und Verbesserung des Flüchtlingsschutzes und im Sinne internationaler Verantwortungsteilung regelmäßig und in stetig gewachsenem Umfang besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus Drittstaaten in Zusammenarbeit mit dem UNHCR im Wege des Resettlement (Neuansiedlung) auf. Seit 2016 beteiligt sich Deutschland am Resettlement-Programm der EU. Resettlement ermöglicht eine dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, die nach international festgelegten Kriterien von UNHCR als besonders schutzbedürftig gelten. Die Aufnahmen im Rahmen der Neuansiedlung von Schutzsuchenden werden vom BMI im Benehmen mit den obersten Landesbehörden angeordnet. Die gesetzliche Grundlage für die Aufnahmeverfahren im Rahmen des Resettlement bildete bis zum 31. Juli 2015 § 23 Abs. 2 AufenthG. Am 1. August 2015 trat das „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“<sup>89</sup> in Kraft, mit dem unter anderem eine eigenständige Rechtsgrundlage für das Resettlement-Verfahren geschaffen wurde. Seither gilt § 23 Abs. 4 AufenthG für Aufnahmen im Rahmen von Resettlement, während § 23 Abs. 2 AufenthG Aufnahmen im Rahmen sonstiger humanitärer Aufnahmen regelt. Für die Durchführung der Aufnahmeverfahren ist nach § 75 Nr. 8 AufenthG das BAMF zuständig.

Resettlement stellt ein international anerkanntes flüchtlingspolitisches Instrument dar. Ziel des Resettlements ist es, besonders schutzbedürftigen Personen, die aus ihrem Herkunftsland in einen Erstaufnahmestaat geflohen sind, dort jedoch weder eine Chance auf Integration noch die Aussicht auf Rückkehr in ihr Herkunftsland haben, im aufnahmebereiten Drittstaat Schutz zu bieten und eine neue dauerhafte Perspektive zu eröffnen. Der jährliche, weltweite Resettlementbedarf wird von UNHCR festgestellt. Resettlement-Flüchtlinge erhalten eine Aufnahmezusage im Ausland, dann einen Aufenthaltstitel nach § 23 Abs. 4 AufenthG, sie müssen also kein Asylverfahren durchlaufen. Das nationale Resettlement wird durch Aufnahmeanordnungen des BMI im Benehmen zwischen Bund und Ländern festgelegt.

#### **Resettlement unter Pandemieumständen**

Bedingt durch die Einschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie sowie die daraus resultierenden Verzögerungen konnte ein Großteil der für 2020 vorgesehenen Aufnahmen nicht erfolgen. Aus den Aufnahmeverfahren im Rahmen der deutschen Beteiligung am EU-Resettlement-Programm konnten Einreisen von 1.178 Personen aus der Türkei sowie 200 Personen (nachträglich eingereiste Personen aus dem Vorjahresprogramm Resettlement 2019) verzeichnet werden. Daneben erfolgte ab April 2020 die Aufnahme von 2.812 Personen aus Griechenland zur Entlastung der griechischen Inseln, darunter 247 behandlungsbedürftige Kinder mit Kernfamilie und 204 unbegleiteten Minderjährigen nach Art. 17

---

<sup>89</sup> BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386ff.

Abs. 2 Dublin-III-VO sowie 1.568 Personen nach § 23 Abs. 2 AufenthG, welchen in Griechenland internationaler Schutz zuerkannt wurde.

Die für 2020 geplanten Resettlement-Aufnahmen wurden in 2021 nachgeholt und um eine darüberhinausgehende Zusage für weitere 485 Plätze („top up“) erweitert (vgl. Tabelle 3-16). Die Kontingente für den Zeitraum 2020/2021 stellen Aufnahmeplätze aus den Erstzufluchtsstaaten Libanon, Kenia, Jordanien, Niger und Ägypten zur Verfügung.

Auf Grundlage des NesT-Programms konnten seit Beginn des Programms 2019 139 Personen nach Deutschland einreisen.

Die 3 Bundesländer Brandenburg, Berlin und Schleswig-Holstein führten 2021 eigene Landesaufnahmeprogramme gemäß § 23 Abs. 1 AufenthG mit insgesamt 715 Plätzen für Einreisen aus dem Libanon, Ägypten und Jordanien durch. Über diese Programme wurden 2021 731 Personen aufgenommen.



Tabelle 3-16: Im Resettlement-Programm gemäß § 23 Abs. 4 AufenthG aufgenommene Personen nach Staatsangehörigkeit und letztem Aufenthaltsstaat seit 2012

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020 <sup>5</sup>	2021
<b>Geschlecht</b>										
Männlich	205	153	166	243	578	175	224	1.208	104	1.262
Weiblich	102	140	155	238	661	188	159	1.234	96	1.205
<b>Insgesamt</b>	<b>307</b>	<b>293</b>	<b>321</b>	<b>481</b>	<b>1.239</b>	<b>363</b>	<b>383</b>	<b>2.442</b>	<b>200</b>	<b>2.467</b>
<b>Staatsangehörigkeit</b>										
Afghanistan	-	-	21	-	-	-	-	-	-	-
Ägypten	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
Äthiopien	27	-	1	45	4	17	-	-	-	1
Burundi	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19
Eritrea	36	-	-	200	20	14	240	37	-	101
Irak	132	175	117	26	-	9	-	53	-	27
Iran	-	116	-	-	-	4	-	-	-	-
Jemen	-	-	-	-	-	-	-	5	-	22
Kongo, Demokratische Republik	-	-	-	-	-	-	-	-	-	250
Somalia	45	-	41	45	-	8	36	374	25	118
Sudan/Südsudan	59	-	3	122	-	131	-	414	-	251
Syrien	-	2	-	9	1.188	177	106	1.555	175	1.675
Staatenlose Palästinenser/-innen	-	-	31	33	27	-	-	2	-	-
Sonstige Staatenlose	-	-	34	-	-	-	-	2	-	1
Sonstige	8	-	73	1	-	3	-	-	-	2
<b>Aufenthaltsstaat vor der Ausreise nach Deutschland</b>										
Ägypten	-	-	-	301	-	256 <sup>1</sup>	107 <sup>3</sup>	988	-	304
Äthiopien	-	-	-	-	-	-	-	330	25	-
Indonesien	-	-	114	-	-	-	-	-	-	-
Jordanien	-	-	-	-	-	-	-	346	-	406
Kenia	-	-	-	-	-	-	-	-	-	488
Libanon	-	-	-	-	155	22 <sup>2</sup>	-	766	175	1.152
Niger	-	-	-	-	-	-	276 <sup>4</sup>	12 <sup>4</sup>	-	117
Tunesien	202	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Türkei	105	293	-	-	1.060	-	-	-	-	-
Sudan	-	-	-	180	24	-	-	-	-	-
Syrien	-	-	207	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Das Kontingent von 363 Personen wurde für das Jahr 2017 nachträglich Anfang 2018 mit der Einreise von 107 Personen aus Ägypten, die aus gesundheitlichen Gründen Ende 2017 noch nicht ausreisen konnten, erfüllt.

2) Dabei handelt es sich um Personen, die im Jahr 2017 eingereist sind, aber im Rahmen des Kontingents für das Jahr 2016 aufgenommen wurden.

3) Dabei handelt es sich um Personen, die im Jahr 2018 eingereist sind, aber zum Kontingent des Jahres 2017 gezählt werden.

4) Das Kontingent von 300 Personen konnte im Jahr 2018 nicht erfüllt werden. Weitere 12 Einreisen erfolgten im Jahr 2019. Somit konnten 288 von 300 Personen einreisen.

5) Pandemiebedingt konnten keine Resettlementeinreisen aus dem Verfahren 2020 durchgeführt werden.

Quelle: BAMF

## **Humanitäre Aufnahme syrischer Schutzbedürftiger aus der Türkei von 2017 bis 2020 (Ratsbeschluss EU 2016/1754)**

Durch einen ergänzenden Ratsbeschluss vom 29. September 2016 (EU 2016/1754) zur Umverteilung von Schutzsuchenden aus Griechenland und Italien hat die EU die Möglichkeit eröffnet, einen Teil der Relocation-Plätze für eine Neuansiedlung syrischer Flüchtlinge aus der Türkei zu nutzen. Deutschland hat hiervon Gebrauch gemacht und 2016 1.060 syrische Schutzsuchende aufgenommen. Die verbliebenen Aufnahmeplätze der Teilquote wurden durch Familiennachzüge ausgeschöpft. Von 2017 bis 2021 wurden die Aufnahmen syrischer Schutzsuchender im Rahmen des humanitären Aufnahmeverfahrens fortgesetzt. In diesem Zeitraum erfolgte die Einreise von 11.354 syrischen Flüchtlingen aus der Türkei.

## **Übernahme der Zuständigkeit zur Durchführung der Asylverfahren von aus Seenot geretteten Personen**

Deutschland beteiligte sich auch an der freiwilligen Übernahme der Zuständigkeit für die Durchführung der Asylverfahren von aus Seenot geretteten Asylsuchenden. Seit Sommer 2018 konnten insgesamt 936 dieser Asylsuchenden durch Deutschland übernommen werden (Stand: 16. August 2022).

### **3.4.5 Jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion**

Seit 1990 nimmt Deutschland jüdische Personen und ihre Familienangehörigen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion auf.<sup>90</sup> Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist mit 91.839 Mitgliedern und 106 Gemeinden die drittgrößte in Europa. Ein Großteil der Mitglieder sind jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion.<sup>91</sup>

Seit dem Jahr 1991 ist die Aufnahme in einem Verfahren geregelt.<sup>92</sup> Ziel des Verfahrens ist die Stärkung des jüdischen Lebens in Deutschland vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Antragstellenden dürfen nicht in der Vergangenheit schon in einem anderen Drittstaat (z. B. Israel, USA) ihren Wohnsitz genommen haben. Diese Personen können nur nach den allgemeinen Regeln des Aufenthaltsgesetzes nach Deutschland übersiedeln. Die im Rahmen des jüdischen Zuwanderungsverfahrens in Deutschland aufgenommenen Zuwanderinnen und Zuwanderer erhalten eine Niederlassungserlaubnis. In das Verfahren können Eheleute und minderjährige ledige Kinder, die nicht selbst antragsberechtigt sind, einbezogen werden. Nicht selbst antragsberechtigte Familienangehörige erhalten eine Aufenthaltserlaubnis.

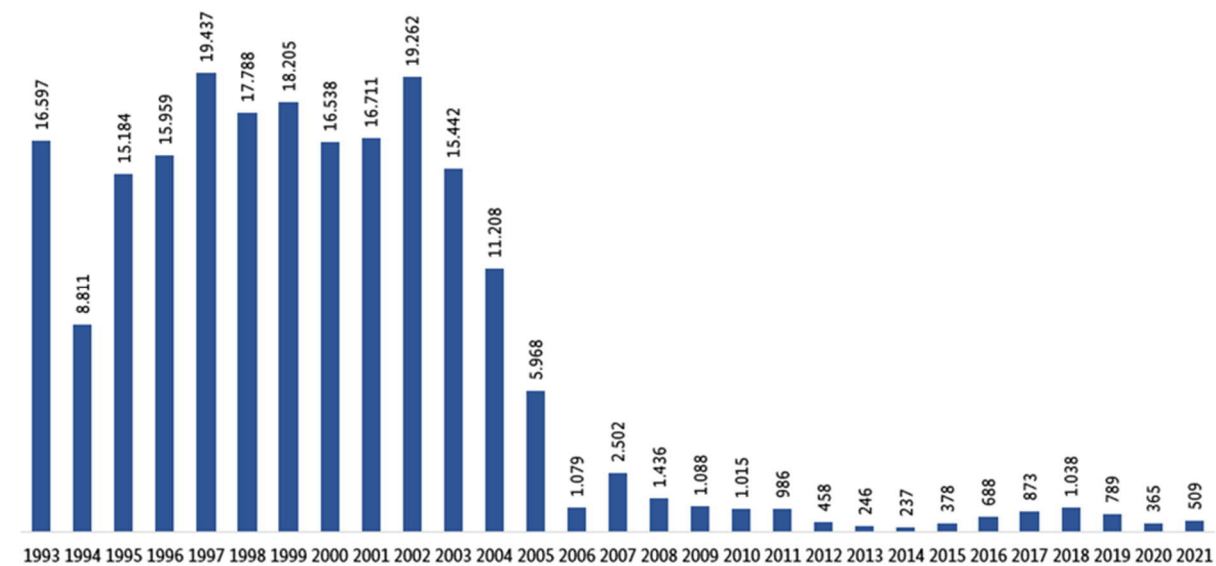
---

<sup>90</sup> Vgl. den Beschluss des Ministerrats der DDR vom 11. Juli 1990 sowie den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 9. Januar 1991.

<sup>91</sup> Vgl. ZWST 2021.

<sup>92</sup> Zu den rechtlichen Grundlagen der jüdischen Zuwanderung und Aufnahmevoraussetzungen vgl. BMI/BAMF 2010: Kapitel 2.6.1., BMI/BAMF 2014: 82f, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 561ff. und Anordnung des Bundesministeriums des Innern gemäß § 23 Abs. 2 AufenthG über die Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme der Baltischen Staaten vom 24. Mai 2007 in der Fassung vom 22. April 2020.

Abbildung 3-33: Jüdische Zuwanderung einschließlich Familienangehöriger aus Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion seit 1993<sup>1</sup>



1) Für das Jahr 2014 und 2015 ist die Zahl der Einreisen aufgrund unzureichender Meldungen durch die Bundesländer etwas zu niedrig ausgewiesen.

Quelle: Bundesverwaltungsamt, BAMF

Zwischen 1993 und 2021 sind 210.797 jüdische Zuwanderinnen und Zuwanderer einschließlich ihrer Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen. Hinzu kommen 8.535 Personen, die bis Ende 1992 im unregelmäßigen Verfahren eingereist waren, sodass in der Summe 219.332 Personen zu verzeichnen sind. Nachdem sich der Zuzug im Zeitraum von 1995 bis 2003 auf 15.000 bis 20.000 Zuwanderinnen und Zuwanderer pro Jahr einpendelte, sank die Zahl der eingereisten Personen in den Folgejahren deutlich ab (vgl. Abbildung 3-33). Die Ursachen für diesen Rückgang sind heterogen. Das Interesse der noch in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion lebenden jüdischen Menschen an einer Einwanderung nach Deutschland hat nachgelassen. Auch die seit 2005 veränderten Zugangsbedingungen<sup>93</sup> tragen mit zu dieser Entwicklung bei. Hauptherkunftsländer der jüdischen Zuwanderung sind die Ukraine sowie die Russische Föderation.

Im Jahr 2021 sind insgesamt 509 Personen im jüdischen Zuwanderungsverfahren eingereist. Pandemiebedingt fand die Bearbeitung der Anträge an den Auslandsvertretungen unter erschwerten Bedingungen statt und richtete sich nach den vor Ort geltenden Regelungen des Herkunftslandes, Einreisen nach Deutschland waren unter Beachtung der Corona-Auflagen möglich.

### 3.5 Migration aus familiären Gründen

Die Einreise und der Aufenthalt von Familienangehörigen aus Drittstaaten in Deutschland lebender Personen ist in den §§ 27 bis 36a AufenthG geregelt. Der Familiennachzug wird mit Blick auf Art. 6 Abs. 1 GG zum Schutz von Ehe und Familie gewährt (§ 27 Abs. 1 AufenthG). Die Regelungen finden Anwendung auf den

<sup>93</sup> Vgl. BMI/BAMF 2008: 94.

Zuzug zu deutschen Staatsangehörigen und zu Personen, die keine EU-Staatsangehörigen bzw. Familienangehörige von EU-Staatsangehörigen sind.<sup>94</sup> Der Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen zu ausländischen EU-Staatsangehörigen sowie zu deutschen Staatsangehörigen, die von ihrem Freizügigkeitsrecht Gebrauch gemacht haben, richtet sich grundsätzlich nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU (§§ 2 ff. FreizügG/EU). Familiäre Bindungen können auch die Migration von EU-Staatsangehörigen betreffen, siehe dazu Kapitel 2.

## **Grundsätze des Familiennachzugs**

Der Familiennachzug bezeichnet den Nachzug von im Ausland lebenden Familienangehörigen und ist grundsätzlich begrenzt auf die Kernfamilie, d. h. die Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder den Ehe- bzw. Lebenspartner und minderjährige ledige Kinder bzw. Eltern von minderjährigen Kindern. Sonstige Familienmitglieder können nur in Ausnahmefällen nachziehen. Zudem setzt der Familiennachzug in der Regel voraus, dass der Lebensunterhalt für nachziehende Familienangehörige ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gesichert ist (§ 27 Abs. 3 AufenthG; § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG; Ausnahme etwa in § 29 Abs. 2 AufenthG) sowie ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG, Ausnahme etwa in § 29 Abs. 2 AufenthG). Auch Aufenthaltstitel aus familiären Gründen berechtigen zur Ausübung jeder Erwerbstätigkeit (§ 4a AufenthG).

## **Familiennachzug zu ausländischen Staatsangehörigen**

Voraussetzung für den Familiennachzug zu einem Drittstaatsangehörigen ist grundsätzlich, dass die bereits hier lebende ausländische Person eine Niederlassungserlaubnis, eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU, eine Aufenthaltserlaubnis, eine Blaue Karte EU oder eine (Mobiler-) ICT-Karte besitzt oder sich gemäß § 18e AufenthG (kurzfristige Mobilität für Forscherinnen und Forscher) berechtigt im Bundesgebiet aufhält und ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht (§ 29 Abs. 1 AufenthG). Jedoch können die Referenzperson und deren Angehörige auch gleichzeitig Visaanträge an einer Auslandsvertretung stellen, wenn die gemeinsame Übersiedlung geplant ist und die Erteilungsvoraussetzungen für alle Familienmitglieder vorliegen.

Bei verheirateten Paaren müssen in der Regel beide das 18. Lebensjahr vollendet haben (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG). Die nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der Ehe- bzw. Lebenspartner muss in der Regel vor der Einreise einfache Deutschkenntnisse<sup>95</sup> nachweisen (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG). Hierzu gibt es jedoch eine Reihe von Ausnahmen (§ 30 Abs. 1 S. 2 und S. 3 Nr. 1 bis Nr. 8 AufenthG). Ausnahmen, bei denen der Nachweis von Sprachkenntnissen nicht erforderlich ist, werden in der Infobox „Ausnahmen von der Nachweispflicht einfacher deutscher Sprachkenntnisse im Familiennachzug“ zusammengefasst. Die Aufenthaltserlaubnis kann ansonsten bei fehlender Volljährigkeit zur Vermeidung einer besonderen Härte abweichend von § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG erteilt werden (§ 30 Abs. 2 AufenthG).

---

<sup>94</sup> Für diese gilt das EU-Freizügigkeitsrecht.

<sup>95</sup> Einfache Sprachkenntnisse entsprechen der ersten Stufe (A1) auf der sechsstufigen Kompetenzskala des GER.

Infobox: Ausnahmen von der Nachweispflicht einfacher deutscher Sprachkenntnisse im Familiennachzug	
<b>Rechtliche Regelung</b>	Der Nachweis von einfachen deutschen Sprachkenntnissen ist nicht erforderlich, wenn ...
<b>§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 AufenthG</b>	<b>Humanitärer Titel:</b> ... der bereits in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige einen Aufenthaltstitel als Resettlement-Flüchtling (nach § 23 Abs. 4 AufenthG) <sup>96</sup> besitzen, asylberechtigt sind, oder einen Schutzstatus als GFK-Flüchtling oder einen subsidiären Schutzstatus innehaben und die Ehe- bzw. Lebenspartnerschaft bereits bestand, als die Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der Ehe- bzw. Lebenspartner ihren oder seinen Lebensmittelpunkt nach Deutschland verlegt hat.
<b>§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 AufenthG</b>	<b>Gesundheit:</b> ... die nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartner aufgrund einer im Einzelfall festgestellten körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung oder Krankheit nicht in der Lage ist, einfache deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen.
<b>§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 3 AufenthG</b>	<b>Geringer Integrationsbedarf:</b> ... bei der nachziehenden Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder dem Ehe- bzw. Lebenspartner nach Einzelfallprüfung ein erkennbar geringer Integrationsbedarf besteht.
<b>§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 AufenthG</b>	<b>Visumsfreier Aufenthalt:</b> ... die Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder der Ehe- bzw. Lebenspartner eine Staatsangehörigkeit besitzt, die auch für einen Aufenthalt, der kein Kurzaufenthalt ist, die visumfreie Einreise und den visumfreien Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet.
<b>§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 5 AufenthG</b>	<b>Blaue Karte EU/ICT-Karte/Mobiler-ICT-Karte/Forschende/mobile Forschende:</b> ... der bereits in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige im Besitz einer Blauen Karte EU, ICT-Karte oder Mobiler-ICT-Karte sind oder eine Aufenthaltserlaubnis als (mobile) Forschende haben.
<b>§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG</b>	<b>Härtefall:</b> ... es der Ehe- bzw. Lebenspartnerin oder dem Ehe- bzw. Lebenspartner aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalles nicht möglich oder nicht zumutbar ist, vor der Einreise einfache deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben. <sup>97</sup>
<b>§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 7 AufenthG</b>	<b>Besonderer Aufenthaltstitel</b> ... der bereits in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige, die einen Aufenthaltstitel nach § 18c Abs. 3 AufenthG als Hochqualifizierte bzw. Hochqualifizierter oder nach § 21 AufenthG als Selbstständige besitzen und die Ehe bereits bestand, als sie ihren Lebensmittelpunkt in das Bundesgebiet verlegten.
<b>§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 8 AufenthG</b>	<b>Niederlassungserlaubnis und Daueraufenthalt-EU</b> ... der bereits in Deutschland lebende Drittstaatsangehörige unmittelbar vor der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU Inhaberinnen und Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18d AufenthG als Forschende waren.

<sup>96</sup> Durch das am 1. August 2015 in Kraft getretene „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ wurde in das Aufenthaltsgesetz der § 23 Abs. 4 AufenthG eingefügt (BGBl. 2015 Teil I Nr. 32: 1386ff.). Aufgrund dieser Regelung kann das BMI im Rahmen der Neuansiedlung von Schutzsuchenden im Benehmen mit den obersten Landesbehörden anordnen, dass das BAMF bestimmten, für eine Neuansiedlung ausgewählten Schutzsuchenden (Resettlement-Flüchtlinge) eine Aufnahmezusage erteilt. Vgl. hierzu Kapitel 3.4.5.

<sup>97</sup> Die Härtefallklausel des § 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG wurde mit dem „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ in das Aufenthaltsgesetz aufgenommen. Das Vorliegen eines Härtefalls ist im Rahmen des Visumverfahrens durch die zuständige Auslandsvertretung zu beurteilen. Ein Härtefall kann beispielsweise gegeben sein, wenn es dem ausländischen Ehe- bzw. Lebenspartner oder der ausländischen Ehe- bzw. Lebenspartnerin nicht zugemutet werden kann, vor der Einreise Bemühungen zum Erwerb einfacher deutscher Sprachkenntnisse zu unternehmen, oder es ihr oder ihm trotz ernsthafter Bemühungen von etwa einem Jahr Dauer nicht gelungen ist, das erforderliche Sprachniveau zu erreichen. Für die Dauer der Corona-Pandemie wurde der Zeitraum für ernsthafte Bemühungen auf in der Regel 6 Monate reduziert. Diese Rechtsänderung dient insbesondere der Umsetzung des Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) vom 10. Juli 2014 (Urteil in der Rechtssache C-138/13, vgl. dazu die Pressemitteilung Nr. 96/14 des EuGHs). Dort wurde entschieden, dass das 2007 eingeführte ausnahmslose Spracherfordernis nicht mit der sogenannten Stillhalteklausele des Assoziierungsabkommens mit der Türkei vereinbar ist. Der Sprachnachweis im Herkunftsland erschwere die Familienzusammenführung und stelle deshalb eine neue Beschränkung der Ausübung der Niederlassungsfreiheit durch türkische Staatsangehörige im Sinne dieser Klausel dar. Der EuGH hielt jedoch auch fest, dass die Einführung einer neuen Beschränkung zugelassen werden könne, sofern sie durch einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses gerechtfertigt und geeignet ist, „die Erreichung des angestrebten legitimen Zieles zu erreichen“, und nicht über das hierfür Erforderliche hinausgehe. Da der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz generell gilt, ist die Möglichkeit der Berücksichtigung besonderer Umstände des Einzelfalles von grundsätzlicher Bedeutung, so dass zur Klarstellung für den Nachzug von Eheleuten bzw. Lebenspartnerin oder Lebenspartner eine allgemeine Härtefallklausel in das Aufenthaltsgesetz eingeführt wurde (§ 30 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 AufenthG).

## **Familiennachzug zu Inhaberinnen und Inhabern humanitärer Titel**

Bei Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen sowie Resettlement-Flüchtlingen ist zur Wahrung der Familieneinheit vom Nachweis ausreichenden Wohnraums und hinreichender Lebensunterhaltssicherung abzusehen, wenn der Antrag innerhalb von 3 Monaten nach der unanfechtbaren Anerkennung bzw. nach Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gestellt wird und die Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft in einem Staat, der nicht Mitglied der EU ist und zu dem die ausländische Person oder ihre Familienangehörigen eine besondere Bindung haben, grundsätzlich nicht möglich ist (§ 29 Abs. 2 AufenthG). Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte im Sinne des § 4 Abs. 1 AsylG, denen nach dem 17. März 2016 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, wurde zwischenzeitlich bis zum 16. März 2018 ausgesetzt (§ 104 Abs. 13 AufenthG). Diese zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten wurde bis zum 31. Juli 2018 verlängert. Seit dem 1. August 2018 kann aus humanitären Gründen monatlich bis zu 1.000 Familienangehörigen von subsidiär schutzberechtigten Personen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden (§ 36a AufenthG).<sup>98</sup> Humanitäre Gründe liegen beispielsweise nach § 36a Abs. 2 Nr. 2 AufenthG insbesondere dann vor, wenn die Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft seit langer Zeit nicht möglich ist oder ein minderjähriges lediges Kind betroffen ist. Das Kindeswohl ist besonders zu berücksichtigen.

Der Familiennachzug zu Personen, die über bestimmte humanitäre Aufnahmeprogramme nach Deutschland gekommen sind oder für die ein (nationales) Abschiebungsverbot festgestellt worden ist, ist nur aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland möglich (§ 29 Abs. 3 AufenthG).

## **Familiennachzug von Kindern**

Der Nachzug von Kindern zu ausländischen Eltern bzw. einem ausländischen Elternteil richtet sich nach § 32 AufenthG. Einem minderjährigen ledigen Kind ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn beide Eltern oder der allein personensorgeberechtigte Elternteil einen der in § 32 Abs. 1 AufenthG genannten Aufenthaltstitel besitzen. Kinder von Personen, die sich gemäß § 18e AufenthG (kurzfristige Mobilität für Forschende) berechtigt im Bundesgebiet aufhalten, benötigen keinen Aufenthaltstitel (§ 32 Abs. 5 AufenthG).

Hat das minderjährige ledige Kind das 16. Lebensjahr bereits vollendet und verlegt es seinen Lebensmittelpunkt nicht zusammen mit den Eltern oder dem allein personensorgeberechtigten Elternteil in das Bundesgebiet, muss das Kind zusätzlich die deutsche Sprache beherrschen<sup>99</sup> oder es muss als gewährleistet erscheinen, dass es sich aufgrund seiner bisherigen Ausbildung in die Lebensverhältnisse in Deutschland einfügen kann.

Diese letztgenannten besonderen Voraussetzungen entfallen jedoch, wenn beide Eltern oder der allein sorgeberechtigte Elternteil eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Asylberechtigung oder des Status als international Schutzberechtigte oder Resettlement-Flüchtling oder im Anschluss daran eine Niederlassungserlaubnis besitzt (§ 32 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 AufenthG). Ebenso entfallen sie, wenn beide Eltern bzw. ein

---

<sup>98</sup> Die § 22 AufenthG (Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen) und § 23 AufenthG (Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden; Aufnahme bei besonders gelagerten politischen Interessen; Neuansiedlung von Schutzsuchenden) bleiben unberührt.

<sup>99</sup> Gemäß § 2 Abs. 12 AufenthG beherrscht eine ausländische Person die deutsche Sprache, wenn ihre Sprachkenntnisse dem Niveau C 1 des GER entsprechen.

Elternteil Inhaberin oder Inhaber eines in § 32 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 AufenthG enumerativ aufgeführten Aufenthaltstitels, wie beispielsweise einer Blauen Karte EU, sind. Im Übrigen kann dem minderjährigen ledigen Kind einer ausländischen Person eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn es aufgrund der Umstände des Einzelfalls unter Berücksichtigung des Kindeswohls und der familiären Situation zur Vermeidung einer besonderen Härte erforderlich ist (§ 32 Abs. 4 AufenthG). Der Kindernachzug zu Eltern, denen subsidiärer Schutz zuerkannt wurde, richtet sich seit dem 1. August 2018 nach § 36a AufenthG; hierbei bleibt die Möglichkeit einer Aufnahme nach den §§ 22 und 23 AufenthG jedoch unberührt.

### **Elternnachzug und Familiennachzug von sonstigen Familienangehörigen**

Eltern eines minderjährigen Asylberechtigten oder anerkannten GFK-Flüchtlings oder Resettlement-Flüchtlings ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn sich kein sorgeberechtigter Elternteil im Bundesgebiet aufhält (§ 36 Abs. 1 AufenthG). Den Eltern eines subsidiär Schutzberechtigten kann gemäß § 36a Abs. 1 S. 2 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Der Nachzug Familienangehöriger, die nicht zur sogenannten Kernfamilie zählen, kann in Ausnahmefällen gewährt werden, wenn es zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte, die familienbezogen sein muss, erforderlich ist (§ 36 Abs. 2 AufenthG).

### **Familiennachzug zu deutschen Staatsangehörigen**

Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen oder Ehe- bzw. Lebenspartnern, minderjährigen ledigen Kindern sowie dem Elternteil eines minderjährigen Kindes zur Ausübung der Personensorge wird nach § 28 Abs. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn das Familienmitglied, zu dem ein Nachzug erfolgen soll, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Dem minderjährigen ledigen Kind sowie dem Elternteil eines minderjährigen ledigen Kindes ist abweichend von der Regelerteilungsvoraussetzung des gesicherten Lebensunterhalts nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen (§ 28 Abs. 1 S. 2 AufenthG). Dem Ehe- bzw. Lebenspartner oder der Ehe- bzw. Lebenspartnerin von deutschen Staatsangehörigen soll die Aufenthaltserlaubnis in der Regel abweichend von § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG erteilt werden. Auch hier gilt, dass die Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. der Ehe- bzw. Lebenspartner sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können muss (§ 28 Abs. 1 S. 5 i. V. m. § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG).

### **Datengrundlage**

Eine Grundlage für die Erfassung des Familiennachzugs ist die Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Sie weist diejenigen Fälle aus, in denen in einer deutschen Vertretung im Ausland ein Visum auf Nachzug eines Familienangehörigen erteilt worden ist. Dabei kann nicht automatisch auf die Staatsangehörigkeit der Antragstellerinnen und Antragsteller geschlossen werden. Die Visastatistik weist diese nicht aus, sondern bezieht sich auf den jeweiligen Ort der Antragstellung.<sup>100</sup> Ob das erteilte Visum im Anschluss auch tatsächlich zur Einreise nach Deutschland genutzt wurde und ob in Deutschland tatsächlich ein Aufenthaltstitel aus familiären Gründen beantragt und gewährt wurde, lässt sich anhand dieser Zahlen nicht darstellen.

---

<sup>100</sup> Beispielsweise ist im Falle Libanons anzunehmen, dass libanesische Staatsangehörige in der Regel bei der deutschen Vertretung in Beirut vorstellig werden, um ein Visum für die Familienzusammenführung zu erhalten. Zugleich beantragen u.a. auch Staatsangehörige aus Syrien dort Visa zum Zweck des Familiennachzugs. Vgl. Deutscher Bundestag 2022b.

Seit dem Jahr 2005 kann neben der Visastatistik des Auswärtigen Amtes auch das AZR als Datenquelle für den Familiennachzug genutzt werden. Das AZR liefert insofern ein umfassenderes Bild, da es die Fälle erfasst, in denen Drittstaatsangehörige nach Einreise in Deutschland im selben Jahr – nach Antragstellung – einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen erhalten haben. Außerdem weist das AZR als Datenquelle die Staatsangehörigkeit dieser Person aus. Darüber hinaus können ausländische Personen, die ursprünglich zu einem anderen Zweck (z. B. zur Erwerbstätigkeit, Ausbildung) nach Deutschland eingereist sind, durch einen Statuswechsel zu einem späteren Zeitpunkt eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erhalten, etwa aufgrund einer Eheschließung im Inland. Diese Fälle gehen nicht in die im Folgenden dargestellten Daten aus der Visastatistik des Auswärtigen Amtes bzw. aus dem AZR ein.

Der Familiennachzug unterteilt sich in den Nachzug von Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern, den Nachzug von minderjährigen Kindern sowie den von sonstigen Familienangehörigen zu ausländischen oder deutschen Staatsangehörigen. Seit dem Berichtsjahr 2018 wird der Nachzug zu minderjährigen Kindern in der Visastatistik getrennt ausgewiesen, zuvor wurde diese Gruppe unter der Kategorie „sonstige Familienangehörige“ erfasst.

Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung des Familiennachzugs seit 2010 anhand der Visastatistik des Auswärtigen Amtes nachgezeichnet. Im Anschluss daran wird der Familiennachzug auf der Basis des AZR dargestellt.

### **3.5.1 Familiennachzug nach der Visastatistik**

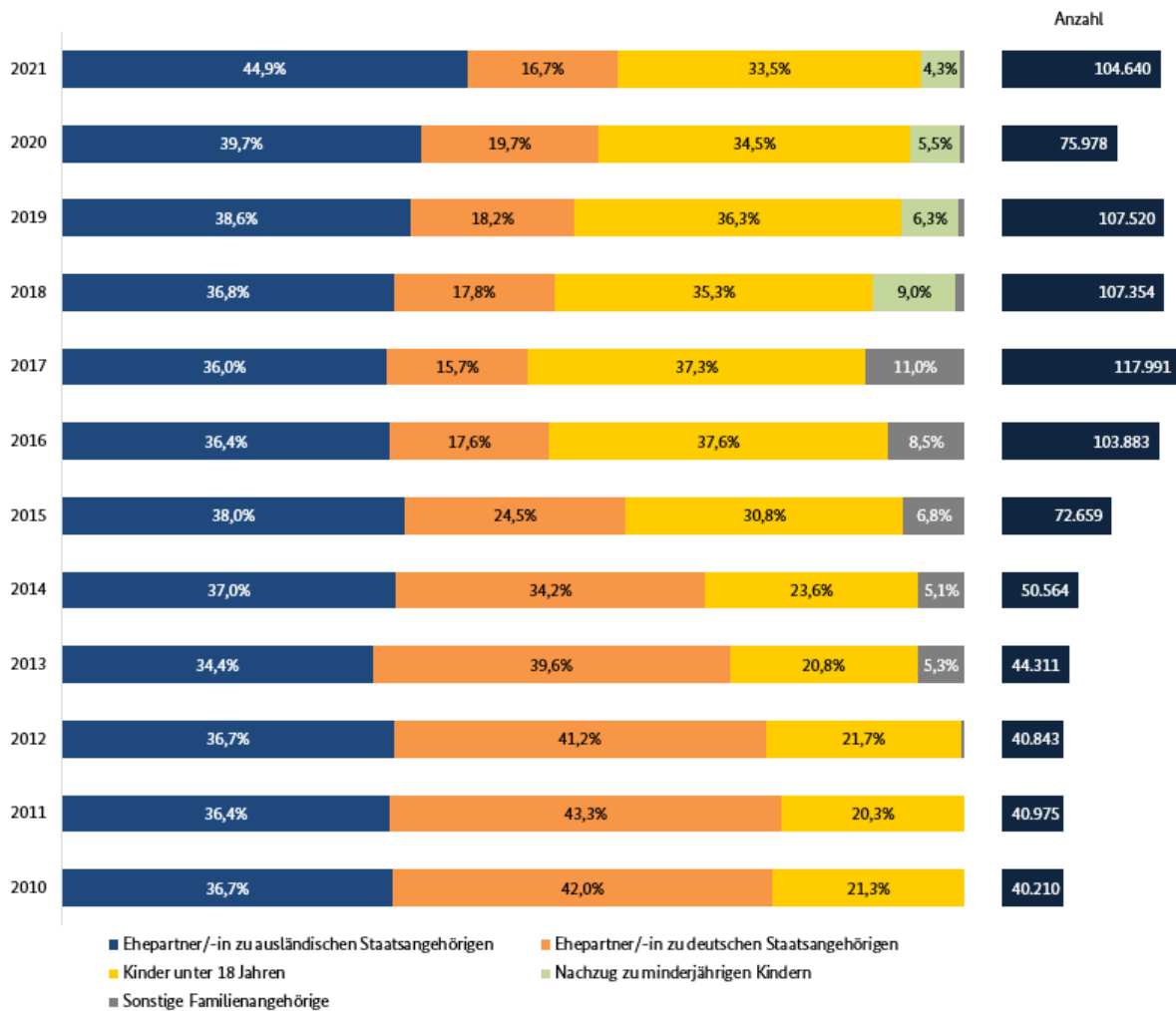
Im Regelfall ist es für den Familiennachzug erforderlich, dass von der deutschen Auslandsvertretung nach Zustimmung der örtlichen Ausländerbehörde vor der Einreise ein Visum zum Zwecke der Familienzusammenführung erteilt wird. Staatsangehörige von Australien, Israel, Japan, Kanada, der Republik Korea, Neuseeland und den USA benötigen kein entsprechendes Visum<sup>101</sup>, ebenso wie Staatsangehörige von Andorra, Brasilien, El Salvador, Honduras, Monaco und San Marino unter den weiteren genannten Voraussetzungen des § 41 Abs. 2 AufenthV. EU-Staatsangehörige sowie Staatsangehörige der anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz sind freizügigkeitsberechtigt und können daher unabhängig davon, zu wem sie nachziehen, visumfrei einreisen. Die Erteilung von Visa an sonstige Familienangehörige wird in der Visastatistik des Auswärtigen Amtes erst seit dem Jahr 2012 separat ausgewiesen.

---

<sup>101</sup> Staatsangehörige dieser Länder können einen erforderlichen Aufenthaltstitel auch nach der Einreise einholen (§ 41 Abs. 1 AufenthV).



Abbildung 3-34: Erteilte Visa für den Familiennachzug seit 2010



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Die Kategorien zu Ehepartnerinnen und Ehepartnern beinhalten auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartner. Der Nachzug zu minderjährigen Kindern wurde im Berichtsjahr 2018 erstmals getrennt ausgewiesen, zuvor war diese Gruppe unter der Kategorie „sonstige Familienangehörige“ erfasst.

Quelle: BMI mit Rückgriff auf Daten aus dem Auswärtigen Amt

In den Jahren 2010 bis 2012 blieb die Zahl der Visumerteilungen zum Zweck des Familiennachzugs relativ konstant. Seit 2013/2014 stiegen die Zahlen jedoch deutlich an. Nachdem die Zahl der Erteilungen zwischen 2015 und 2016 um 43,0 % gestiegen ist, wurde im Jahr 2017 erneut ein Zuwachs um 13,6 % verzeichnet. Die erhebliche Zunahme im Jahr 2015 hängt wesentlich mit den Staatsangehörigen Syriens zusammen, die in die Anrainerstaaten (v. a. Türkei, Libanon, Jordanien) flüchteten. In den Jahren 2017 bis 2019 lag die Zahl der Erteilungen jeweils bei über 100.000 Visa. Im Jahr 2020 ging die Zahl um 29,3 % auf 75.978 zurück (2019: 107.520), was wesentlich mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zusammenhing<sup>102</sup>. Die Anzahl der erteilten Visa stieg im Jahr 2021 wieder auf 104.640 an (+37,7 %) und erreicht somit fast das Niveau von 2019 (vgl. Abbildung 3-34 und Tabelle 3-39 im Anhang).

Bei der Betrachtung der Zahl der erteilten Visa zum Zuzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen oder Ehe- bzw. Lebenspartnern zeigt sich, dass die Visa für den Zuzug von ausländischen zu deutschen Staatsange-

<sup>102</sup> Vgl. BMI/BAMF 2022: 117

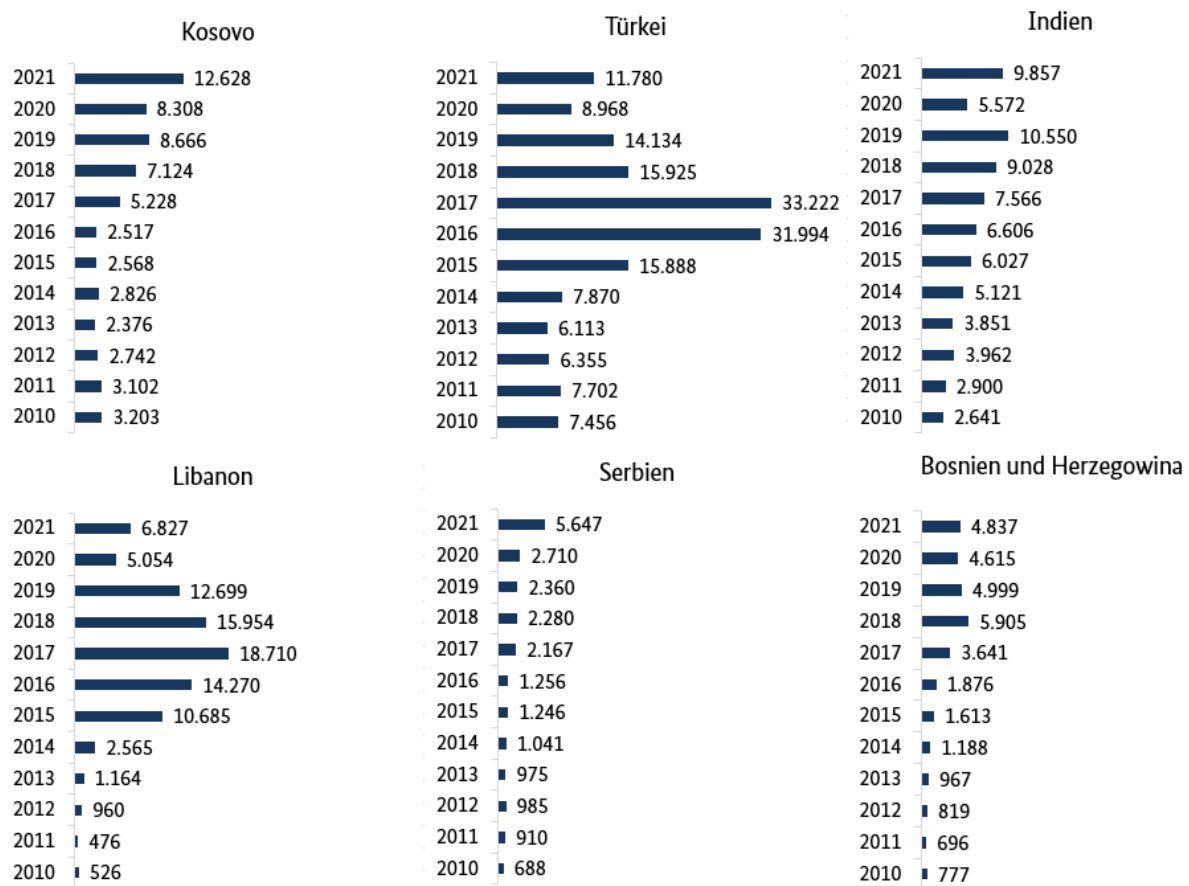
hörigen zwischen 2010 und 2013 zahlreicher waren als die für den Nachzug zu ausländischen Staatsangehörigen. Seitdem nahm der Anteil der Visa zum Zweck des Nachzugs zu deutschen Staatsangehörigen ab, während der Anteil der Visa zum Zweck des Nachzugs zu ausländischen Staatsangehörigen konstant blieb. Visa für den Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu ausländischen Staatsangehörigen bildeten 2021 die zahlenmäßig stärkste Gruppe mit einem Anteil von 44,9 % an allen erteilten Visa zum Familiennachzug. Der Anteil der Visa für Eheleute bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, die zu einer deutschen Person nachzogen, lag bei 16,7 %, im Vorjahr betrug dieser Anteil noch 19,7 % (vgl. Abbildung 3-34). Insgesamt wurden 46.959 Visa für den Nachzug zu in Deutschland lebenden ausländischen Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen oder Ehe- bzw. Lebenspartnern sowie 17.499 Visa für den Nachzug zu deutschen Ehe- oder Lebenspartnerinnen bzw. Ehe- oder Lebenspartnern erteilt (2020: 30.185 Visa für den Familiennachzug zu ausländischen Personen und 14.984 für den Nachzug zu deutschen Staatsangehörigen).

Nachdem sich der Anteil der Visa zum Zweck des Kindernachzugs am Gesamtfamiliennachzug im Zeitraum von 2010 bis 2014 relativ konstant zwischen 20 % und 25 % bewegte, nahm dieser ab dem Jahr 2015 deutlich zu. Diese Entwicklung stand im Zusammenhang mit der gestiegenen Folgemigration zu anerkannten Schutzberechtigten. 2021 wurden 35.078 Visa an nachziehende Kinder erteilt (+33,8 % im Vergleich zu 2020). Das entsprach einem Anteil von 33,5 % an allen nachgereisten Familienangehörigen (vgl. Abbildung 3-34 und Tabelle 3-39 im Anhang). Seit 2018 wird der Nachzug zu minderjährigen Kindern getrennt ausgewiesen. 2021 wurden 4.525 Visa aus diesem Grund ausgestellt. Der Anteil an allen ausgestellten Visa ging seit 2018 von 9,0 % auf 4,3 % im Jahr 2021 zurück. Auf sonstige Familienangehörige entfielen 0,6 % aller Visa.

Im Jahr 2021 wurden im Kosovo die meisten Visa zum Zweck des Familiennachzugs ausgestellt (12,1 % bzw. 12.628, 2020: 8.308) (vgl. Abbildung 3-35). Die größte Gruppe mit einem Anteil von 50,7 % bildete dabei der Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu ausländischen Personen. Im Jahr 2020 wurden dazu in den deutschen Auslandsvertretungen im Kosovo 6.404 Visa ausgestellt. 39,3 % bzw. 4.960 Visa wurden zum Zweck des Nachzugs von Kindern vergeben, 1.137 Visa bzw. 9,0 % für den Nachzug von Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern zu deutschen Staatsangehörigen und 123 Visa bzw. 1,0 % zum Zweck des Nachzugs von Eltern zu ihren minderjährigen Kindern (vgl. Abbildung 3-36 und Tabelle 3-40 im Anhang).

Die Türkei rangiert mit 11.780 Visa zum Zweck des Familiennachzugs auf dem zweiten Platz (2020: 8.968). Damit kommt die Türkei mit einem Anteil von 11,3 % am gesamten Familiennachzug auf ein ähnliches Niveau wie der Kosovo. Im Einzelnen wurden 4.647 (39,4 %) Visa zum Zweck des Nachzugs von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu ausländischen Staatsangehörigen erteilt und 2.943 Visa (25,0 %) für den Nachzug von Kindern. Der Nachzug zu deutschen Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern fiel mit 2.881 Visa nur geringfügig kleiner aus (24,5 %).

Abbildung 3-35: Erteilte Visa für den Familiennachzug nach Deutschland nach ausgewählten Standorten der Auslandsvertretungen seit 2010



Quelle: BMI mit Rückgriff auf Daten aus dem Auswärtigen Amt

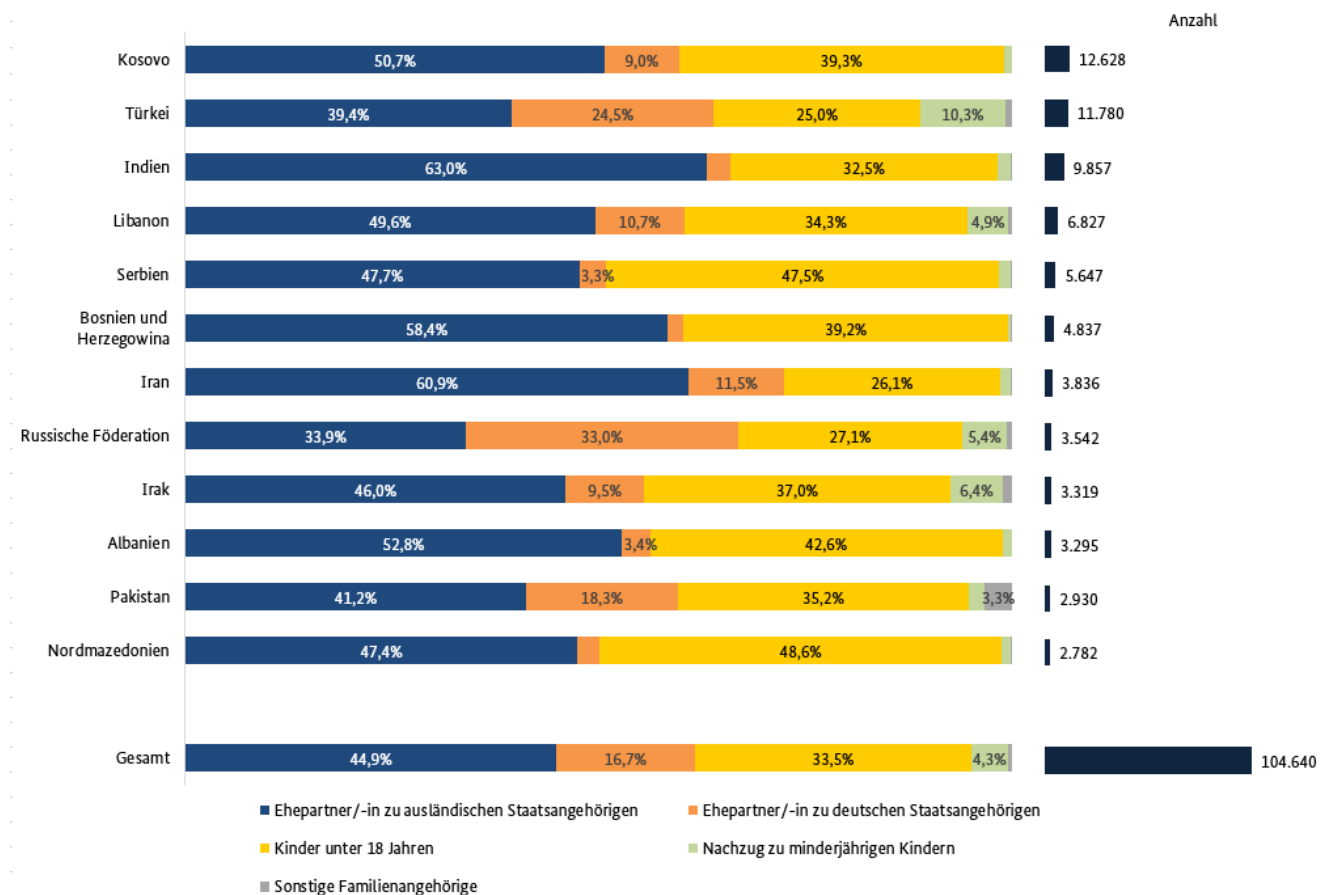
Auf Rang 3 liegt Indien mit 9,4 % der erteilten Visa (9.857) für den Familiennachzug (2020: 5.572). Im Libanon wurden 6.827 Visa zum Zweck des Familiennachzuges erteilt, in Serbien 5.647, in Bosnien und Herzegowina 4.837, im Iran 3.836, in der Russischen Föderation 3.542 und im Irak 3.319 (vgl. Tabelle 3-39 im Anhang).

Die Einschränkungen der Visavergabe durch die COVID-19-Pandemie schlugen sich im Vorjahr in den Erteilungszahlen der einzelnen Länder unterschiedlich stark nieder. Insgesamt gingen die Zahlen 2020 deutlich zurück. Dieser Trend hat sich nun umgekehrt und die Erteilungszahlen steigen wieder. Unter den 10 Ländern mit den meisten Erteilungen erhöhten die Zahlen 2021 besonders stark in Serbien (+108,4 %), im Iran (+107,4 %), in Indien (+76,9 %), im Kosovo (+52,0 %) und im Irak (+40,7 %) (vgl. Tabelle 3-39 im Anhang).

Bei Visumserteilungen in Indien überwiegt der Nachzug zu ausländischen Staatsangehörigen, dessen Anteil im Jahr 2021 63,0 % betrug. Im Iran liegt der Anteil bei 60,9 %. Auch beim Nachzug aus den Ländern des Westbalkans Bosnien und Herzegowina (58,49 %), Nordmazedonien (47,4 %), Albanien (52,8 %), Kosovo (50,7 %) und Serbien (47,7 %) ist dieser Anteil überproportional hoch. Ein überdurchschnittlich hoher

Anteil des Kindernachzugs am Familiennachzug ist insbesondere im Falle Albaniens (42,6 %), Nordmazedoniens (48,6 %), Serbiens (47,5%) und beim Kosovo (39,3 %) festzustellen (vgl. Abbildung 3-36 und Tabelle 3-39 im Anhang). Aus der Russischen Föderation (33,0 %), aus der Türkei (24,5 %) und aus Pakistan (18,3 %) ist ein überproportional hoher Nachzug zu deutschen Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern festzustellen (vgl. Abbildung 3-36 und Tabelle 3-39 im Anhang).

Abbildung 3-36: Erteilte Visa für den Familiennachzug nach ausgewählten Standorten der Auslandsvertretungen im Jahr 2021



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Die Kategorien zu Ehepartnerinnen und Ehepartnern beinhalten auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

Quelle: BMI mit Rückgriff auf Daten aus dem Auswärtigen Amt

### 3.5.2 Familiennachzug nach dem AZR

Der Familiennachzug lässt sich anhand des AZR durch die dort vorgenommene Speicherung der Aufenthaltstitel differenzierter darstellen als durch die Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Das AZR erfasst die Fälle, in denen ausländische Personen eingereist sind und im Anschluss daran auf Antrag einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen in Deutschland erhalten haben. Im Gegensatz zur Visastatistik wird der Familiennachzug im AZR nach der Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen gespeichert und nicht nach dem Ausstellungsort des Visums. Im AZR sind auch solche Fälle erfasst, in denen zunächst aus einem anderen Grund eine Einreise erfolgt ist oder eine Berechtigung zur visumfreien Einreise bestand und erst nach Einreise ein Aufenthaltstitel beantragt wurde (dies trifft beispielsweise auf Staatsangehörige aus den

Vereinigten Staaten, Kanada und Japan zu). Darüber hinaus kann der tatsächlich erfolgte Familiennachzug nach Staatsangehörigkeit und Alter differenziert werden.

Insgesamt wurden 81.705 Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen an Personen erteilt, die im Jahr 2021 eingereist sind (2020: 58.022) (vgl. Abbildung 3-37). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der erteilten Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen um 40,8 % (vgl. Tabelle 3-40 im Anhang). In 9.128 Fällen handelt es sich dabei um Angehörige von Schutzberechtigten<sup>103</sup>, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland gekommen sind. Ihr Anteil am gesamten Familiennachzug beträgt somit 11,2 %. Darunter befinden sich 4.321 Kinder, die zu einem Elternteil nachgezogen sind (47,3 %). Die Anzahl nachziehender Familienangehöriger von subsidiär Schutzberechtigten nach § 36a Abs. 1 AufenthG war mit 2.838 Zuzügen deutlich niedriger als die Anzahl der dafür erteilten Visa mit 5.958. Darunter waren 1.850 Kinder, die zu ihren subsidiär schutzberechtigten Eltern zugewandert sind (58,2 %).

Die Anzahl an Aufenthaltserlaubnissen aus familiären Gründen stimmt nicht mit der Zahl der erteilten Visa in der Statistik des Auswärtigen Amtes (104.640) überein. Dies liegt einerseits daran, dass Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen auch an Personen erteilt werden können, die zunächst aus einem anderen Grund eingereist sind. Zudem wird im AZR auch der Nachzug von Staatsangehörigen erfasst, die visumfrei in das Bundesgebiet einreisen können. Andererseits reisen nicht notwendigerweise alle Personen nach Deutschland ein, die in den Auslandsvertretungen ein Visum erhalten haben.

2021 wurden 37.654 Aufenthaltserlaubnisse an nachziehende Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen erteilt und damit 46,1 % aller Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen (vgl. Tabelle 3-41 im Anhang). Davon zogen 10.710 Frauen zu einem bzw. einer deutschen und 26.944 zu einem bzw. einer ausländischen Staatsangehörigen. 14,2 % der Aufenthaltserlaubnisse wurde an nachziehende männliche Ehe- bzw. Lebenspartner erteilt (11.579). Der Großteil davon betraf den Nachzug zu deutschen Partnerinnen (6.276 Aufenthaltserlaubnisse). Insgesamt sind 32.247 Eheleute bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner zu Drittstaatsangehörigen nachgezogen, darunter 6.505 Personen zu Inhaberinnen und Inhabern einer Blauen Karte EU (2020: 4.012).

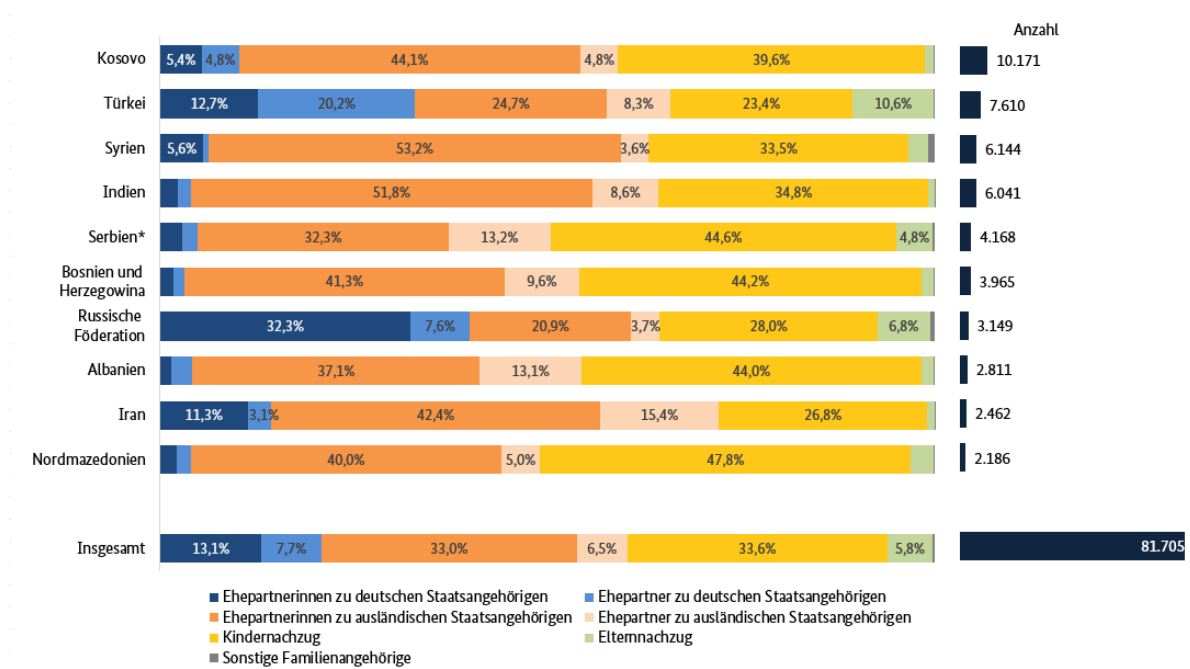
Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl nachziehender Kinder, der Anteil ging jedoch leicht zurück (33,6 % bzw. 27.447, 2020: 33,8 % bzw. 19.598). 26.561 der Kinder unter 18 Jahren, die im Rahmen des Familiennachzugs im Jahr 2020 nach Deutschland kamen, zogen zu einem ausländischen Elternteil (Anteil: 96,7 %). 4.403 Kinder zogen zu Elternteilen nach, die sich mit einer Blauen Karte EU in Deutschland aufhielten.

Auf nachziehende Elternteile minderjähriger deutscher und ausländischer Kinder (§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AufenthG, § 28 Abs. 1 S. 4 AufenthG, § 36 Abs. 1 AufenthG und § 36a AufenthG) entfielen 4.727 Aufenthaltserlaubnisse (5,8 %). Der Großteil hiervon betraf einen ausländischen Elternteil eines deutschen minderjährigen ledigen Kindes (4.201 Aufenthaltserlaubnisse). An sonstige Familienangehörige wurden 298 Aufenthaltserlaubnisse erteilt (0,4 %).

---

<sup>103</sup> Angehörige von Asylberechtigten, anerkannten Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten.

Abbildung 3-37: Familiennachzug (erteilte Aufenthaltserlaubnisse) nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2021



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Die Kategorien zu Ehepartnerinnen und Ehepartnern beinhalten auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

\*) Inkl. ehem. Serbien und Montenegro.

Quelle: Ausländerzentralregister

Von 2015 bis 2019 hatten die meisten Personen, denen eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erteilt wurde, die syrische Staatsangehörigkeit, nachdem seit Beginn der Erfassung im Jahr 2005 durchgängig bis 2014 nachziehende türkische Staatsangehörige die größte Gruppe bildeten. Seit 2020 ist die größte Gruppe nun die der kosovarischen Staatsangehörigen mit 10.171 Aufenthaltserlaubnisse im Jahr 2021. Die Migration aus familiären Gründen aus diesem Herkunftsland stieg um 73,1 % im Vergleich zum Vorjahr an. Der Anteil kosovarischer Staatsangehöriger am gesamten Familiennachzug liegt somit bei 12,4 %.

Die zweitgrößte Gruppe sind türkische Staatsangehörige. An diese wurden im Jahr 2021 7.610 Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen erteilt, 35,1 % mehr als im Vorjahr (2020: 5.632 Aufenthaltserlaubnisse). Dies entspricht einem Anteil von 9,3 %.

Seit 2018 ging der Familiennachzug von syrischen Staatsangehörigen erheblich zurück. Dieser Trend setzt sich im Jahr 2021 mit einem Anstieg um 57,5 % (2021: 6.144, 2020: 3.900) jedoch nicht weiter fort. Der Anteil syrischer Staatsangehöriger am gesamten Familiennachzug liegt im Jahr 2021 bei 7,5 %. Nachziehende Kinder machen dabei einen Anteil von 33,5 % aus (vgl. Abbildung 3-37 und Tabelle 3-40 sowie Tabelle 3-41 im Anhang).

Betrachtet man die Struktur des Familiennachzugs anhand der ausgewählten Staatsangehörigkeiten, so zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen diesen. Teilweise war dies in ähnlicher Form schon anhand

der Visastatistik des Auswärtigen Amtes deutlich geworden (vgl. Kapitel 3.5.1). Bei Staatsangehörigen aus der Russischen Föderation dominiert der Nachzug von Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern zu deutschen Staatsangehörigen. Überproportional hoch ist der Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern zu deutschen Staatsangehörigen auch bei Staatsangehörigen aus der Türkei. Bei Staatsangehörigen aus Indien überwiegt dagegen der Nachzug von Ehefrauen bzw. Lebenspartnerinnen zu ausländischen Staatsangehörigen. Zudem ist der Familiennachzug aus dem Westbalkan durch einen hohen Anteil nachziehender Kinder gekennzeichnet (vgl. Abbildung 3-37).

### **Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen zu EU-Staatsangehörigen**

Der Familiennachzug zu EU- bzw. EWR-Staatsangehörigen richtet sich nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU (§ 2 Abs. 1 i. V. m. § 3 FreizügG/EU). Im November 2020 ist zudem ein Aufenthaltsrecht für „nahestehende Person“ (definiert in § 1 Abs. 2 FreizügG/EU) von EU- und EWR-Staatsangehörigen eingeführt worden (§ 3a FreizügG/EU). Nahestehende Personen gelten nicht als Familienangehörige, stehen aber in einem engen familiären oder partnerschaftlichen Verhältnis zur Bezugsperson.

Im Jahr 2021 sind 11.168 drittstaatsangehörige Familienangehörige von EU- bzw. EWR Staatsangehörigen eingereist, denen eine Aufenthaltskarte nach § 5 Abs. 1 S. 1 FreizügG/EU ausgestellt wurde (2020: 10.074 Angehörige). Damit stieg der Zuzug von Familienghörigen aus Drittstaaten gegenüber 2020 um 10,9 %. Unter den 11.168 Familienangehörigen befanden sich 2.159 Staatsangehörige aus der Republik Moldau, 1.503 aus Nordmazedonien, 1.234 aus Serbien (inkl. ehemaliges Serbien und Montenegro), 777 aus Albanien, 671 aus der Ukraine und 568 aus Bosnien und Herzegowina. Zum Ende des Jahres 2021 hatten insgesamt 95.680 drittstaatsangehörige Familienangehörige von EU- bzw. EWR-Staatsangehörigen eine Aufenthaltskarte inne (2020: 92.003). Nach § 3a FreizügG/EU sind im Jahr 2021 zudem 101 „nahestehende Personen“ (s. o.) von EU-Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten eingereist.

### **Sprachprüfungen im Herkunftsland**

Aufgrund der Anforderung des Sprachnachweises beim Nachzug zur ausländischen oder deutschen Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. zum ausländischen oder deutschen Ehe- bzw. Lebenspartner (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 und § 28 Abs. 1 S. 5 AufenthG) müssen nachziehende Personen grundsätzlich einfache Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen. Ausnahmeregelungen dazu sind in der Infobox im Rahmen der Einleitung zu Kapitel 3.5 dargestellt. Die einfachen Kenntnisse der deutschen Sprache werden in der Regel durch die erfolgreiche Teilnahme an einem anerkannten Sprachkurs im Herkunftsland nachgewiesen.

Im Jahr 2021 haben weltweit insgesamt 31.786 Drittstaatsangehörige an der Sprachprüfung „Start Deutsch 1“ des Goethe-Instituts teilgenommen.<sup>104</sup> Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Rückgang um 6,4 % (2020: 33.973). Dieser Rückgang hängt möglicherweise mit andauernden pandemiebedingten Einschränkungen zusammen. Die Bestehensquote<sup>105</sup> bei Personen, die zuvor einen Sprachkurs des Goethe-Instituts besucht haben (interne Prüfungsteilnehmende), betrug 70,4 %; bei externen Prüfungsteilnehmenden lag die Bestehensquote bei 64,8 %. Insgesamt macht die Bestehensquote bei den Sprachprüfungen „Start Deutsch 1“ im Jahr 2021 damit 65,3 % aus und war mehr als 2 Prozentpunkte niedriger als im

<sup>104</sup> Daten basieren auf Mitteilung des Goethe-Instituts vom 1. August 2022. Die Standorte des Instituts, die die SD1-Prüfung anbieten, können abgerufen werden <https://www.goethe.de/de/spr/kup/prf/wwwt.html> (2. August 2022).

<sup>105</sup> Die Bestehensquote bezieht sich auf alle abgelegten Sprachprüfungen (Erst- und Wiederholungsprüfungen).

Vorjahr (67,4%). Betrachtet man die Hauptherkunftsländer des Nachzugs von Ehe- oder Lebenspartnerinnen bzw. Ehe- oder Lebenspartnern, so waren relativ hohe Bestehensquoten in der Russischen Föderation (86,5 %), in Bosnien und Herzegowina (81,6 %), in der Ukraine (80,8 %) und in Thailand (80,2 %) zu verzeichnen. Die niedrigste Bestehensquote unter den Hauptherkunftsländern haben die Türkei<sup>106</sup> (61,0 %), Albanien (57,3 %) und Nordmazedonien (49,2 %) (vgl. Tabelle 3-17).

Tabelle 3-17: Sprachprüfung „Start Deutsch 1“ des Goethe-Instituts in ausgewählten Herkunftsländern im Jahr 2021

Herkunftsland	Gesamtzahlen (intern & extern)		Interne Prüfungsteilneh- mende <sup>1</sup>	Externe Prüfungsteilnehmende	
	Prüfungen (absolut)	Bestehens- quote	Bestehensquote	Bestehensquote	Anteil externer Prüfungsanmeldun- gen an Gesamtzahl Prüfungen
Türkei	6.628	61,0%	78,5%	59,1%	90,0%
Albanien	2.267	57,3%	-	57,3%	100,0%
Nordmazedonien <sup>2</sup>	2.118	49,2%	52,4%	49,1%	99,0%
Irak	1.530	68,2%	70,1%	68,0%	91,7%
Indien	1.429	75,7%	75,0%	75,7%	96,9%
Serbien	1.323	65,2%	73,1%	64,8%	94,9%
Libanon	1.304	65,0%	100,0%	64,9%	99,9%
Pakistan	1.190	64,5%	70,8%	63,9%	90,1%
Nigeria	976	65,6%	51,5%	67,2%	89,4%
Marokko	897	78,8%	64,0%	79,2%	97,2%
Ukraine	809	80,8%	78,5%	81,0%	92,0%
Tunesien	765	66,9%	81,8%	66,7%	98,6%
Russland	764	86,5%	88,6%	86,2%	88,5%
Thailand	653	80,2%	84,1%	79,6%	86,5%
Bosnien-Herzegowina	375	81,6%	72,7%	82,2%	94,1%
Algerien	328	70,1%	0,0%	70,2%	99,4%
Philippinen	313	71,6%	77,6%	70,5%	84,3%
Ägypten	276	64,5%	69,2%	64,0%	90,6%
China	194	79,4%	88,6%	77,4%	82,0%
Vietnam	151	64,9%	71,4%	63,4%	81,5%
<b>Insgesamt</b>	<b>31.786</b>	<b>65,3%</b>	<b>70,4%</b>	<b>64,8%</b>	<b>90,1%</b>

1) Teilnehmende an Sprachkursen des Goethe-Instituts.

2) Inkl. Kosovo.

Quelle: Goethe-Institut 2022

<sup>106</sup> Eine Befragung von Teilnehmenden von Vorbereitungssprachkursen an den Goethe-Instituten in der Türkei hat ergeben, dass die Mehrheit der Befragten die Angebote zur vorintegrativen Sprachförderung als notwendig erachtet und positiv bewertet. So stimmten 87 % der Aussage zu, dass alle Menschen bereits vor der Einreise in das Land, in dem sie künftig leben werden, im Herkunftsländ Sprachkenntnisse erwerben sollten. Vgl. Döhla 2015: 329ff.



### 3.6 Migration aus weiteren aufenthaltsrechtlichen Gründen

Neben den in den vorangehenden Kapiteln dargestellten Zuwanderungsgruppen gibt es noch weitere legale Möglichkeiten der Migration und des Aufenthalts von Drittstaatsangehörigen. Es handelt sich um von bestimmten Voraussetzungen abhängige besondere Aufenthaltsrechte, beispielsweise das Recht auf Wiederkehr von Ausländerinnen und Ausländern (§ 37 AufenthG) und ehemaligen deutschen Staatsangehörigen (§ 38 AufenthG) sowie die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis in begründeten Fällen für einen vom Aufenthaltsgesetz nicht ausdrücklich vorgesehenen Aufenthaltswitz (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG). Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU langfristig aufenthaltsberechtigt sind, erhalten eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie sich länger als 90 Tage im Bundesgebiet aufhalten wollen (§ 38a Abs. 1 AufenthG).<sup>107</sup>

#### Recht auf Wiederkehr

Ausländischen Staatsangehörige, die als Minderjährige rechtmäßig ihren gewöhnlichen Wohnort in Deutschland hatten, kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn sie sich vor ihrer Ausreise 8 Jahre rechtmäßig in Deutschland aufgehalten und 6 Jahre die Schule besucht haben. Zudem muss die Sicherung des Lebensunterhalts gewährleistet sein. Der Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis muss nach Vollendung des 15. und vor Vollendung des 21. Lebensjahres und vor Ablauf von 5 Jahren seit der Ausreise aus Deutschland gestellt werden. Nach § 37 Abs. 2 AufenthG kann u. a. zur Vermeidung besonderer Härten von der Voraussetzung der Dauer des rechtmäßigen Aufenthaltes und des Schulbesuchs sowie dem Zeitfenster zur Antragstellung abgewichen werden.

Nach § 37 Abs. 2a S. 1 AufenthG kann Opfern von Zwangsverheiratungen, die von der Rückkehr nach Deutschland abgehalten wurden, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn sie als Minderjährige in Deutschland aufhältig waren, den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis innerhalb von 3 Monaten nach Wegfall der Zwangslage und vor Ablauf von 5 Jahren seit ihrer Ausreise stellen. Auch muss gewährleistet erscheinen, dass sie sich aufgrund der bisherigen Ausbildung und Lebensverhältnisse in die deutschen Lebensverhältnisse einfügen können. Ein noch weitergehendes Wiederkehrrecht wird durch § 37 Abs. 2a S. 2 AufenthG denjenigen Opfern von Zwangsverheiratungen gewährt, die sich vor ihrer Ausreise bereits mindestens 8 Jahre rechtmäßig in Deutschland aufhielten und 6 Jahre die Schule besuchten. Opfer von Zwangsverheiratungen, die unter diese Personengruppe fallen, können den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis noch bis zu 10 Jahre nach Ausreise stellen.<sup>108</sup>

Personen, die von einem Träger im Bundesgebiet Rente beziehen und in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt sind, wird in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn sie sich vor ihrer Ausreise 8 Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet aufgehalten haben (§ 37 Abs. 5 AufenthG).

#### Ehemalige deutsche Staatsangehörige

Nach § 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG ist einem ehemaligen deutschen Staatsangehörigen eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn er sich bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens 5 Jahren

---

<sup>107</sup> Vgl. Müller 2013.

<sup>108</sup> In den Jahren 2011 bis 2021 sind keine Personen auf der Grundlage dieser Wiederkehrrechte eingereist.

in Deutschland aufhielt. Ehemalige deutsche Staatsangehörige erhalten eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens 1 Jahr ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatten (§ 38 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG). Weitere Erteilungsvoraussetzungen und Ausnahmen regeln die § 38 Abs. 2 bis Abs. 5 AufenthG.

### Nicht vorgesehene Aufenthaltszwecke

Zudem kann einem ausländischen Staatsangehörigen in begründeten Fällen eine Aufenthaltserlaubnis für einen nicht im Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Aufenthaltszweck erteilt werden (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG).

Im Jahr 2021 sind 1.393 Personen aus weiteren begründeten Fällen nach Deutschland eingereist (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG), 2020 waren es 1.589. Damit ist die Zahl der auf der Grundlage von § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG erteilten Aufenthaltserlaubnisse im Vergleich zum Vorjahr um 12,3 % gesunken (vgl. Tabelle 3-18).

Tabelle 3-18: Aus weiteren Gründen zugewanderte Personen nach Aufenthaltstiteln seit 2019

Aufenthaltserlaubnis		2019	2020	2021
	Für sonstige begründete Fälle (§ 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG)	2.890	1.589	1.393
	Für die Wiederkehr junger ausländischer Staatsangehöriger (§ 37 Abs. 1 AufenthG)	9	6	7
	Für die Wiederkehr von Rentnerinnen und Rentnern (§ 37 Abs. 5 AufenthG)	28	11	23
	Für ehemalige deutsche Staatsangehörige (§ 38 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 und 5 AufenthG)	72	47	53
Niederlassungserlaubnis für ehemalige deutsche Staatsangehörige (§ 38 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)		67	30	43
<b>Sonstige Gründe insgesamt</b>		<b>3.066</b>	<b>1.683</b>	<b>1.519</b>

Quelle: Ausländerzentralregister

An ehemalige deutsche Staatsangehörige wurden 2021 96 Aufenthaltstitel (53 Aufenthalts- und 43 Niederlassungserlaubnisse) erteilt (2020: 77 Aufenthaltstitel). An wiederkehrende junge ausländische Personen wurden 7, an wiederkehrende Rentnerinnen und Rentner 23 Aufenthaltserlaubnisse erteilt (vgl. Tabelle 3-18).

Tabelle 3-19: Zuwanderung von in anderen Mitgliedstaaten der EU langfristig Aufenthaltsberechtigten seit 2015

Staatsangehörigkeit	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Albanien	611	600	585	797	795	506	661
Pakistan	450	494	495	552	702	424	480
Indien	414	441	491	538	628	390	409
Kosovo	1.030	800	666	573	498	373	371
Bosnien und Herzegowina	292	281	325	268	262	199	245
Bangladesch	147	152	140	221	391	162	233
Vietnam	469	443	455	486	416	172	201
Marokko	278	278	262	279	363	208	152
Nordmazedonien	467	360	267	291	273	177	146
Türkei	97	144	134	177	213	111	110
China	114	89	100	100	140	38	97
Ghana	111	84	81	107	189	77	95
Nigeria	106	83	104	132	197	74	90
Sonstige Staatsangehörigkeiten	644	560	608	656	857	495	565
<b>Insgesamt</b>	<b>5.230</b>	<b>4.809</b>	<b>4.713</b>	<b>5.177</b>	<b>5.924</b>	<b>3.406</b>	<b>3.855</b>

Quelle: Ausländerzentralregister

Im Jahr 2021 sind insgesamt 3.855 Drittstaatsangehörige, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat langfristig aufenthaltsberechtigt sind (§ 38a Abs. 1 AufenthG), zugewandert. Damit wurde ein Anstieg um 13,2 % im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet (2020: 3.406 Drittstaatsangehörige). Die meisten dieser Aufenthaltserlaubnisse wurden an Staatsangehörige aus Albanien (661), Pakistan (480) und Indien (409) erteilt (vgl. Tabelle 3-19). Zum 31. Dezember 2021 besaßen insgesamt 29.812 Personen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 38a AufenthG (Ende 2020: 29.897).

### 3.7 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

#### 3.7.1 Gesetzliche Grundlagen und Verfahren

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler<sup>109</sup> sind nach § 4 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) in der Regel deutsche Volkszugehörige, die infolge des Zweiten Weltkrieges noch bis 1992 besonderen Benachteiligungen (Kriegsfolgeschicksal) ausgesetzt waren oder von denen dies unwiderleglich vermutet wurde. Sie haben die im BVFG benannten Aussiedlungsgebiete<sup>110</sup> nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen und innerhalb von 6 Monaten ihren ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet genommen.

<sup>109</sup> Da Gegenstand dieses Kapitels ganz überwiegend Personen sind, die ab 1993 nach Deutschland kamen, wird zur sprachlichen Vereinfachung durchgehend „Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler“ statt der Schreibweise mit Klammern verwendet, auch wenn im Einzelfall Personen eingeschlossen sind, die in die Kategorie „Aussiedlerinnen und Aussiedler“ (Einreise nach Deutschland bis 31. Dezember 1992) fallen.

<sup>110</sup> Nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG sind das in ehemals unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die ehemalige Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien und China.

Die deutsche Volkszugehörigkeit wird in § 6 Abs. 2 BVFG definiert. Demnach sind deutsche Volkszugehörige Nachfahren von deutschen Staatsangehörigen bzw. deutschen Volkszugehörigen, die sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete zum deutschen Volkstum bekannt und dieses Bekenntnis grundsätzlich durch die Fähigkeit, ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen zu können, bestätigt haben oder nach dem Recht des Herkunftsstaates zur deutschen Nationalität gehört haben. Ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum kann durch eine entsprechende Nationalitätenerklärung oder „auf andere Weise“ erfolgen, vor allem durch den Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse entsprechend dem Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER) oder durch den Nachweis familiär vermittelter Deutschkenntnisse.

Mit dem Aussiedleraufnahmegesetz vom 28. Juni 1990<sup>111</sup> wurde ein förmliches Aufnahmeverfahren eingeführt.<sup>112</sup> Seither ist eine Zuwanderung nach dem BVFG grundsätzlich nur dann möglich, wenn bereits vor dem Verlassen des Herkunftsgebietes und vor Erteilung eines Aufnahmebescheides das Vorliegen der gesetzlichen Aufnahmevoraussetzungen durch das Bundesverwaltungsamt überprüft worden ist. Auf dieser Grundlage wird dann ein Visum zur Einreise in das Bundesgebiet erteilt. Nachdem Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in dem ihnen zugewiesenen Bundesland Wohnsitz genommen haben, stellt das Bundesverwaltungsamt zum Nachweis der Spätaussiedlereigenschaft eine Bescheinigung aus (§ 15 Abs. 1 S. 1 BVFG).

Durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) vom 21. Dezember 1992<sup>113</sup> wurden die Aufnahmevoraussetzungen grundlegend neu geregelt. Die bisherige Rechtsfigur der Aussiedlerin bzw. des Aussiedlers nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG wurde zum 1. Januar 1993 durch die der Spätaussiedlerin bzw. des Spätaussiedlers (§ 4 BVFG) ergänzt. Zudem wurde im Jahr 2007 das Aufnahmeverfahren vereinfacht. Seither ist ausschließlich das Bundesverwaltungsamt zuständig. Die zusätzliche Prüfung durch die Länder ist entfallen (vgl. das Siebte Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes vom 16. Mai 2007, BGBl. I S. 748).

### **Einbeziehung von Ehepartnerinnen, Ehepartnern und Nachkommen**

Erfüllen sich bewerbende Personen alle Voraussetzungen für den Status als Spätaussiedlerin bzw. Spätaussiedler, wird ihnen ein Aufnahmebescheid erteilt. Auf Antrag können ihre Ehepartnerinnen und Ehepartner sowie Nachkommen bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 27 Abs. 2 S. 1 BVFG vom 6. September 2013 (BGBl. I S. 3554) zum Zwecke der gemeinsamen Aussiedlung in den Aufnahmebescheid einbezogen werden. Eine Einbeziehung ist nur möglich, wenn die Spätaussiedlerin oder der Spätaussiedler sie selbst ausdrücklich beantragt und bei der einzubeziehenden Person kein Ausschlussgrund nach § 5 BVFG vorliegt. Ehepartnerinnen und Ehepartner können außerdem nur einbezogen werden, wenn die Ehe seit mindestens 3 Jahren besteht. Zudem müssen diese und auch sämtliche volljährige Nachkommen Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitzen.

Mit dem am 14. September 2013 in Kraft getretenen 10. Gesetz zur Änderung des BVFG wurde die Familienzusammenführung erheblich erleichtert. So ist das Erfordernis der gemeinsamen Aussiedlung entfallen,

---

<sup>111</sup> BGBl. 1990 Teil I Nr. 32: 1247.

<sup>112</sup> Zu den rechtlichen Grundlagen der Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern vgl. auch Worbs et al. 2013: 13ff. sowie BMI 2011: 138-147, zur aktuellen Soziodemografie und dem Integrationsstand dieser Zuwanderungsgruppe Friedrichs/Graf (2022).

<sup>113</sup> BGBl. 1992 Teil I Nr. 58: 2094.

d. h. Ehepartnerinnen bzw. Ehepartner und Nachkommen können bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen nachträglich in den Aufnahmebescheid einbezogen werden und nach Deutschland aussiedeln. Die Pflicht zum Nachweis von Grundkenntnissen der deutschen Sprache gilt nunmehr nur noch für die Ehepartnerin bzw. der Ehepartner und erwachsene, nicht aber für minderjährige Nachkommen. Von der Pflicht zum Sprachnachweis sind auch Personen befreit, die wegen einer körperlichen, geistigen und seelischen Krankheit oder einer Behinderung im Sinne des § 2 Abs. 1 S. 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) keine Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitzen können (§ 27 Abs. 2 S. 5 BVFG). Zuvor galt diese Ausnahme nur für Personen, die wegen einer Behinderung keine Grundkenntnisse der deutschen Sprache besitzen können.

Die sonstigen nichtdeutschen Familienangehörigen (z. B. Schwieger- und Stiefkinder) sowie die Ehepartnerin bzw. der Ehepartner und Nachkommen, die die Einbeziehungsvoraussetzungen nicht erfüllen, können nur nach Maßgabe des im Aufenthaltsgesetz geregelten Familiennachzugs zu Deutschen einreisen.<sup>114</sup> Nach der Einreise sind Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre in den Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen verpflichtet, sich in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Bundes registrieren zu lassen (§ 8 Abs. 1 S. 4 BVFG). Vom Bundesverwaltungsamt werden die neu einreisenden Personen dann nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“<sup>115</sup> auf die Bundesländer verteilt (§ 8 BVFG).

### **Bescheinigungsverfahren und Erwerb der Staatsangehörigkeit**

Die vom Bundesverwaltungsamt (BVA) ausgestellte Bescheinigung dient nach § 15 Abs. 1 S. 1 BVFG als Nachweis der Spätaussiedlerinneneigenschaft bzw. Spätaussiedlereigenschaft. Familienangehörigen (Ehepartnerinnen sowie Ehepartnern oder Nachkommen) wird die Bescheinigung zum Nachweis des Status als Deutsche nach Art. 116 Abs. 1 GG sowie der Leistungsberechtigung nach § 7 Abs. 2 S. 1 BVFG ausgestellt (§ 15 Abs. 2 S. 1 BVFG).

Mit Ausstellung der Bescheinigung erwerben Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und die in den Aufnahmebescheid einbezogenen Familienangehörigen die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes – StAG). Diese Form des Staatsangehörigkeitserwerbs geht nicht in die amtliche Einbürgerungsstatistik ein (vgl. Kapitel 8.4). Familienangehörige, die die Einbeziehungsvoraussetzungen nicht erfüllen, sowie andere Verwandte (z. B. Schwiegerkinder) behalten die ausländische Staatsangehörigkeit bei. Sie können die deutsche Staatsangehörigkeit nur auf Antrag im Wege der Einbürgerung erwerben, wenn sie die hierfür maßgeblichen Voraussetzungen nach den allgemeinen Einbürgerungsvorschriften erfüllen (vgl. dazu Kapitel 8.4).

### **3.7.2 Entwicklung der Zuwanderung**

Die statistische Erfassung der Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern findet personenbezogen beim BVA in Köln statt. Im Zeitraum von 1990 bis 2021 wanderten über 2,5 Millionen Menschen im

---

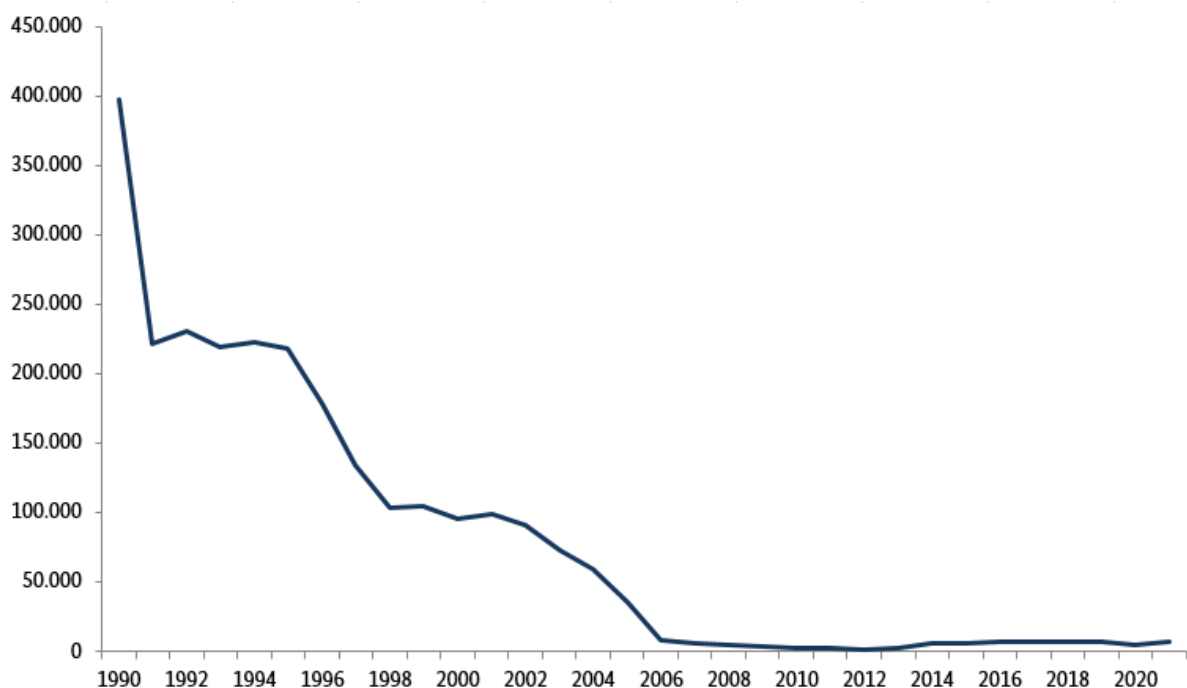
<sup>114</sup> Vgl. dazu auch Kapitel. 3.5: Den Familiennachzugsberechtigten wird zum Zweck der gemeinsamen Ausreise mit der Spätaussiedlerin bzw. dem Spätaussiedler ein auf 90 Tage befristetes nationales Visum ausgestellt, das nach der Aufnahme im Bundesgebiet in eine Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug umgewandelt wird (§ 39 Nr. 1 AufenthV). Zum Zeitpunkt ihrer Einreise sind Personen mit Aufnahme- und Einbeziehungsbescheiden in der Regel noch keine deutschen Staatsangehörigen. Deshalb ist nach § 4 Abs. 1 S. 1 AufenthG auch für sie die Erteilung eines Aufenthaltstitels vor der Einreise erforderlich.

<sup>115</sup> Der Königsteiner Schlüssel ist eine Verteilungsquote und wird jährlich von der Bund-Länder-Kommission ermittelt.

Rahmen des Spätaussiedlerzuzugs nach Deutschland (2.563.250) zu. Es ist davon auszugehen, dass die überwiegende Mehrheit von ihnen dauerhaft in Deutschland bleibt.<sup>116</sup>

Nachdem die Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern einschließlich ihrer Familienangehörigen im Jahr 1990 ihren Höhepunkt erreicht hatte (397.073), sind die Zuzugszahlen stetig zurückgegangen. Die Zuzugszahl im Jahr 2012 betrug nur noch 1.817 Personen (vgl. Abbildung 3-38 und Abbildung 3-39). Damit wurde im Jahr 2012 der niedrigste Zuzug seit Beginn des Aufnahmeverfahrens im Jahr 1950 registriert. In den folgenden Jahren wurde nach erheblicher Lockerung der rechtlichen Voraussetzungen für den Erwerb der Stellung als Spätaussiedlerin bzw. Spätaussiedler wieder ein Anstieg der Zuzugszahlen auf 7.155 im Jahr 2019 verzeichnet. Im Jahr 2020 wurden 4.309 Personen als Spätaussiedlerinnen bzw. Spätaussiedler registriert. Dies entspricht einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 39,8 %, der insbesondere durch Einschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie sowohl in den Herkunftsländern als auch in Deutschland zu erklären ist. Im Jahr 2021 stieg die Anzahl der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler wieder auf das Niveau von 2019 an (7.052, +63,7 %).

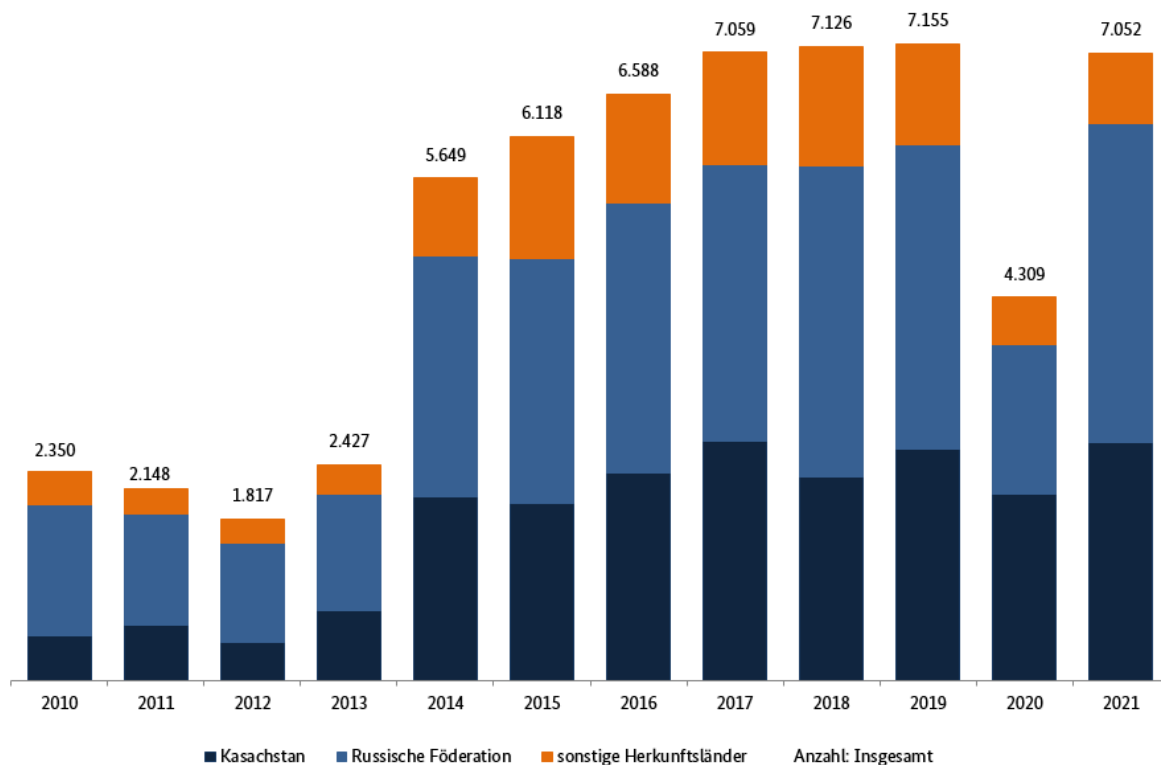
Abbildung 3-38: Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Deutschland seit 1990 (Gesamtzahlen)



Quelle: Bundesverwaltungsamt

<sup>116</sup> Vgl. Worbs et al. 2013: 35f.

Abbildung 3-39: Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen nach Herkunftsländern seit 2010



Quelle: Bundesverwaltungsamt

## Herkunftsländer

Die Größenordnung sowie die Zusammensetzung des Zuzugs von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern nach Herkunftsgebieten haben sich seit Beginn der 1990er-Jahre stark verändert (vgl. Tabelle 3-43 im Anhang sowie Abbildung 3-39). Im Jahr 1990 kamen noch 133.872 Personen aus Polen und 111.150 aus Rumänien. Im Jahr 2021 zogen nur noch 2 bzw. 4 Spätaussiedlerinnen bzw. Spätaussiedler aus diesen Ländern nach Deutschland (vgl. Tabelle 3-43 im Anhang). Der Rückgang der Zuzugszahlen aus diesen Staaten ist insbesondere auf das Inkrafttreten des KfbG im Januar 1993 und das dadurch eingeführte Erfordernis der Glaubhaftmachung eines Kriegsfolgenschicksals zurückzuführen.<sup>117</sup>

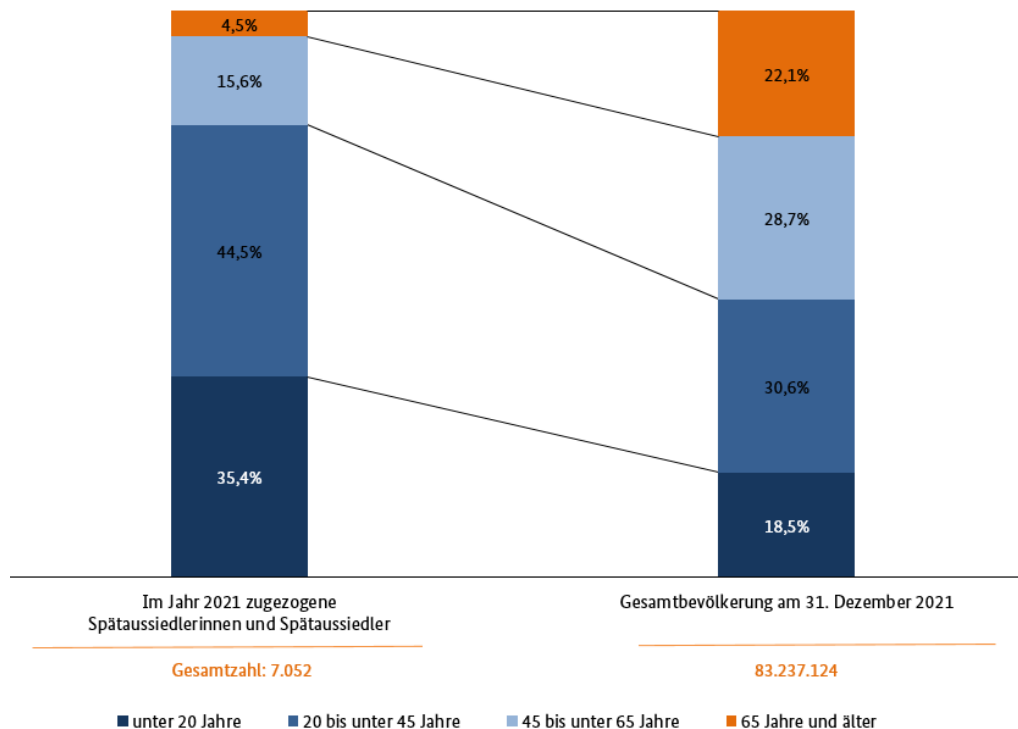
Seit dem Jahr 1990 stellen Personen aus der ehemaligen Sowjetunion die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Inzwischen kommen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler mit ihren Angehörigen fast ausschließlich von dort. Im Jahr 2021 zogen 7.046 Personen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland (2020: 4.302). Ihr Anteil am gesamten Zuzug liegt seit Jahren bei etwa 98 %, im Jahr 2021 sogar bei 99,9 %. Hierbei waren die größten Herkunftsländer im Jahr 2021 die Russische Föderation mit 3.595 Personen (2020: 2.088) sowie Kasachstan mit 2.674 Personen (2020: 1.683). Aus der Ukraine kamen im Jahr 2021 407 (2020: 296), aus Kirgisistan 162 (2020: 70) und aus Belarus 72 Personen (2020: 101) (vgl. Tabelle 3-42 im Anhang).

<sup>117</sup> Seit dem Inkrafttreten des KfbG müssen Antragstellende, die nicht aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stammen, glaubhaft machen, dass sie am 31. Dezember 1992 oder danach Benachteiligungen aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit ausgesetzt waren (§ 4 Abs. 2 BVFG). Bei Antragstellenden aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wird die Fortwirkung dieser Benachteiligungen als gesetzliche Kriegsfolgenschicksalsvermutung weiterhin unterstellt.

## Altersstruktur

Die Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen wirkt sich – ähnlich wie die Zuwanderung von ausländischen Staatsangehörigen – positiv auf die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland aus. Weil die zugewanderten Personen relativ jung sind, kommt es zu einem Verjüngungseffekt. So waren 79,9 % der im Jahr 2021 nach den Vorschriften des BVFG Zugezogenen unter 45 Jahre alt, während nur 49,1 % der Gesamtbevölkerung auf diese Altersgruppe entfallen (vgl. Abbildung 3-40 und Tabelle 3-43 im Anhang). Dagegen waren nur 4,5 % der Zugezogenen 65 Jahre und älter, diese Altersgruppe macht jedoch 22,1 % der Gesamtbevölkerung aus.

Abbildung 3-40: Altersstruktur der im Jahr 2021 zugezogenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Prozent



Quelle: Bundesverwaltungsamt

## 3.8 Zuwanderung von deutschen Staatsangehörigen

Auch die Zuwanderung bzw. Rückkehr deutscher Staatsangehöriger aus dem Ausland stellt eine relevante Migrationsform dar. In den Jahren von 1991 bis 2004 und im Jahr 2009 stellten deutsche Staatsangehörige sogar die größte Gruppe aller Zugezogenen aus dem Ausland dar. Im Jahr 2021 wurden 183.650 Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen (einschließlich der nach dem Bundesvertriebenengesetz aufgenommenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und der in deren Aufnahmebescheid einbezogene Angehörige, vgl.



Kapitel 3.7) in der Wanderungsstatistik verzeichnet (2020<sup>118</sup>: 191.883). Damit sind deutsche Staatsangehörigen nach rumänischen Staatsangehörigen die zweitgrößte Zuwanderungsgruppe. Der Anteil der Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen an der Gesamtzuwanderung beträgt 13,9 %.

Insgesamt ging die Zahl der Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen seit Mitte der 1990er-Jahre zurück, seit Mitte der 2000er-Jahre lässt sich eine steigende Tendenz feststellen. Im Jahr 2021 ist die Anzahl der Zuzüge gegenüber 2020 jedoch wieder um 4,3 % gefallen. Hingegen stieg die Zahl der Fortzüge gegenüber 2020 um 12,3 % an auf knapp 248.000 Personen (vgl. Tabelle 3-20).

Tabelle 3-20: Wanderungen von deutschen Staatsangehörigen über die Grenzen Deutschlands seit 2010

Jahr	Zuzüge insgesamt	darunter: Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler <sup>1</sup>		Zuzüge ohne Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler		Fortzüge insgesamt	Wanderungssaldo	Wanderungssaldo ohne Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler
		absolut	in %	absolut	in %			
2010	114.752	2.054	1,8%	112.698	98,2%	141.000	-26.248	-28.302
2011	116.604	1.829	1,6%	114.775	98,4%	140.132	-23.528	-25.357
2012	115.028	1.538	1,3%	113.490	98,7%	133.232	-18.204	-19.742
2013	118.425	2.160	1,8%	116.265	98,2%	140.282	-21.857	-24.017
2014	122.195	4.215	3,4%	117.980	96,6%	148.636	-26.441	-30.656
2015	120.713	4.748	3,9%	115.965	96,1%	138.273	-17.560	-22.308
2016 <sup>2</sup>	146.047	5.128	3,5%	140.919	96,5%	281.411	-135.364	-140.492
2017	166.703	5.769	3,5%	160.934	96,5%	249.181	-82.478	-88.247
2018	201.531	5.862	2,9%	195.669	97,1%	261.851	-60.320	-66.182
2019 <sup>3</sup>	212.669	6.035	2,8%	206.634	97,2%	270.294	-57.625	-63.660
2020 <sup>4</sup>	191.883	3.559	1,9%	188.324	98,1%	220.239	-28.356	-31.915
2021	183.650	5.948	3,2%	177.702	96,8%	247.829	-64.179	-70.127

Anmerkung: Ab 2016 Bruch in der Zeitreihe. Ab dem 1. Januar 2016 werden Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen von bzw. nach „unbekannt/ohne Angabe“ in der Wanderungsstatistik zusätzlich berücksichtigt, daher fallen die Zu- und Fortzugszahlen von deutschen Staatsangehörigen ab 2016 höher aus. Die Ergebnisse sind nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

1) Personen, die mit Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Dies betrifft Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in eigener Person (§ 4 Abs. 1 BVFG) sowie deren Ehepartnerin oder Ehepartner und ihre Nachfahren (§ 7 Abs. 2 BVFG).

2) Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

3) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2019 enthalten vermehrte Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Fortzugszahl 2019 nur beschränkt mit den Werten davor und danach vergleichbar.

4) Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann es ab Mitte März 2020 aufgrund von Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden oder verlängerten Fristen zur An- und Abmeldung zu einer zeitlich verzögerten Erfassung von Wanderungsfällen in der Statistik kommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Wanderungsstatistik), Bundesverwaltungsamt

<sup>118</sup> Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann es ab Mitte März 2020 aufgrund von Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden oder verlängerten Fristen zur An- und Abmeldung zu einer zeitlich verzögerten Erfassung von Wanderungsfällen in der Statistik kommen.

Neben Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern bilden Rückkehrende mit deutscher Staatsangehörigkeit, die jederzeit das Recht zur Einreise nach Deutschland haben, den anderen Teil der in der Zu- und Fortzugsstatistik erfassten Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen.<sup>119</sup> Unter Abzug der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler liegt die Zahl der jährlich zugewanderten deutschen Staatsangehörigen seit 2010 bei über 100.000 Personen, im Jahr 2019 betrug sie sogar über 200.000 Personen (206.634). Seitdem geht die Zahl wieder zurück und im Jahr 2021 waren es 177.702 Personen (-5,6 % gegenüber dem Vorjahr). Im Zeitraum zwischen 2010 und 2020 bewegte sich der Anteil der deutschen Rückkehrenden an der deutschen Zuwanderung insgesamt fast konstant bei rund 97 % (vgl. Tabelle 3-20). Hierbei handelt es sich z. B. um Personen, die nach einem temporären Aufenthalt aus Beschäftigungsgründen, als Seniorinnen und Senioren, Studierende<sup>120</sup> oder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler<sup>121</sup> sowie deren Angehörige nach Deutschland zurückkommen.

Es kann jedoch angenommen werden, dass sich ein Teil von aus dem Ausland zurückgekehrten Personen vor ihrer Ausreise aus Deutschland nicht bei den Behörden abgemeldet hat, da bei nur kurzzeitigem Auslandsaufenthalt der inländische Wohnsitz häufig beibehalten wird, sodass eine Anmeldung bei der Rückkehr nach Deutschland ebenfalls unterbleibt. So ist zu vermuten, dass beispielsweise Studierende, die nur für ein oder zwei Semester ins Ausland gehen, ihren Wohnsitz in Deutschland nicht aufgeben und sich deshalb nicht abmelden. Auch Seniorinnen und Senioren, die einen Teil des Jahres z. B. in Spanien verbringen, behalten häufig ihren Wohnsitz in Deutschland. Somit spiegeln die Wanderungszahlen von deutschen Staatsangehörigen, wie auch bei ausländischen Staatsangehörigen, nicht das gesamte tatsächliche Migrationsgeschehen wider, da lediglich die reinen, gemeldeten Wanderungsbewegungen registriert werden

Die Abbildung 3-41 setzt die Zuzüge in Bezug zu den Fortzügen und stellt den Wanderungssaldo dar. Dabei werden jedoch die Zuzüge der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler (anhand der Zugangszahlen des Bundesverwaltungsamtes, vgl. Kapitel 3.7) bei den Zuzügen herausgerechnet, um stärker auf die Gruppe der sonstigen aus dem Ausland zugewanderten bzw. zurückgekehrten deutschen Staatsangehörigen fokussieren zu können. Bei den Fortzügen ist ein analoges Vorgehen nicht möglich, da Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler hier nicht als solche innerhalb der Gruppe der deutschen Staatsangehörigen identifizierbar sind. Seit 2016 werden die Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen von bzw. nach „unbekannt/ohne Angabe“ als Außenwanderung verbucht. Zuvor blieben sie in der Wanderungsstatistik und in Folge auch in der Bevölkerungsfortschreibung weitgehend unberücksichtigt. Dieser methodische Effekt ist in den Daten ab 2016 deutlich erkennbar; die Werte ab diesem Jahr fallen deutlich höher aus und sind nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

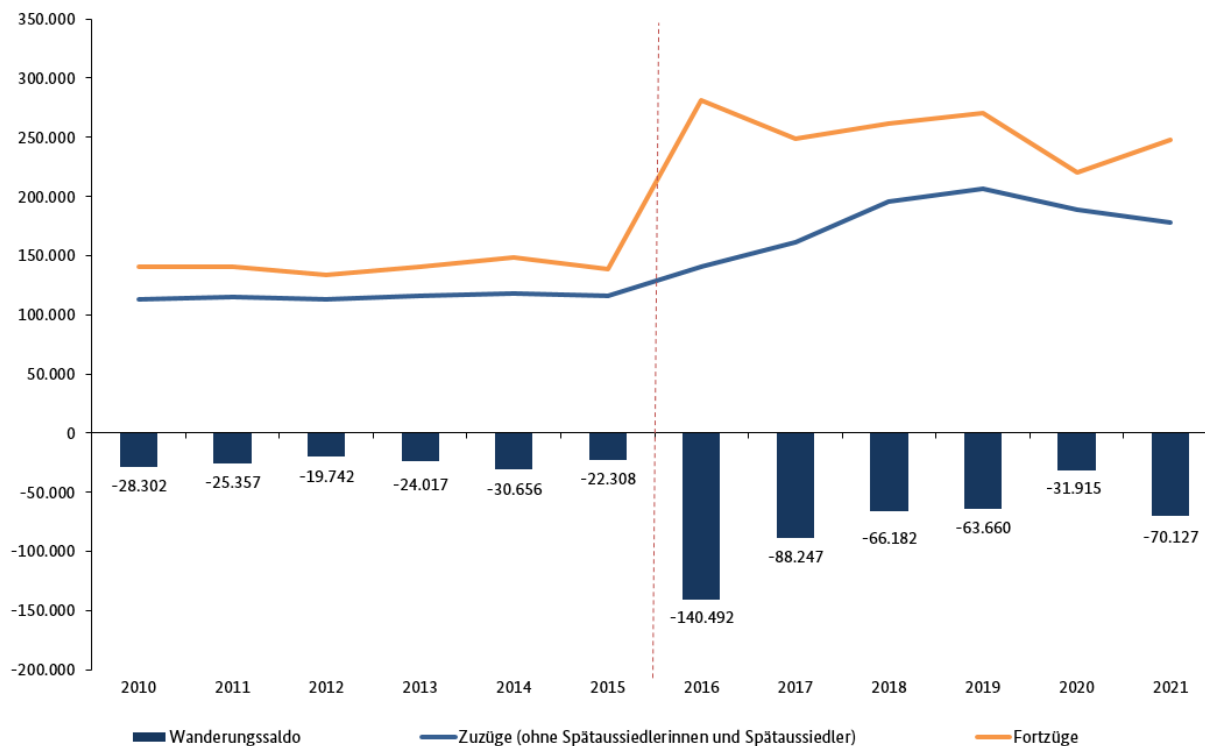
---

<sup>119</sup> Darunter fallen auch Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit, die während eines Auslandsaufenthaltes der Eltern geboren wurden und zum ersten Mal nach Deutschland einreisen.

<sup>120</sup> So waren im Jahr 2019 etwa 137.900 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben (2018: 135.300). Insgesamt ist die Zahl der Deutschen, die für ein Studium ins Ausland zogen, fast kontinuierlich angestiegen (vgl. dazu Kapitel 4.2). Das Statistische Bundesamt gibt in seiner Publikation „Deutsche Studierende im Ausland“ jährlich jeweils die Zahlen für den 2 Jahre zuvor liegenden Berichtszeitraum an.

<sup>121</sup> Zur – häufig nur temporären – Abwanderung und zur Rückkehrbereitschaft von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit deutscher Staatsangehörigkeit vgl. Kapitel 4.2.

Abbildung 3-41: Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen (Zuzüge ohne Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler<sup>1</sup>) seit 2010<sup>2, 3, 4</sup>



Anmerkung: Ab 2016 Bruch in der Zeitreihe. Ab dem 1. Januar 2016 werden Zu- und Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen von bzw. nach „unbekannt/ohne Angabe“ in der Wanderungsstatistik zusätzlich berücksichtigt, daher fallen die Zu- und Fortzugszahlen von deutschen Staatsangehörigen ab 2016 höher aus. Die Ergebnisse sind nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

1) Personen, die mit Ausstellung der Spätaussiedlerbescheinigung die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. Dies betrifft Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in eigener Person (§ 4 Abs. 1 BVFG) sowie deren Ehepartnerin oder Ehepartner und ihre Nachfahren (§ 7 Abs. 2 BVFG).

2) Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

3) Die Ergebnisse des Berichtsjahres 2019 enthalten vermehrte Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Fortzugszahl 2019 nur beschränkt mit den Werten davor und danach vergleichbar.

4) Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann es ab Mitte März 2020 aufgrund von Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden oder verlängerten Fristen zur An- und Abmeldung zu einer zeitlich verzögerten Erfassung von Wanderungsfällen in der Statistik kommen.

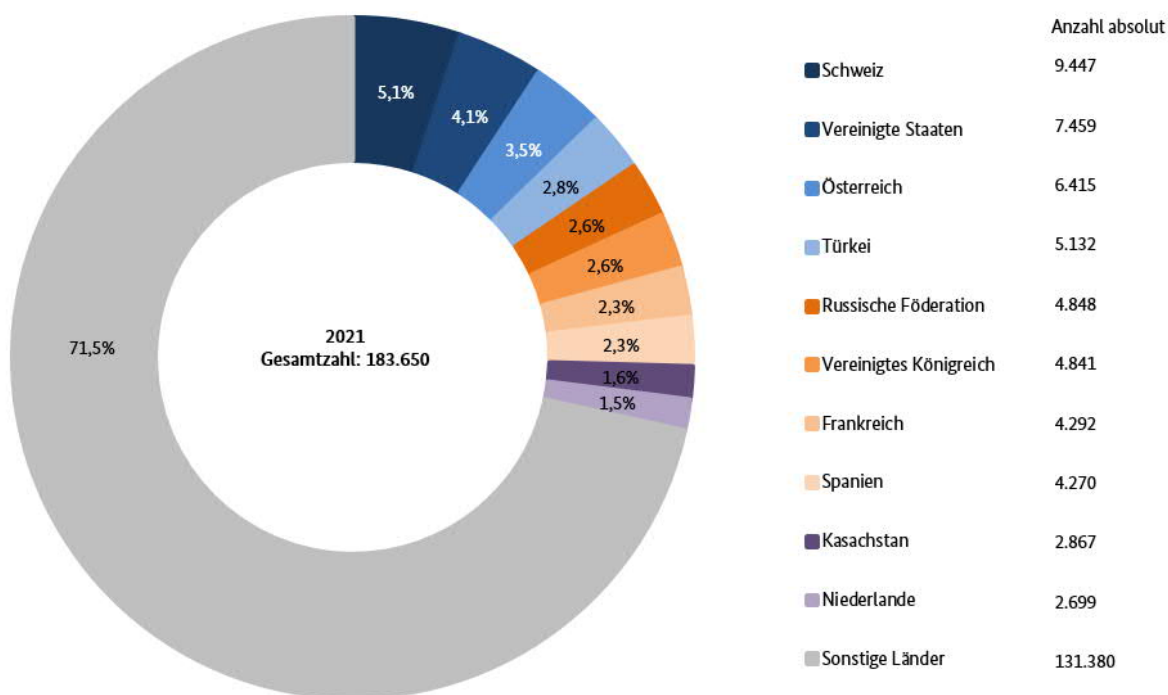
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesverwaltungsamt

Unter Herausrechnung der im vertriebenenrechtlichen Verfahren aufgenommenen Personen, die in der Zuzugsstatistik als Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen registriert werden, ist der Wanderungssaldo deutscher Staatsangehöriger bereits seit den 1980er-Jahren negativ. Unter Berücksichtigung der Zuzüge von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern gestaltete sich der Wanderungssaldo hingegen bis zum Jahr 2004 positiv.<sup>122</sup> Im Jahr 2021 lag der Wanderungssaldo von deutschen Staatsangehörigen bei -64.179 (2020:

<sup>122</sup> Belastbare Wanderungszahlen von Deutschen und ausländischen Staatsangehörigen liegen erst seit 1954 vor (vgl. Statistisches Bundesamt 2020a). Wanderungszahlen nach Herkunfts-/Zielländer ab 1952 und Daten nach Staatsangehörigkeiten ab 1962.

-28.356) mit Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und bei -70.127 (2020: -31.915) ohne diese (vgl. Abbildung 3-41 und Tabelle 3-20).<sup>123</sup> Er ist damit in absoluten Zahlen mehr als doppelt so hoch als im Jahr 2020.

Abbildung 3-42: Zuzüge von deutschen Staatsangehörigen im Jahr 2021 nach Land des vorherigen Aufenthalts



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

Mit Blick auf die Länder, aus denen deutsche Staatsangehörige nach Deutschland zurückkehrten, zeigt sich folgendes Bild: Die Schweiz ist nicht nur das Hauptzielland<sup>124</sup> deutscher Staatsangehöriger, sondern auch das Land, aus dem die meisten deutschen Rückkehrenden zu verzeichnen sind. Im Jahr 2021 wanderten 9.447 deutsche Staatsangehörige aus der Schweiz zurück nach Deutschland (2020: 9.726). Das waren 5,1 % aller deutschen Rückkehrenden (vgl. Tabelle 3-44 im Anhang). Die Zahl der Zuzüge von Deutschen aus der Schweiz erreichte 2015 seinen Höhepunkt, seit 2016 sinkt sie (vgl. Tabelle 3-44 im Anhang).

Aus den Vereinigten Staaten wanderten im Jahr 2021 7.459 deutsche Staatsangehörige zurück nach Deutschland (2020: 9.073). Dies entsprach einem Anteil von 4,1 % an der gesamten Remigration deutscher Staatsangehöriger. 6.415 Personen (3,5 %) zogen aus Österreich zu (2020: 6.334) (vgl. Tabelle 3-44 im Anhang).

<sup>123</sup> Ließe man bei den Zu- und Fortzügen von deutschen Staatsangehörigen von bzw. nach „unbekannt/ohne Angabe“ in der Wanderungsstatistik unberücksichtigt, ergäben sich 2016 gegenüber 2015 bei den Zuzügen (115.000 Personen, -4,3 %) als auch bei den Fortzügen (131.000 Personen, -5,5 %) andere Werte.

<sup>124</sup> Zu den Fortzügen von deutschen Staatsangehörigen differenziert nach Zielländern vgl. Kapitel 4.2.

Nahezu kontinuierlich stieg seit den 1990er-Jahren die Zahl der deutschen Rückkehrenden aus der Türkei. Im Jahr 2019 erreichte sie mit 5.620 einen vorläufigen Höhepunkt. Im Jahr 2020 sank die Anzahl der deutschen Staatsangehörigen, die aus der Türkei nach Deutschland zogen, im Vergleich zu 2019 um 20,6 % auf 4.462. Im Jahr 2021 stieg die Zahl nun wieder um 15,0 % auf 5.132. Aus der Wanderungsstatistik ist nicht herauszulesen, inwieweit es sich hierbei um eingebürgerte türkeistämmige Menschen oder um Personen ohne Migrationshintergrund handelt. Mit der Russischen Föderation und Kasachstan befinden sich zudem die beiden wichtigsten Herkunftsländer von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern unter den wichtigsten zehn Ländern des vorherigen Aufenthalts. Die Zahlen der deutschen Rückkehrenden aus den klassischen Einwanderungsländern Kanada und Australien gingen wie bereits im Vorjahr nun auch im Jahr 2021 mit 1.242 (-18,1 %) bzw. 1.085 (-46,3 %) ebenfalls zurück (vgl. Tabelle 3-44 im Anhang).